

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Alois Riklin

Audiatur et altera pars
Dreifache militärische
Lagebeurteilung

Dieter S. Lutz

Kriegsgefahr
und Kriegsverhütung
in den 80er Jahren

Fritz Birnstiel

Krieg oder Frieden
in Europa?

ISSN 0479-611 X

B 3/81

17. Januar 1981

Alois Riklin, Dr. iur., geb. 1935, juristische und politikwissenschaftliche Studien in Fribourg, Berlin, Köln, Paris und USA; 1961—1963 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Köln); 1964 Dr. iur., 1969 Privatdozent an der Universität Fribourg; seit 1970 Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule St. Gallen, seit 1976 Prorektor der Hochschule St. Gallen. Militärische Funktion in der Schweizer Armee: Major, Chef des Truppeninformationsdienstes einer Division.

Buchveröffentlichungen: Selbstzeugnisse des SED-Regimes, zus. mit Klaus Westen, 1963; Das Berlinproblem, 1964; Weltrevolution oder Koexistenz?, 1969; Die Europäische Gemeinschaft im System der Staatenverbindungen, 1972; Grundlegung der schweizerischen Außenpolitik, 1975; Die Schweiz und die Europäischen Gemeinschaften, zus. mit Willy Zeller, 1975; Handbuch der schweizerischen Außenpolitik (Mitherausgeber), 1975; Internationale Konventionen gegen die Folter, 1979; Stimmabstimmungen und direkte Demokratie, zus. mit Roland Kley, 1981.

Dieter S. Lutz, geb. 1949, Studium der Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft im In- und Ausland; seit 1976 Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg; Lehrbeauftragter am Fachbereich Rechtswissenschaft II der Universität Hamburg und am Institut für Politikwissenschaft; Forschungsprojekte zu pädagogischen, verfassungsrechtlichen, politikwissenschaftlichen und insbes. friedenswissenschaftlichen Fragestellungen.

Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt u. a.: Die Rüstung der Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen, Baden-Baden 1979; Eurokommunismus und NATO. Zukunftsfragen europäischer Sicherheitspolitik, Bonn 1979 (Hrsg.); Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980 (Mitverf.); Herausgeber der Buchreihe „Militär, Rüstung, Sicherheit“.

Fritz Birnstiel, geb. 1918, Generalmajor a. D.; im Kriege Frontoffizier vom Zugführer bis zum Bataillonskommandeur in einer Panzer-Division; nach Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft Kaufmann in Celle; in der Bundeswehr Generalstabsoffizier in der Truppe und im BMVg, NATO-Defense-College in Rom, Stellv. Amtschef und Chef des Stabes im Heeresamt in Köln; in den letzten vier aktiven Dienstjahren General der Kampftruppen; nach der Pensionierung Mitarbeiter im Max-Planck-Institut in Starnberg; Mitherausgeber der Zeitschrift „Kampftruppen/Kampfunterstützungstruppen“, Veröffentlichungen in diversen militärischen Fachzeitschriften.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Herbert Eichmann (i. V.). Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/461 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Audiatur et altera pars

Dreifache militärpolitische Lagebeurteilung

„Denn wenn wir imstande sind,
nach beiden Seiten Bedenken zu
erheben, werden wir leichter
erkennen, was hier und was
dort wahr oder falsch ist.“

Aristoteles

In der griechischen Mythologie stoßen wir auf folgende Sage: Einst wollte Zeus, der Vorsitzende der Götterversammlung, den Mittelpunkt der Welt ausfindig machen. Zu diesem Zweck setzte er zwei Adler an die beiden Ränder der Erde und ließ sie aufeinander zufliegen. Sie trafen sich über Delphi. Fortan verehrten die Griechen Delphi als Erdmitte, als einen Ort, wo sich Himmel und Erde, Götter und Menschen nahe kommen. Sie errichteten ein Heiligtum mit Tempeln, Schatzhäusern, Theater und Stadion. An der heiligen, der Erdmitte

den Dämpfe aus dem Erdschlund in Trance versetzen. Den Musenberg Parnassos, der die heilige Stätte von Delphi wie ein natürliches Amphitheater umschließt, verehrten die Griechen als den Nabel der Erde. Ein Bildhauer schuf eine meterhohe Nachbildung davon. Dieses steinerne Symbol des Erdnabels, des Omphalos, dessen hellenistische oder römische Kopie heute im Museum von Delphi steht, wurde im Apollontempel neben dem inneren Opferaltar und der Orakelhöhle aufgestellt und, wie der Nabel des Säuglings, mit einer heiligen Binde geschützt und regelmäßig mit geweihtem Öl einbalsamiert.

Was soll diese skurrile und scheinbar abwegige Einleitung? Natürlich weder das Matterhorn zum Nabel der Welt erküren noch Orakelsprüche über Krieg und Frieden beschwören, sondern die Relativität der Weltbilder hüben und drüben bewußt machen.

ABKURZUNGEN

ABM	Anti-ballistic missiles
ASBM	Air-to-surface ballistic missiles
CM	Cruise missiles
ICBM	Inter-continental ballistic missiles
IRBM	Intermediate-range ballistic missiles
MBFR	Mutual balanced forces reduction
MIRV	Multiple independently-targetable re-entry vehicles
MRBM	Medium-range ballistic missiles
SALT	Strategic arms limitation talks
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SLBM	Submarine-launched ballistic missiles

entspringenden Quelle Kastalia reinigten sich die pilgernden Staatsmänner aus aller Welt, bevor sie die heilige Straße zum Tempel Apollons, des Gottes der Museen und der Weissagung, emporstiegen und das Orakel über Krieg und Frieden befragten. Die Orakelpriesterin Pythia ließ sich durch die berauschen-

Der Mensch neigt offenbar dazu, sich selbst, sein Land, seinen Kulturkreis für das Zentrum der Welt zu halten. Die Idee einer kosmischen Mitte und des darüber sich erhebenden Weltberges ist über den ganzen Erdball verbreitet. Sie gehört zu den Archetypen menschlichen Seins. „Mythologien und Religionen betrachteten jeweils das Zentrum ihres kulturellen und geistigen Wirkens zugleich auch als die heilige Mitte der ganzen Erde, als Nabel der Erde, um den sich die Länder der profanen Welt gruppierten.“¹⁾ Die Griechen hatten ihren Omphalos, die Inder hielten den Berg Meru für den Erdnabel, die Sumerer den Berg Sumer, die Israeliten den Felsen von Hebron und die Japaner den Fudschijama. China verstand sich als „Reich der Mitte“ mit dem Kaiserpalast in Peking als dem Zentrum der Welt. Für die Römer und die katholische Kirche war Rom der Mittelpunkt der Erde. Im Oströmischen Reich galt Konstantinopel als das zweite Rom, im Russischen Reich Moskau als das dritte. Für das Britische Weltreich bildete selbstverständlich die britische Insel das Zentrum der Welt. Die gebräuchlichsten Weltkarten zeigen bis heute ein unwirklich vergrößertes Europa

Überarbeitete Fassung eines Vortrages im Rahmen von Tagungen des Schweizerischen Aufklärungsdienstes im Ausbildungszentrum Wolfsberg vom 28. März 1980 sowie der Europa-Union Schweiz in der Universität Basel vom 1. November 1980. Ich danke meinem Mitarbeiter Herrn lic. rer. publ. Ernst Zehnder für die Ausarbeitung der Tabellen.

¹⁾ Mythen der Welt, Zürich 1978, S. 112.

als Mittelpunkt der Erde. Und selbstredend bezeichnen die Schweizer ihr Land gern als „Herz Europas“.

Wenn also die Generalstäbe aller Länder die militärpolitische Lage an je verschiedenen Kartenbildern demonstrieren, in denen das eigene Land jeweils eingemittelt ist, so steckt dahinter mehr als nur die rationale und banale Feststellung, daß sich jedes Land oder Bündnis eben um seine eigene Sicherheit in seinem eigenen geographischen Umfeld kümmert. In den tieferen, meist unbewußten und irrationalen Schichten von Menschen, Nationen, Kulturen, Religionen und Ideologien nisten introvertiert-egozentrische Grundhaltungen, welche für die eigenen Interessen offen, jedoch für die Interessen anderer blind sind, wenn sie nicht ganz bewußt aus der Verdrängung ans Licht geholt werden. So prägt das Vorverständnis, wonach die ganze Welt sich um einen dreht, das kartenmäßige Weltbild und dieses wiederum verstärkt das vorgeprägte Bewußtsein — auch eine Art der Schweigespi-rale²⁾.

Bedrohung aus westlicher Sicht

Die traditionelle Sicherheitspolitik denkt in der Kategorie möglicher Bedrohungen und konzentriert sich in diesem Rahmen möglicher Bedrohungen mit Vorliebe auf die schlimmsten Fälle. Traditionelle Sicherheitspolitik ist angewandter Pessimismus.

Wählen wir zum Einstieg diesen Ansatz und fragen wir uns, wie ein Pessimist im schweizerischen Nachrichtendienst die weltpolitische Lage Anfang 1980 etwa sehen konnte. Dabei wähle ich nur Argumente, die mir berechtigt erscheinen. Es geht mir in keiner Weise darum, den Standpunkt eines pessimistischen Sicherheitspolitikers des Westens zu verzerren oder zu karikieren.

Wahrscheinlich würde unser Gewährsmann aus dem Berner Nachrichtendienst anknüpfen an das, was wir in den letzten Monaten erlebt haben: Eine Demonstration sowjetischer Stärke in Afghanistan und eine Demonstration amerikanischer Schwäche im Iran. Und er würde dies wahrscheinlich interpretieren als Symptome einer neuen Lage der geschwächten strategischen Position der USA und der

Die folgende Analyse ist ein Versuch, gleichsam von einem überhöhten dritten Standort aus den Nabelbeschauern in Ost und West bei ihrem Geschäft kritisch zuzusehen. Hinter diesem Versuch steht letztlich eine ethische Fragestellung. Wenn der Mensch im Sinne von Adam Smith kraft seiner Vernunft die Fähigkeit zum unparteiischen Beobachter besitzt³⁾, die Fähigkeit zu denken, was der andere denkt⁴⁾, dann müßte eine erst noch zu entwickelnde Ethik der Sicherheitspolitik hier einsetzen. Gerade bei militärpolitischen Lagebeurteilungen wird allzu oft Max Webers Forderung vernachlässigt, unbequeme Tatsachen anzuerkennen; denn „es gibt für jede Parteilmeinung ... solche äußerst unbequeme Tatsachen“⁵⁾. „Selten liegt alles Unrecht auf einer Seite“, schreibt Raymond Aron und fährt fort: „Die erste politische, aber auch moralische Pflicht ist, die internationale Politik zu sehen, wie sie ist, damit jeder legitimerweise mit seinen eigenen Interessen beschäftigte Staat nicht völlig blind für die Interessen der anderen ist.“⁶⁾

gestärkten strategischen Position der UdSSR. Die Schwächung der westlichen Positionen im Vorderen Orient wird krass vor Augen geführt, wenn wir sie mit der Situation um 1955 vergleichen (Abb. 1). Damals dämmte der mit dem Westen liierte Gürtel der CENTO-Pakt-Staaten Türkei, Irak, Iran und Pakistan die sowjetische Expansion ein. Heute ist der CENTO-Pakt praktisch tot, während die sowjetische Kontrolle auf Afghanistan, Südjemen und Äthiopien ausgeweitet worden ist. Die Tage um Neujahr 1980 sind ein historisches Datum: Denn zum ersten Mal seit 1948 hat die Sowjetunion außerhalb des bisherigen Sowjetimperiums mit eigenen Kampftruppen gewaltsam interveniert. Ein bisher blockfreies Land, das noch vor kurzem von sowjetischen Sprechern als Muster der Koexistenzpolitik gepriesen worden ist, wurde in das Sowjetimperium integriert. Damit ist der bisherige Koexistenzraum reduziert und der bisherige Bre-

³⁾ Adam, Smith, *Theory of Moral Sentiments*, 1759.

⁴⁾ Karl-Otto Apel, *Transformation der Philosophie*, Bd. 2, Frankfurt 1973.

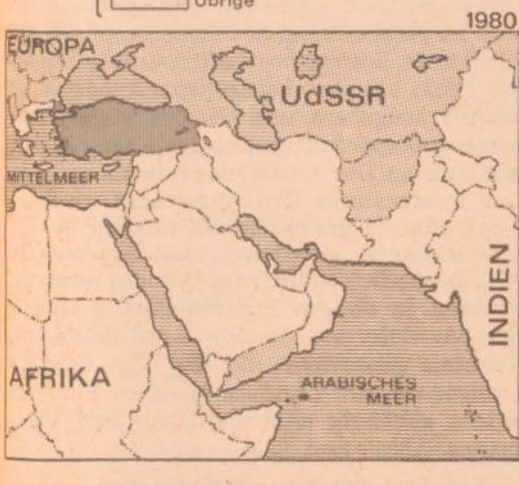
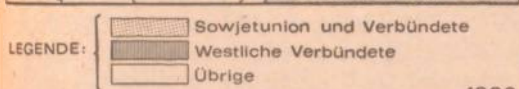
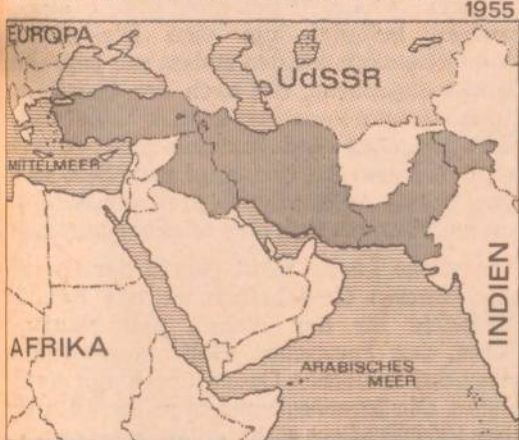
⁵⁾ Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*, Berlin 1967, S. 26f.

⁶⁾ Raymond Aron, *Paix et guerre entre les nations*, Paris 1962, S. 572.

²⁾ Elisabeth Noelle-Neumann, *Öffentlichkeit als Bedrohung*, Freiburg/München 1977, S. 299ff.

schneew-Doktrin-Raum ausgeweitet worden. Was gilt nun für das ebenfalls als Koexistenzmuster empfohlene neutrale Gegenstück im Norden: Finnland? Ganz zu schweigen vom

Abb. 1: Allianzen im Vorderen Orient 1955



blockfreien Jugoslawien, das die Sowjetunion niemals explizit aus dem Breschnew-Doktrin-Raum ausgenommen hat?

Unser Gewährsmann aus dem Berner Nachrichtendienst würde sodann vermutlich auf vier Lücken der westlichen Gegenmacht zu sprechen kommen. Die erste Lücke betrifft den Bereich des interkontinentalen Nuklearpotentials. Henry Kissinger hat in seinem Brüsseler Vortrag vom September 1979 die Auffassung vertreten, daß die USA in den achtziger Jahren ihre Interkontinentalraketen höchstens zum Schutze des eigenen Territori-

ums einzusetzen bereit wären⁷⁾. Kissinger wurde dafür von verantwortlichen Politikern und Militärs heftig attackiert. Aber im Grunde hat Kissinger nur offen ausgesprochen, was die Einsichtigen längst wußten. Damit ist aber die Abschreckungsdoktrin in Frage gestellt. Die oberste Stufe der Abschreckung fällt bei einem auf Europa beschränkten Krieg aus. Und gerade deshalb wächst die Kriegsgefahr in Europa.

Hinzu kommt die Gefahr, daß die UdSSR etwa ab 1982 in der Lage sein wird, das Gros der landgestützten Interkontinentalraketen der USA am Boden mit einem ersten überraschenden Schlag zu zerstören, dazu das Gros der Raketen-U-Boote in den Häfen sowie die strategischen Bomber auf den Pisten und in den Hangars. Diese entscheidende Lücke mit Hilfe der mobilen MX-Raketen zu schließen, wird voraussichtlich erst in den späten achtziger Jahren möglich sein.

Eine zweite, besonders große Lücke, so würde unser Berner Gewährsmann wohl fortfahren, klappt im Bereich des kontinentalen Nuklearpotentials. Diese Lücke ist in den letzten Monaten unter dem Begriff der „Grauzonenwaffen“ diskutiert worden. Die Raketenlücke ist für Europa nichts Neues. Sie existiert seit 20 Jahren. Sie ist aber in jüngster Zeit durch die Modernisierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen akzentuiert worden. Die Umrüstung auf die SS-20 bringt der Sowjetunion vier gewichtige Vorteile: 1. Mobilität und damit annähernde Unverwundbarkeit, 2. größere Reichweite, 3. präzisere Treffgenauigkeit, 4. Ausstattung jeder Rakete mit je drei nuklearen Sprengköpfen. Gleichzeitig bewirkt die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Backfire-Bombers eine erhebliche Verstärkung der luftgestützten Nuklearträger. Die NATO-Beschlüsse vom 12. Dezember 1979 wollen diese Lücke mit der Einführung von 108 Pershing II-Raketen und 464 Cruise Missiles teilweise schließen (Tab. 1). Diese Nuklearträger sind indessen frühestens 1983 einsatzbereit.

⁷⁾ „Niemand bestreitet mehr, daß in den achtziger Jahren — vielleicht schon heute, aber bestimmt in den achtziger Jahren — die Vereinigten Staaten strategisch nicht mehr in der Lage sein werden, einen sowjetischen Gegenschlag gegen sie auf ein tragbares Maß zu reduzieren... wenn meine Analyse richtig ist, müssen wir uns der Tatsache stellen, daß es in den achtziger Jahren absurd sein wird, die Strategie des Westens auf die Glaubwürdigkeit der Drohung mit gegenseitigem Selbstmord zu gründen.“ (Europa-Archiv 22/1979, S. D 589 ff.)

Tabelle 1:

**Die NATO-Beschlüsse vom 12. Dezember 1979
betreffend das kontinentale Nuklearpotential**

1. Pershing II	
Stückzahl	108 (mit 1 Sprengkopf)
Art	Landgestützt
Reichweite	1 800 km
Standort	BR Deutschland
Ersetzt	Pershing I a
Verfügungsgewalt	USA
Einsatzbereit	Frühestens 1983
2. Cruise Missile	
Stückzahl	464 (mit 1 Sprengkopf)
Art	Landgestützt
Reichweite	2 500 km
Standorte	GB 160 IT 112 BRD 96 Be 48? (Überprüfung 1980) Ni 48? (Beschluß aufgeschoben bis 1981)
Verfügungsgewalt	USA
Einsatzbereit	Frühestens 1983
3. Nukleare Sprengköpfe	
Reduktion der in Europa gelagerten Nuklearsprengköpfe	um 1 000
4. Verhandlungsangebot	
Verhandlungsangebot der NATO an die UdSSR unter Einschluß eines allfälligen Verzichts auf die Stationierung der Pershing II und der Cruise Missile.	

Die dritte Lücke besteht nach Auffassung unseres Gewährsmannes im Bereich des konventionellen Potentials in Europa. Auch diese Lücke bestand von jeher; sie ist aber in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Kein ernst zu nehmender Experte bestreitet, daß die UdSSR heute in der Lage ist, einen konventionellen Krieg in Europa zu gewinnen. Umstritten ist nur, wieviel Zeit dafür benötigt würde. Die NATO ist nicht in der Lage, sich ohne Einsatz von Nuklearwaffen zu verteidigen. Zu den Schwächen der NATO gehört ins-

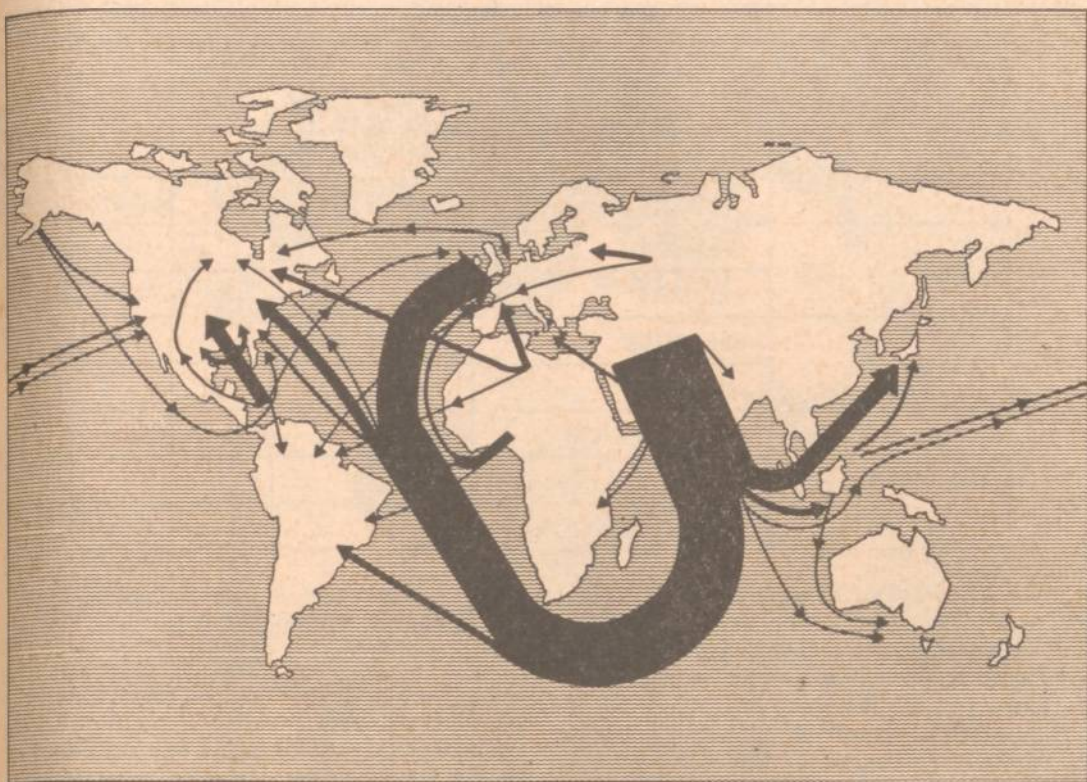
besondere die fehlende strategische Tiefe und die zunehmende Gefährdung der Verbindungswege über den Atlantik, den Lebensadern der NATO, aufgrund des massiven Ausbaus der sowjetischen Flotte. Breschnews Ankündigung des Abzugs von 1 000 Panzern und 20 000 Mann aus der DDR war pure Bauernfängerei. Es handelt sich nicht um Abrüstung, sondern lediglich um eine Dislozierung. Wahrscheinlich wurden zudem nur jene alten Panzer abgezogen, die nach der Umrüstung auf modernere Panzertypen in der DDR stationiert geblieben sind. Bundeskanzler Schmidt hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er Breschnews Ankündigung kommentierte, die Russen könnten sich dies offenbar leisten.

Eine vierte Lücke klapft gemäß der Darstellung unseres Gewährsmannes aus Bern im Dispositiv für den Nahen und Mittleren Osten, den Persischen Golf, das Arabische Meer, den Indischen Ozean, überhaupt die Öl-routen. Die Interventionstruppe der USA von über 100 000 Mann steht lediglich auf dem Papier; in Wirklichkeit sind es etwa 16 000. Ersatzmaterial ist offenbar immer noch nicht vorhanden und müßte im Konfliktfall, so wie 1973 im Nahostkrieg, aus amerikanischen Beständen in Europa beschafft werden. Die Sowjetunion hat ihre Lufttransportkapazität erheblich ausgebaut und verfügt zudem über vorgeschobene Stützpunkte, seit 1980 auch in Afghanistan. Der Ausfall des Iran als dem Westen wohlgesinnte Ordnungsmacht am Persischen Golf ist gravierend. 80 Prozent der Öl-routen liegen außerhalb des Bereichs der NATO, nämlich südlich des Wendekreises des Krebses. In diesem Zusammenhang wird in Europa vielerorts immer noch nicht zur Kenntnis genommen, daß die USA sehr viel weniger von der Ölfuhr aus dem Vorderen Orient abhängig sind als Japan und Westeuropa (Abb. 2 und 3).

1978 mußten die Japaner 99 Prozent des verbrauchten Öls importieren, die Westeuropäer 88 Prozent, die USA jedoch nur 45 Prozent. Davon bezog Japan 75 Prozent, Westeuropa 68 Prozent, die USA jedoch nur 35 Prozent aus dem Mittleren Osten. Die USA führten 1978 aus dem Persischen Golf 120 Mill. t Erdöl ein, Japan 194 Mill. t, Westeuropa aber 414 Mill. t. Also ist Westeuropa am meisten auf das Erdöl des Vorderen Orients angewiesen.

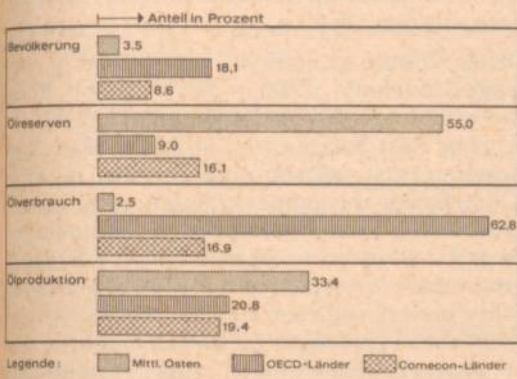
Paradoxerweise hilft der Westen mit, die seit dem Sturz Chruschtschows forcierte sowjetische Aufrüstung indirekt zu finanzieren. Die Verschuldung der Sowjetunion gegenüber den Westmächten ist auf über 60 Milliarden

Abb.2: Der Vordere Orient und Erdölversorgung des Westens 1978



Quelle: Statistische Übersicht der Weltöl-Industrie 1978 von British Petroleum Company Limited.

Abb.3: Ölreserven, Ölverbrauch und Ölproduktion 1978



Quelle: Aktuelle JRO-Landkarte, Nr. 4/1980

Im Rahmen der Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsverhandlungen ist bisher kein Durchbruch gelungen. Die Diplomatie hinkt der Technologie hinten nach. Die Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der UNO und die Wiener MBFR-Verhandlungen treten auf der Stelle. MBFR bedeutet in der Moskauer Lesart „More Benefits for the Russians“. Der SALT-II-Vertrag ist auf die quantitative Begrenzung der Nuklearträger beschränkt (Tab. 2) und verzichtet auf eine Begrenzung der Zahl der nuklearen Sprengköpfe, der Sprengkraft und erst recht auf qualitative Beschränkungen bezüglich Mobilität, Treffgenauigkeit, U-Boot-Dektoren usw. SALT II kanalisiert den Rüstungswettlauf, aber verhindert ihn nicht.

Dollar angestiegen bei einem Zinsfuß von durchschnittlich 2,5 Prozent, was nicht einmal die Inflation ausgleicht. Der Westen spielt in der Tat den Weihnachtsmann. Sowjetische Entspannungspolitik bedeutet, die Russen schicken den Amerikanern General Grigorenko, die Amerikaner den Russen General Motors.

Die Ränder der NATO sind gefährdet. Eine Lösung des Konflikts zwischen Griechenland und der Türkei ist nicht abzusehen. Innenpolitisch wird der kranke Mann am Bosphorus kränker und kränker. Die innenpolitische Lage in Italien bleibt instabil; eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Italien ist in den achtziger Jahren nicht auszuschließen. Im

Tabelle 2:

Der SALT-II-Vertrag

Nuklearträger		Höchstgrenzen ab 1. Januar 1981	total max. 2 250	davon max. 1 320	davon max. 1 200	davon max. 820
ICBM	ohne MIRV		x			
	mit MIRV		x	x	x	x
SLBM	ohne MIRV		x			
	mit MIRV		x	x	x	
ASBM	ohne MIRV		x			
	mit MIRV		x	x	x	
Schwere Bomber	ohne ASBM/CM		x			
	mit CM (unter 600 km)		x			
	mit CM (über 600 km)		x	x		

Norden Norwegens setzen sich die Russen sukzessive fest. Der Druck gegenüber Finnland ist gewachsen. Die Gefahr der „Finnlandisierung“, d. h. der außen- und innenpolitischen Anpassung an die Wünsche des großen Nachbarn, besteht nicht nur für Finnland, sondern für Westeuropa insgesamt. Ein Anwendungsfall ist der Verzicht auf das geschickte Ausspielen der chinesischen Karte, der Finanzkreditkarte oder der Knowhow-Karte in den Verhandlungen mit der Sowjetunion, ja die Disqualifizierung entsprechender Vorschläge als friedensgefährdende „Provokation“ von seiten bestimmter Exponenten der Ostpolitik. Ein weiterer Anwendungsfall ist die „Finnmarkisierung“, d. h. die durch sowjetischen Druck bewirkte Ablehnung amerikanischer Materiallager in Nord-Norwegen. Hinzu kommt die „Dänemarkisierung“ nicht nur Dänemarks, sondern auch anderer NATO-Staaten, d. h. die Abstützung der Sicherheitspolitik auf den amerikanischen Protektor ohne angemessene eigene Verteidigungsanstrengungen.

Der Sowjetunion ist es gelungen, in den letzten paar Jahren außerhalb Europas acht Länder, darunter strategisch wichtige, für sich zu gewinnen. Diese Gewinne erreichte sie zum Teil durch den Einsatz von Stellvertretern (Vietnamesen, Kubanern und Ostdeutschen), zum Teil mit eigenen Streitkräften, sei es indirekt auf Kuba (zur Ermöglichung des kubanischen Afrikakorps) oder neuestens nun auch direkt in Afghanistan. Diese Länder sind: Angola, Moçambique, Äthiopien, Südjemen, Afghanistan, Laos, Kambodscha und Südvietnam

(Abb. 4). Der Vorstoß zum Indischen Ozean, ein russischer Traum seit Peter dem Großen, zeichnet sich ab.

Die sowjetische Außenpolitik und Militärpolitik verlangt eine Neudefinition der Koexistenz. Koexistenz im Sinne der sowjetischen Praxis der siebziger Jahre bedeutet Fortsetzung des sowjetkommunistischen Imperialismus mit allen Mitteln inklusive militärischen, ausgenommen die militärische Konfrontation mit den westlichen Industriestaaten, insbesondere mit den USA.

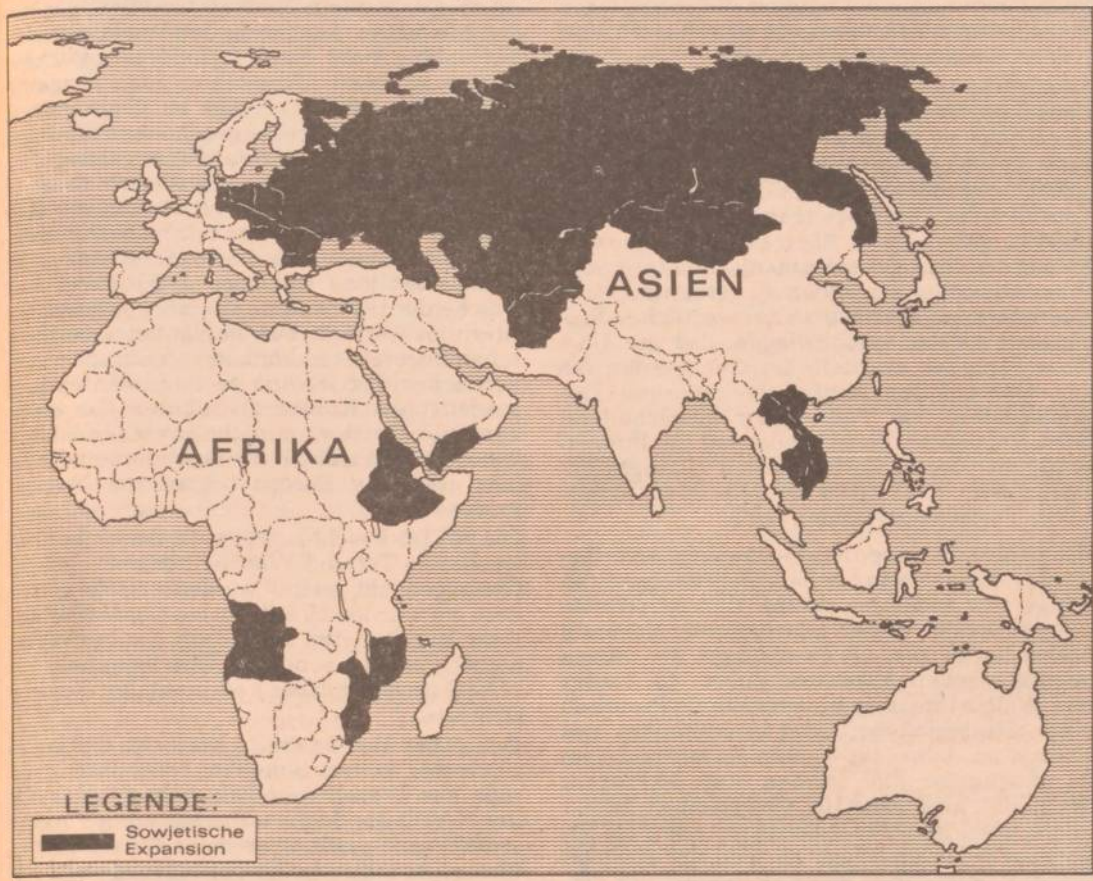
Diese Politik entspricht verblüffend jenem (ungesicherten) Zitat aus einer Rede Breschnews anlässlich der Konferenz der Warschauer Pakt-Staaten vom Frühjahr 1974: „Wir Kommunisten müssen eine Zeitlang mit den Kapitalisten zusammenarbeiten. Wir brauchen deren Landwirtschaft und Technologie. Aber wir werden unsere massivsten Rüstungsprogramme fortsetzen und Mitte der achtziger Jahre in der Lage sein, zu einer wesentlich aggressiveren Außenpolitik zurückzukehren, um in unseren Beziehungen zum Westen die Oberhand zu gewinnen.“⁸⁾

Ebenfalls ungesichert, aber aufgrund der bisherigen Politik plausibel ist die Erklärung Breschnews gegenüber der tschechoslowakischen Führung vom Februar 1977:

„Im Jahre 1985 werden wir die meisten unserer Ziele in Westeuropa erreicht haben und die

⁸⁾ Der Spiegel Nr. 1—2/1980.

Abb. 4: Sowjetkommunistische Expansion in Afrika und Asien in den 70er Jahren



Umkehrung des Kräfteverhältnisses wird dann so einschneidend sein, daß wir unsern Willen immer, wenn es nötig ist, durchzusetzen imstande sein werden."

Unser Gewährsmann aus dem Berner Nachrichtendienst schließt mit dem folgenden Fazit: Mag eine direkte Konfrontation in Europa

nach wie vor, wie das Londoner Institut für Strategische Studien urteilt, nicht attraktiv erscheinen, so ist die indirekte Bedrohung Europas, Japans und der USA, vor allem aber Europas, über die Nabelschnur der Industriestaaten (Persischer Golf, Ölroueten) um so stärker geworden.

Bedrohung aus sowjetkommunistischer Sicht

Versetzen wir uns in die Lage eines sowjetkommunistischen Gewährsmanns. Nehmen wir an, daß auch er ein pessimistischer Sicherheitspolitiker ist, der immer an die schlimmsten unter den möglichen Bedrohungen denkt. Nehmen wir ferner an, daß unser fiktiver sowjetischer Gesprächspartner die Argumentation des Schweizer Pessimisten mitgehört hat. Und beschränken wir uns auf Argumente, die aus der sowjetischen Interessensicht vertret-

bar erscheinen unter Verzicht auf den üblichen ideologischen Vorhang. Hier sein Plädoyer:

„Wenn wir die westliche Propaganda analysieren, so stellen wir fest, daß sie seit den späten vierziger Jahren ohne Unterlaß den sowjetkommunistischen Teufel an die Wand malt und behauptet, die Sowjetunion sei dabei, das militärische Gleichgewicht zu ihren Gunsten aus den Angeln zu heben. Dabei werden die

gewaltigen Rüstungsanstrengungen der westlichen Seite geflissentlich heruntergespielt. Sehen wir uns einmal konkret die angebliehen vier Rüstungslücken an, von denen mein Vorredner soeben gesprochen hat:

Was die erste Lücke im Bereich des interkontinentalen Nuklearpotentials betrifft, hat mein Vorredner zu Recht erwähnt, daß die UdSSR etwa ab 1982 wahrscheinlich die Erstschlagkapazität gegenüber den landgestützten Interkontinentalraketen besitzen wird, also die Fähigkeit, mit einem überraschenden ersten Schlag das Gros der amerikanischen Interkontinentalraketen am Boden zu zerstören. Mein Vorredner hat aber, wie in der westlichen Propaganda üblich, verschwiegen, daß die USA diese Fähigkeit ebenfalls besitzen werden. Ich verweise auf den Artikel des früheren Programmleiters im Nationalen Sicherheitsrat der USA, Jan M. Lodal⁹⁾, oder auf die Budgetbotschaft des amerikanischen Kriegsministeriums für 1980, in der dasselbe in verschlüsselter Form eingestanden wird.

Die wilden Science-fiction-Übungen amerikanischer Experten in Sachen sowjetischer Erstschlag sind indessen absurd. Und ich könnte die Absurdität dieser Glasperlenspiele nicht besser karikieren, als es unlängst die beiden amerikanischen Experten Robert G. Kaiser und Walter Pincus in einem fiktiven Protokoll einer Strategiedebatte im Atombunker des Kremls im Jahre 1984 getan haben¹⁰⁾. Selbst im günstigsten Fall würden etwa 10 Prozent der ICBM, also etwa 100, übrigbleiben, ferner mindestens 20 Atom-U-Boote mit mehr als 300 Sprengköpfen und dazu ein Teil der strategischen Bomber, d. h. mehr als genug, um vernichtend zurückzuschlagen. Aber selbst wenn wir fahrlässigerweise darauf vertrauen würden, daß der amerikanische Präsident zaudern würde, nach der Vernichtung von zehn bis zwanzig Millionen Amerikanern mit dem Rest seines Nuklearpotentials zurückzuschlagen, so wäre ein sowjetischer Erstschlag mit allzu großen Risiken verknüpft. Denn wir kennen das Ausmaß der Selbstgefährdung durch die in den USA explodierenden nuklearen Sprengköpfe nicht. Kein Wissenschaftler in Ost und West weiß, ob der Angriff die Erdkruste zerbrechen oder die Ionosphäre für immer zerstören würde. Niemand weiß, ob wir die Atemluft der ganzen Welt verseuchen würden.

Diese paar Hinweise, die beliebig drastisch ergänzt werden könnten, mögen genügen, um die apokalyptischen Spielereien in der amerikanischen RAND-Corporation hinreichend ad absurdum zu führen.

⁹⁾ Jan M. Lodal, SALT II and American Security, in: Foreign Affairs Nr. 2, Vol. 57, Winter 1978/79, S. 257.

¹⁰⁾ Die Zeit 44/1979, S. 25ff.

Betrachten wir die zweite Lücke, diejenige im Bereich des kontinentaleuropäischen Nuklearpotentials. Mein Kollege Lew Semejko von der Moskauer Akademie der Wissenschaften hat unlängst auf die entscheidende Lücke in der westlichen Argumentation hingewiesen¹¹⁾: Die UdSSR verfügt im Gegensatz zu den USA nicht über vorgeschobene land- und luftgestützte Kernwaffen. Keine einzige Rakete und kein einziger Nuklearbomber ist außerhalb der Sowjetunion stationiert. Kein einziger Verbündeter der UdSSR besitzt Kernwaffen. Das heißt also, die Sowjetunion verfügt nicht über jene nukleare ‚Ergänzung‘, über welche die USA außerhalb ihres eigenen Territoriums verfügt. Die geplanten amerikanischen Euroraketen können von Europa aus sowjetisches Territorium treffen, während die sowjetischen Kontinentalraketen das amerikanische Territorium nicht erreichen können. Daraus ergibt sich für die Sowjetunion die Gefahr eines auf Europa begrenzten Nuklearkrieges.

Die NATO-Beschlüsse vom 12. Dezember 1979 würden in Tat und Wahrheit das europäische Gleichgewicht nicht wiederherstellen, sondern sie würden es auf Kosten der UdSSR und ihrer Verbündeten verändern. Sie bezwecken nicht Parität, sondern Überlegenheit der NATO im Bereich der kontinentalen Nuklearstrategie.

Demgegenüber bestreite ich nicht, daß im Bereich des konventionellen Potentials in Europa der Warschauer Pakt rein zahlenmäßig der NATO überlegen ist, etwas mehr Personal unter Waffen hält, über mehr Panzer verfügt, über mehr taktische Kampfflugzeuge und über mehr Mittel für die Fliegerabwehr. Die Unterschiede sind indessen geringer als die prowestliche Publikation ‚Military Balance‘ des Londoner Instituts für Strategische Studien jeweils ausweist. Zudem wird der quantitative Vorsprung durch den qualitativen Rückstand der Warschauer-Pakt-Staaten teilweise ausgeglichen.

Das ist aber nicht das Entscheidende. Entscheidend ist vielmehr, daß die sowjetischen Streitkräfte drei Aufträge an drei Fronten zu erfüllen haben, die NATO-Streitkräfte dagegen nur einen an einer Front. Die drei Fronten sind: 1. die Westfront gegenüber der NATO, 2. die Ostfront gegenüber China und 3. die innere Front in der UdSSR und in den europäischen und asiatischen Volksdemokratien gegenüber konterrevolutionären Kräften.

Der schlimmste Fall, mit dem die UdSSR rechnen muß, ist ein Dreifrontenkrieg gegen Westen, Osten und im Innern. Daß diese Bedrohung ernst zu nehmen ist, ergibt sich u. a. aus der bedenkliehen Bereitschaft westlicher

¹¹⁾ Lew Semejko, Gibt es ein militärisches Ungleichgewicht in Europa? in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/1970, S. 1337ff.

Kreise, die ‚chinesische Karte‘ gegen die UdSSR zu spielen. Die provokante Annahme des britischen Altphilologen und NATO-Generals Sir John Hackett über einen inneren Zusammenbruch des Sowjetregimes im Jahre 1985 mitten in einer kriegerischen Ost-West-Auseinandersetzung¹²⁾ ist zwar ziemlich unrealistisch. Realistischerweise müssen wir aber mit dem Fall rechnen, daß gleichzeitig in mehreren europäischen Volksdemokratien so etwas passiert wie 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der CSSR oder 1980 in Polen. Hinzu kommt eine demographische Zeitbombe innerhalb der Sowjetunion, die uns mit wachsender Sorge erfüllt. Ende der achtziger Jahre wird voraussichtlich die Mehrheit der Bevölkerung meines Landes asiatisch sein, man rechnet mit etwa 52 Prozent. Von diesen 52 Prozent werden etwa zwei Drittel Mohammedaner sein. Wir wissen und erleben dies zur Zeit, daß der Islam nicht nur antiamerikanisch, antiwestlich ist, sondern auch antikommunistisch sein kann. Die Herausforderung ist für uns aber ungleich schwerwiegender als für die USA und für den Westen. Denn wir haben den Islam nicht nur vor unserer Tür, sondern in unserem eigenen Lande.

Aufgrund dieser unangenehmen Drei-Fronten-Situation der UdSSR und des Warschauer Pakts ist ein konventionelles Übergewicht des Warschauer Pakts gegenüber der NATO zwingend notwendig, weil nur ein beschränkter Teil der Gesamtstreitkräfte bei einer militärischen Konfrontation mit dem Westen verfügbar wäre, während starke Kräfte im Innern und im Osten gebunden blieben. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß unsere im Westen verfügbaren konventionellen Mittel der NATO überlegen sind. Aber diese Überlegenheit ist bei weitem nicht so groß, daß wir innerhalb von 48 Stunden am Rhein stehen könnten, wie das der belgische General Robert Close annimmt¹³⁾. Selbst der frühere westdeutsche Verteidigungsminister Leber hat den Angstmachern vom Schlage eines Close entgegengehalten, das wäre nur gerade dann möglich, wenn die deutsche Bundeswehr statt zu kämpfen die Verkehrsregelung übernehme.

Weiter ist zu bemerken, daß die üblichen westlichen Kräftevergleiche irreführend sind, weil sie die Streitkräfte Frankreichs und der neutralen Staaten ausklammern.

Ein Angriff der Warschauer-Pakt-Staaten auf Westeuropa liegt nicht im sowjetischen Interesse. Der amerikanische Futurologe Herman Kahn hat das Kernproblem getroffen, als er fragte, wem letztlich eine deutsche Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzei-

chen dienen würde; sicher nicht den nationalen Interessen der UdSSR. Denn diese gesamtdeutsche kommunistische Großmacht ließe sich kaum disziplinieren und wäre für die Sowjetunion über kurz oder lang eine ähnliche Bedrohung wie sie heute China darstellt. Vielleicht leuchtet Ihnen diese Überlegung besser ein, wenn Sie die Bedrohung Westeuropas bedenken, die aus einer deutschen Wiedervereinigung unter antikommunistischen Vorzeichen entstehen müßte.

Falls Sie immer noch Zweifel hegen, so lesen Sie Frederick Forsyth's romanhaftes Szenario, in dem das Schreckgespenst eines Warschauer-Pakt-Angriffs auf Westeuropa von einem nichtkommunistischen Autor entlarvt wird¹⁴⁾.

Im übrigen ist es die historische Erfahrung der letzten zwei Jahrhunderte, die uns dazu zwingt, die traditionellen Invasionsrouten der Westmächte in Osteuropa durch starke konventionelle Kräfte im Griff zu haben, wofür ein unverdächtiger Zeuge, nämlich Henry Kissinger, vor Jahren einmal Verständnis bekundete. Denn schließlich ist Rußland dreimal vom Westen überfallen worden und nie umgekehrt, unter Napoleon, unter Wilhelm II. und unter Hitler. Unsere Truppen stehen zur Abschreckung an der Westfront, um zu verhindern, daß nochmals zwanzig Millionen sowjetische Patrioten ihr Leben lassen müssen wie im Zweiten Weltkrieg.

Und nun zur angeblichen Lücke im Mittleren und Nahen Osten, im Persischen Golf, im Indischen Ozean und längs der Ölrouen. Bisher war es das traurige Privileg der USA, Großbritanniens und Frankreichs, in Südamerika (Dominikanische Republik), in Asien (Korea, Vietnam), im Vorderen Orient (Iran, Libanon) und in Afrika (Suez, Tansania, Tschad, Kamerun, Kongo, Rhodesien, Zentralafrikanische Republik, Tunesien usw.) militärisch zu intervenieren. Inzwischen haben wir eben dieselbe Fähigkeit auch erlangt. Auf westlicher Seite stehen für solche Zwecke nicht nur die 16 000 Mann der USA zur Verfügung, sondern neben den britischen für Übersee bestimmten Streitkräften insbesondere die französischen Eingreiftruppen in der Stärke von immerhin zwei Divisionen und sieben Regimentern — Fremdenlegionäre wohlverstanden. Wenn unsere Verbündeten aus Kuba oder der DDR unseren Freunden in Afrika helfen, wenn die Vietnamesen unseren Freunden in Kambodscha und Laos helfen oder wenn wir unseren Freunden in Afghanistan helfen, dann wird im Westen gleich Zeter und Mordio gebrüllt, wenn aber umgekehrt, um nur die jüngsten Beispiele zu nennen, französische Fremdenlegionäre in Zaire und in Tunesien intervenieren und in

¹²⁾ Sir John Hackett, Der Dritte Weltkrieg, München 1978.

¹³⁾ Robert Close, Europa ohne Verteidigung, Bonn 1977.

¹⁴⁾ Frederick Forsyth, Des Teufels Alternative, München 1979.

der Zentralafrikanischen Republik Kaiser Bokassa stürzen helfen, dann wird das geflissentlich ignoriert oder belobigt. Sollten wir tatenlos zusehen, wenn der Westen seine Freunde militärisch unterstützt? Sollten wir unsere eigenen Freunde im Stich lassen? Nicht wir, sondern die USA drohen mit dem Einsatz von Eingreiftruppen im Persischen Golf. Die USA, nicht wir, bilden zur Zeit in den Wüsten Nevada Truppen für den Einsatz in den Golfstaaten aus. Woher nimmt der Westen eigentlich die Legitimation für seine exklusiven Ansprüche auf das arabische Öl? Auch mein Land ist ab Mitte der achtziger Jahre in wachsendem Maße auf Erdölimporte angewiesen. Die sowjetische Erdölversorgung ist bedroht, weil der Westen aus kolonialistischer Angewöhnung noch immer nicht gelernt hat, knappe Güter mit anderen zu teilen. Welche Logik erlaubt es, das westliche Interesse am arabischen Öl als legitim, das sowjetische dagegen als illegitim zu betrachten?

Soviel zu den angeblichen Lücken der westlichen Rüstung. Mein Vorredner hat in seiner Tour d'horizon von acht Ländern in Afrika und Asien gesprochen, die wir in den letzten Jahren als Freunde und zum Teil als Verbündete gewonnen haben. Wir sind stolz darauf, aber überschätzen diese Erfolge nicht. Denn wir wissen aus Erfahrung, daß es sich zum Teil um recht unsichere Kantonisten handelt. Es gibt nicht nur ein Gewinnkonto, sondern auch ein Verlustkonto in Afrika, und dazu gehören Ghana, Mali, Guinea, Uganda, Somalia und insbesondere Ägypten, so daß wir im Grunde nicht viel mehr gewonnen haben, als wir zuvor verloren hatten. Vor allem die Ausschaltung der UdSSR aus den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel wiegt schwer.

In Südostasien ist das Verlustkonto 1979 im Vergleich zu den Gewinnen größer, bedingt vor allem durch den Treuebruch Chinas, die Kündigung des sowjetisch-chinesischen Bündnisvertrages durch China, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA, den Friedensvertrag zwischen China und Japan und den Krieg Chinas gegen unseren Verbündeten Vietnam.

In Osteuropa haben wir seit 1948 überhaupt keine Gewinne erzielt. Die Unruhe in Osteuropa hat sich verstärkt, vor allem in Polen und in der CSSR. Die Dissidentenbewegung schwelt weiter. Die Triumphreise des Papstes durch Polen ist ein starkes Stück. Rumänien weigert sich, mehr für die gemeinsame Verteidigung aufzuwenden, unterstützt offen die ägyptisch-israelische Annäherung und kritisiert unsere Hilfe für Afghanistan.

Was uns aber am meisten beunruhigt, ist die Tatsache, auf die mein Kollege Semejko im besagten Artikel ebenfalls hingewiesen hat, daß die NATO-Länder, vor allem die USA, bei der Entwicklung neuer und neuester Waffen er-

wiesenermaßen regelmäßig an der Spitze lagen. Die Amerikaner bauten die erste Atombombe. Die Amerikaner schufen als erste die Wasserstoffbombe. Die Amerikaner installierten als erste Mittelstreckenraketen mit nuklearen Sprengköpfen. Die USA veranstalteten Ende der fünfziger Jahre eine hysterische Kampagne wegen einer angeblichen Raketenlücke im Bereich der Interkontinentalraketen, die in Wirklichkeit aufgrund der forcierten Produktion solcher Raketen durch die USA nie eintrat. Die Amerikaner rüsteten als erste U-Boote mit Nuklearraketen aus. Sie entwickelten als erste kleinkalibrige Nuklearwaffen. Sie begannen als erste mit der Härtung der ICBM-Basen. Sie entwickelten als erste die Cruise Missiles, die Neutronenbombe, das mit Radar nicht ortbare Flugzeug, die Bomblets usw. Die — abgesehen von den obsoleten Flugabwehrraketen (ABM) — einzige Ausnahme, bei der wir einmal voraus sind, ist die mobile und mit Mehrfachsprengköpfen ausgestattete Mittelstreckenrakete SS-20. Es ist zutreffend, daß wir in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre und in den siebziger Jahren große Rüstungsanstrengungen unternommen haben. Warum? Weil wir von der Erfahrung mit dem Westen gebrannt sind. Es darf und wird nicht mehr vorkommen, daß wir uns der nuklearen Erpressung der USA beugen müssen wie in der Iran-Krise 1946 und in der Kubakrise 1962.

So wie Ende der fünfziger Jahre nehmen die NATO und allen voran die USA u. a. die SS-20 zum Anlaß, wiederum von einer 'Raketenlücke' zu sprechen und versuchen damit, die wohl gigantischste Aufrüstungsrunde der gesamten Nachkriegszeit zu rechtfertigen. In den vier genannten Rüstungsbereichen, dazu in bezug auf die Kriegsmarine, sind gewaltige Rüstungsanstrengungen im Gange oder angekündigt:

Im Bereich des interkontinentalen Nuklearpotentials ist im letzten Jahr das erste Trident-U-Boot mit 24 SLBM vom Stapel gelaufen und wurde die strategische Bomberflotte durch den B-52 G/H modernisiert. Die Entwicklung luftgestützter Cruise Missiles ist im Gange, und angekündigt ist die Produktion von 200 mobilen Interkontinentalraketen (MX). Sobeit hat der Kongreß die Konstruktion eines neuen strategischen Bombers, den Bau eines weiteren Trident-Unterseekreuzers und die Produktion von 240 F-14- und F-16-Kampfflugzeugen beschlossen. Laut SIPRI-Jahrbuch von 1979 sind die USA ferner bald in der Lage, strategische U-Boot-Flotten in ihrer Gesamtheit zu orten und zu vernichten.

Im Bereich des kontinentalen Nuklearpotentials wurde durch die Beschlüsse vom 12. Dezember 1979 die Stationierung von Pershing II und von landgestützten Cruise Missiles in Europa vereinbart.

Im Bereich der konventionellen Rüstung in Europa ist die Modernisierung in vollem Gange. In Norwegen und Dänemark werden 'unbemannte' amerikanische Stützpunkte errichtet. Ferner rechnet man mit dem spanischen NATO-Beitritt. Im Bereich globaler Interventionstruppen haben die USA die Aufstellung einer Armee von über 100 000 Mann angekündigt. Im Bereich der amerikanischen Kriegsmarine ist eine Modernisierungsrunde sowie die Vermehrung der Bestände von 462 auf 550 Einheiten geplant.

Präsident Carter hat eine reale Steigerung der Rüstungsausgaben um im Durchschnitt jährlich 4,5 Prozent in den nächsten fünf Jahren gefordert.

Diese gigantischste Aufrüstungsrunde der Nachkriegszeit läuft unter dem irreführenden Signet 'Nachrüstung'. Das ist Etikettenschwindel, vielleicht der cleverste Propagandatrick der Nachkriegszeit.

Natürlich bleibt uns nichts anderes übrig als nachzuziehen, obwohl uns dies vor enorme wirtschaftliche Probleme stellen wird, die ohnehin schon groß genug sind. Unser größtes Problem überhaupt ist wahrscheinlich dies, daß wir unseren historisch bedingten wirtschaftlichen Rückstand durch militärische Stärke auszugleichen suchen und damit erst recht den wirtschaftlichen Aufholungsprozeß verzögern. Ich kann den Verdacht nicht ausschließen, daß der hintergründige Zweck der von den USA und ihren Verbündeten zu verantwortenden Aufrüstung in den achtziger Jahren darin besteht, das wirtschaftliche Wachstum im Westen anzukurbeln, gleichzeitig die wirtschaftliche Erstarkung der UdSSR zu verhindern und die Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Lage in den europäischen Volkdemokratien zu fördern. Dieser Verdacht wird von einem Zeugen gestützt, der selbst aus westlicher Sicht unverdächtig ist¹³⁾.

Mein Vorredner hat am Schluß seines Plädoyers gefälschte Zitate des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, kolportiert. Er würde besser tun, sich an die Aussage des amerikanischen Kriegsministers Harold Brown zu halten: 'Wenn alle erforderlichen Mittel für die geplanten NATO-Programme gesprochen werden, so wird dieses Bündnis Mitte der achtziger Jahre auf militärischem Gebiet eine deutliche Überlegenheit erzielen.'

Oder an die State-of-the-Union-Message vom Januar 1980, in der der amerikanische Präsident Carter wiederholt, was sämtliche amerikanischen Präsidenten der Nachkriegszeit postuliert haben: 'Wir müssen jeden Preis zahlen,

um die stärkste Nation der Welt zu bleiben.

Ich schließe mit der Feststellung, daß ich in einem Punkt mit meinem Vorredner übereinstimme: Auch wir beurteilen die weltpolitische Lage zu Beginn der achtziger Jahre weit pessimistischer als vor zehn Jahren.'

Beurteilung

In der Sammlung jüdischer Witze von Salcia Landmann findet sich die folgende sinnreiche Anekdote: Ein Jude kommt zum Rabbi und führt Klage gegen einen anderen. Der Rabbi hört aufmerksam zu und erklärt dann: „Du hast recht.“ Bald danach kommt der Beschuldigte und klagt seinerseits über den Ankläger. Der Rabbi hört wieder sehr aufmerksam zu und sagt abermals: „Du hast recht.“ Ein Dritter hat beide Entscheide mitangehört und hält dem Rabbi vor: „Es können doch niemals beide recht haben!“ Da antwortet der Rabbi: „Du hast auch recht.“

Die Anekdote trifft unsere Situation nach dem Anhören der beiden Plädoyers. Beide Rollenspieler haben innerhalb ihrer Denkgewohnheiten, innerhalb ihrer Interessensicht recht. Selbst wenn man imstande ist, nach beiden Seiten Bedenken zu äußern (Aristoteles!), selbst wenn man die kommunistische Diktatur, den sowjetischen Imperialismus und die systematische Verletzung der Menschenrechte in der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Staaten mit aller Entschiedenheit verurteilt, so ist es dennoch nicht leicht zu erkennen, wer im Recht und wer im Unrecht ist. Beide Plädoyers enthalten Halbwahrheiten, und Halbwahrheiten sind bekanntlich die gefährlichsten Unwahrheiten. Mit gutem Grund lautet die Schwurformel der Zeugen vor Gericht im angelsächsischen Recht: „Ich schwöre die Wahrheit zu sagen, nichts als die Wahrheit, die ganze Wahrheit.“ Komplexe Wahrheiten sind zweideutig, mehrdeutig, ähnlich den diplomatischen Orakelsprüchen aus dem antiken Delphi.

Wollen wir dennoch versuchen, zur Beurteilung der komplexen Wirklichkeit wenigstens ein paar Anhaltspunkte zu finden. Drei Hypothesen seien zur Diskussion gestellt:

Das militärische Gleichgewicht in Europa ist — zu Lasten des Westens — gefährdet.

Militärische Gleichgewichtspolitik ist eine notwendige Voraussetzung der Friedenssicherung.

Militärische Gleichgewichtspolitik, Gleichgewichtspolitik überhaupt, ist keine hinreichende Friedensstrategie.

¹³⁾ Samuel Pizar, Das Blut der Hoffnung, Reinbek b. Hamburg 1979, S. 260.

Gefährdung des militärischen Gleichgewichts

Die verfügbaren Daten über das quantitative Kräfteverhältnis sind fragwürdig. Erstens überbetonen sie die Offensivwaffen und vernachlässigen die Defensivwaffen. Zweitens geben sie keine Auskunft über die Qualität der Kräfte. Und drittens sind die Daten selbst unsicher. Die Angaben über das interkontinentale Nuklearpotential beruhen auf den Selbstdarstellungen der beiden Weltmächte, jene über das nukleare und konventionelle Potential in Europa auf westlichen, von sowjetischer Seite zum Teil angefochtenen Quellen.

Unter diesen Vorbehalten läßt sich das gegenwärtige Kräfteverhältnis wie folgt zusammenfassen:

Im interkontinentalen Nuklearbereich besteht eine Art Gleichgewicht der Ungleichgewichte. Die größere Zahl sowjetischer landgestützter Interkontinentalraketen, seegestützter Nuklearraketen und Nuklear-U-Boote wird ausgeglichen durch die Überlegenheit der USA in bezug auf die Zahl der schweren Bomber, der nuklearen Sprengköpfe und damit zusammenhängend den Grad der Mirvisierung, d. h. der Ausstattung der Nuklearträger mit mehreren Nuklearsprengköpfen, die unabhängig voneinander in verschiedene Ziele gebracht werden können. (Tab. 3).

Tabelle 3:

Interkontinentales Nuklearpotential 1979/80

Arten	USA	UdSSR
ICBM	1 054	1 398
SLBM	656	1 028
U-Boote	41	72
Schwere Bomber	431	156
Nukleare Sprengköpfe	9 200	5 000

Quellen:

The Military Balance 1979-1980, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1979.
— SIPRI Yearbook 1979, World Armaments and Disarmaments, ed. by Stockholm International Peace Research Institute, London 1979.

Im kontinentalen Nuklearpotential besteht eine eindeutige Überlegenheit der UdSSR. Die westliche Seite weist sowohl eine Lücke aus bezüglich der landgestützten Nuklearraketen als auch der Nuklearbomber. Die Zahl der kontinentalen Nuklearbomber der UdSSR ist gemäß den Angaben des Londoner Instituts

für Strategische Studien noch erheblich höher (Abb. 7) als nach Menaul (Tab. 4). Demgegenüber verfügt die NATO einschließlich Frankreich über mehr seegestützte Nuklearraketen, die im Vergleich zu den landgestützten Raketen weniger treffgenau und deshalb für den großflächigen Einsatz „counter cities“, nicht jedoch für den präzisen Einsatz „counter forces“ geeignet sind. Immerhin ist das Ungleichgewicht zu Lasten des Westens, vor allem unter dem Aspekt der Anzahl der nuklearen Sprengköpfe, nicht so groß, wie man es im Westen zu hören gewohnt ist (Tab. 4)

Schwerwiegender ist das Mißverhältnis im konventionellen Militärpotential in Mittel-

Tabelle 4:

Kontinentales Nuklearpotential in Europa 1979/80

Arten	NATO + FR	UdSSR
I/MRBM		
Träger	18	690
Sprengköpfe	18	890
Megatonnen	3	635
SLBM		
Träger	208	21
Sprengköpfe	720	21
Megatonnen	138	21
Bomber		
Träger	190 ¹⁾	430 ²⁾
Sprengköpfe	500	735
Megatonnen	190	735
Total		
Träger	416	1 141
Sprengköpfe	1 238	1 646
Megatonnen	331	1 391

¹⁾ exklusive 48 britische Vulcan B 2

²⁾ Die Zahlen Menauls weichen von den Angaben des Londoner Instituts für strategische Studien ab:
— Badger : Menaul (305), London (613)
— Backfire : Menaul (50), London (80)
— Blinder : Menaul nennt zusätzlich 75 Blinder

Quelle:

S.W.B. Menaul, SALT II: The Eurostrategic Imbalance in: Conflict Studies 104/1979.

und Nordeuropa. Das Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt in diesem Raum beträgt etwa in bezug auf

Divisionsäquivalente 1 : 2
 Mannschaftsbestände 2 : 3
 Kampfpanzer 1 : 3
 Taktische Kampfflugzeuge 1 : 2
 zugunsten des Warschauer Pakts (Tab. 5).

Tabelle 5:

Konventionelles Militärpotenzial in Mittel- und Nordeuropa 1979/80

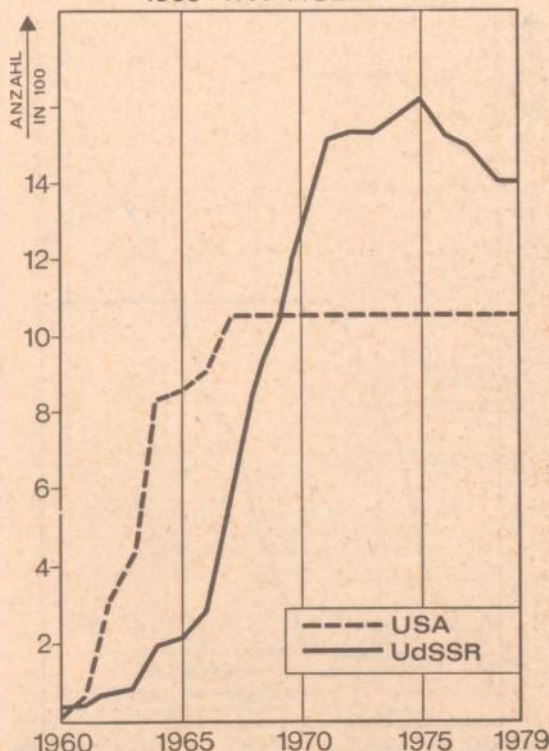
Arten	NATO	WAPA
Divisions-Äquivalente	27	47
Mannschaftsbestände	626 000	943 000
Kampfpanzer	7 000	20 500
Taktische Kampfflugzeuge	2 350	4 200

Quelle:
 The Military Balance 1979-1980, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1979.

Alarmierend ist die Entwicklung des Kräfteverhältnisses in den letzten zwanzig Jahren. Die Sowjetunion hat die USA im Jahre 1969 bezüglich Interkontinentalraketen (Abb. 5) und 1973 bezüglich U-Boot-gestützten Raketen überbunden (Abb. 6). Der Vorsprung der USA in bezug auf interkontinentale Nuklearbomber ist in den späteren sechziger Jahren erheblich zurückgegangen (Abb. 7). Der Aufholprozeß der UdSSR in bezug auf die Zahl der nuklearen Sprengköpfe und damit zusammenhängend der Mirvisierung der Nuklearträger hat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mit einem unerwarteten Tempo eingesetzt (Abb. 8). Der Rückstand des Westens in bezug auf die landgestützten kontinentalen Nuklearraketen hat sich Ende der siebziger Jahre (SS-20!) vergrößert (Abb. 9). Die Überlegenheit der UdSSR an kontinentalen Nuklearbombern ist nach 1977 leicht rückläufig, aber nur zahlenmäßig, während die Qualität (Backfire!) verbessert worden ist (Abb. 10).

Das Total der Mannschaftsbestände hat sich bis 1978/79 nicht stark verändert (Abb. 11). Für 1979/80 fehlen indessen die Daten, und zur Zeit ist im Zusammenhang mit der Besetzung Afghanistans und den Truppenmassierungen an den Grenzen Polens auf sowjetischer Seite eine Verstärkung der Bestände im Gange. Vor allem aber ist die militärische Präsenz an den Rändern des Sowjetimperiums seit 1968 um mehr als 25 Prozent erhöht worden.

Abb. 5: Landgestützte interkontinentale Nuklearraketen USA/UdSSR 1960 - 1979 (ICBM)



Quelle: The Military Balance 1960/61-1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1960 ff.

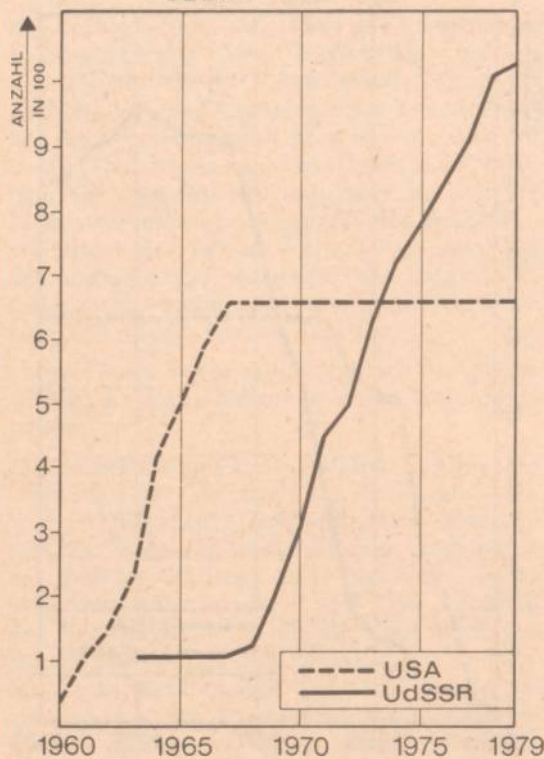
Die Schere zwischen dem Warschauer Pakt und der NATO in bezug auf die Zahl der Kampfpanzer ist im Zeitraum von 1969 bis 1978 erheblich auseinander gegangen. 1969 verfügte der Warschauer Pakt über 238 Prozent des Kampfpanzerbestandes der NATO in Mittel- und Nordeuropa, 1979 aber über 293 Prozent (Abb. 12).

Einzig der Vorsprung des Warschauer Pakts bezüglich der taktischen Kampfflugzeuge ist stabil geblieben (Abb. 13).

Diese Daten sind indessen unvollständig. Das konventionelle Ungleichgewicht wird noch verstärkt durch die in den siebziger Jahren verbesserte Logistik, die raschere Mobilisationsfähigkeit, die raschere Verschiebbarkeit der Kampftruppen, die Vergrößerung der Lufttransportkapazitäten, die Verbesserung der Nachtkampftauglichkeit, die Bereithaltung großer Bestände an chemischen Kampfstoffen, die Verkürzung der Vorwarnzeit usw.

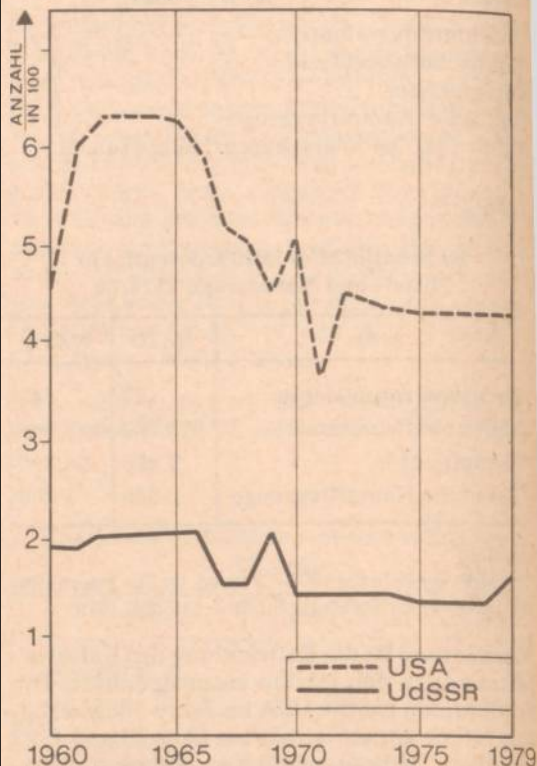
Fazit: Ungefähres Gleichgewicht im interkontinentalen Nuklearbereich, erhebliches Ungleichgewicht im kontinentalen Nuklearpo-

Abb. 6: Seegestützte Nuklearraketen USA/UdSSR 1960 - 1979 (SLBM)



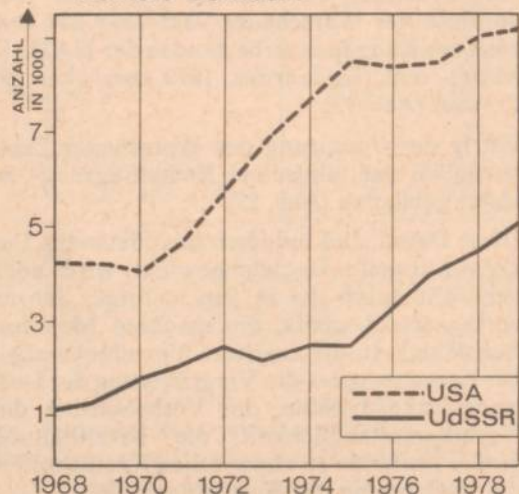
Quelle: The Military Balance 1960/61 - 1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1960 ff.

Abb. 7: Interkontinentale Nuklearbomber USA/UdSSR 1960 - 1979



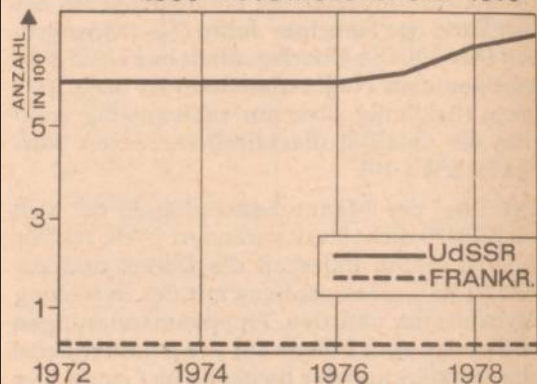
Quelle: The Military Balance 1960/61 - 1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1960 ff.

Abb. 8: Nukleare Sprengköpfe USA/UdSSR 1968-1979 (ICBM, SLBM, interkontinentale Bomber)



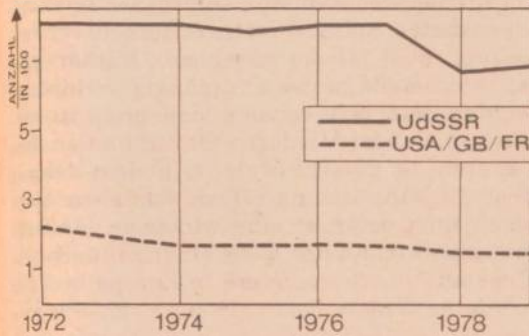
Quelle: SIPRI Yearbook 1977 und 1979, World Armaments and Disarmaments, ed. by Stockholm International Peace Research Institute, Uppsala 1977, London 1979 respectively.

Abb. 9: Landgestützte kontinentale Nuklearraketen in Europa (500-4000 Meilen) 1972-1979



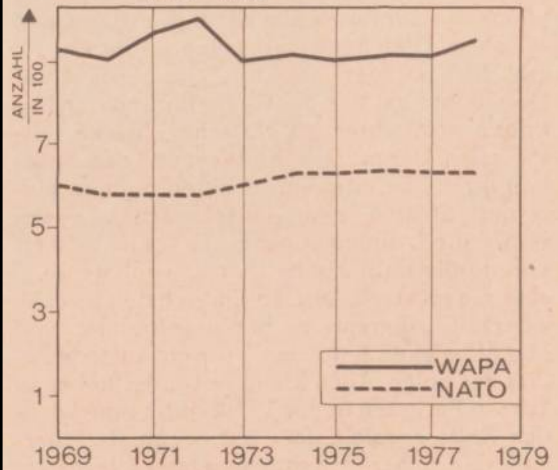
Quelle: The Military Balance 1972/73 - 1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1972 ff.

Abb. 10: Kontinentale Nuklearbomber in Europa 1972 - 1979



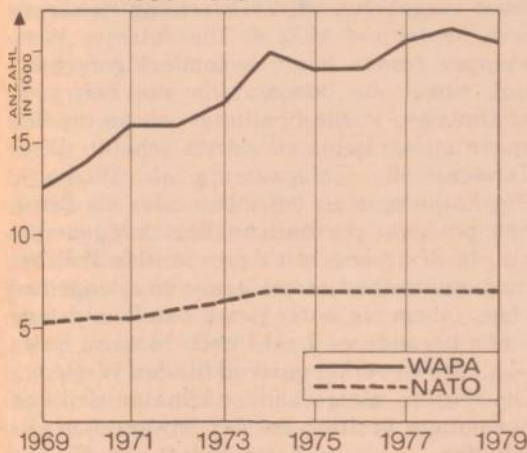
Quelle: The Military Balance 1972/73 - 1979/1980, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1972 ff.

Abb. 11: Mannschaftsbestände NATO/WAPA in Mittel- und Nordeuropa 1969 - 1979



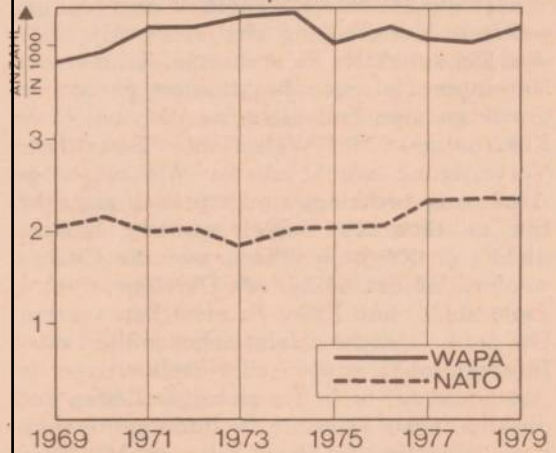
Quelle: The Military Balance 1969/70 - 1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1969 ff.

Abb. 12: Kampfpanzer NATO/WAPA in Mittel- und Nordeuropa 1969 - 1979



Quelle: The Military Balance 1969/70 - 1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1969 ff.

Abb. 13: Taktische Kampfflugzeuge NATO/WAPA in Mittel- und Nordeuropa 1969 - 1979



Quelle: The Military Balance 1969/70 - 1979/80, ed. by The International Institute for Strategic Studies, London 1969 ff.

tential, starkes und gewachsenes Ungleichgewicht im konventionellen Kräfteverhältnis in Mittel- und Nordeuropa. Wichtiger als die quantitativen Kräftevergleiche ist indessen das qualitative „Gleichgewicht der Optionen“. Weder die Sowjetunion noch die USA besitzen die nukleare Erstschlagkapazität, und man kann nur hoffen, daß keine Seite diese ver-

rückte Idee in die Tat umzusetzen versucht. Zu wenig gesichert ist auf seiten der NATO die Option des euronuklearen Gegenschlags gegen sowjetisches Territorium im Fall einer sowjetischen Aggression in Europa. Und völlig ungesichert ist die Position Westeuropas im Fall eines außereuropäischen Konflikts insbesondere im Vorderen Orient.

Notwendigkeit der Gleichgewichtspolitik

„Wenn wir etwas aus der Geschichte lernen können“, schreibt Henry Kissinger, „dann, daß es ohne Gleichgewicht keinen Frieden ... gibt.“¹⁶⁾ Kissinger fährt fort: „Im Verlauf der Geschichte hat der politische Einfluß der Nationen etwa ihrer militärischen Stärke entsprochen. Der moralische Wert und das Ansehen ihrer Institutionen mochten bei den einzelnen Staaten zwar verschieden gewesen sein, die diplomatische Geschicklichkeit konnte die militärische Stärke wohl steigern, aber nie ersetzen. Letzten Endes hat Schwäche jederzeit Aggression herausgefordert, und Machtlosigkeit hatte den Verzicht auf jede Politik zur Folge. Auch kleinere Länder haben in kurzen Perioden in der Weltpolitik eine wichtige Rolle gespielt, aber nur, wenn sie innerhalb des sicheren Rahmens eines internationalen Gleichgewichts handelten. Das Gleichgewicht der Kräfte ... ist in Wirklichkeit die Voraussetzung für den Frieden gewesen.“¹⁷⁾

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Gleichgewichtspolitik nach wie vor die einzige realistische Basis der Friedenssicherung. Weder die kollektive Sicherheit noch die gewaltfreie Verteidigung sind echte Alternativen. Die kollektive Sicherheit im Rahmen der Vereinten Nationen funktioniert gerade im gravierendsten Fall nicht, nämlich bei einer Konfrontation der Weltmächte. Gewaltfreie Verteidigung erhöht ebenso wie einseitige Abrüstung die Kriegs- und Erpressungsgefahr. Ein militärisches Ungleichgewicht braucht nicht zum Krieg zu führen, weil die Chance wächst, daß der militärisch Überlegene seine Ziele auch ohne Krieg zu erreichen vermag. Die neue Tatsache erfolgreicher militärischer Interventionen sowjetischer Stellvertreter in Asien und Afrika in den siebziger Jahren und die allerneueste Tatsache der Intervention massiver sowjetischer Streitkräfte im Mittleren Osten zu Beginn der achtziger Jahre findet ihre Erklärung nicht nur in der erhöhten Risikobereitschaft der gegenwärtigen sowjetischen Führung als vielmehr in der Verminderung des Risikos solcher Operationen infolge der Verschiebung der Machtverhältnisse.

Militärische *faits accomplis* à la Afghanistan sind nachträglich kaum rückgängig zu machen, schon gar nicht durch halbherzige wirt-

schaftliche Sanktionen, sportliche Boykottmaßnahmen, starke Worte, Gesprächsverweigerung oder Gesprächsabbau. Militärische *faits accomplis* müssen vorgängig verhindert werden. Jetzt geht es vor allem darum zu verhindern, daß im Vorderen Orient und an den Rändern der NATO in den achtziger Jahren neue Afghanistans und Irans entstehen. Voraussetzung dafür ist eine wirksame Eindämmungspolitik auf der Basis einer genügenden Gegenmacht insbesondere in Europa und im Vorderen Orient.

Das ist ohne Bündnis zwischen Westeuropa und den USA nicht möglich. Westeuropa ist nicht im Stande, sich ohne die USA zu verteidigen, weder militärisch noch wirtschaftlich (OI). Und wer nicht im Stande ist, sich zu verteidigen, kann nicht abschrecken. Bündnistreue heißt jedoch nicht Hörigkeit, einseitige Abhängigkeit, blinder Gehorsam. Es bedarf der konstruktiven Kritik Westeuropas, wenn die USA dazu neigen, weitsichtige, rationale Sicherheitspolitik hinter eine kurzsichtige, irrationale Wahlkampfpolitik zurückzustellen. Aber umgekehrt ist die Warnung Kissingers vom September 1979 an die Adresse Westeuropas gerade heute besonders gerechtfertigt, zumal die Sowjetunion zur Zeit mehr Hoffnungen in die Spaltungs- als in die Entspannungstrategie zu setzen scheint: „Diese Tendenz, die Entspannung als Übung in Psychotherapie zu betreiben oder als Bemühen um gute persönliche Beziehungen oder als ein Bestreben, mit dem einzelne Politiker innenpolitische Unterstützung zu erlangen suchen, indem sie unter Beweis stellen, daß sie einen besonderen Draht nach Moskau haben — all das ist verhängnisvoll für den Westen ... Die Illusion, einige Länder könnten sich eine bevorzugte Position bei der Sowjetunion verschaffen ..., ist das beste Mittel, das Bündnis zu spalten.“¹⁸⁾

Der neutrale europäische Kleinstaat ist, ob er will oder nicht, ob er es erkennt oder nicht, stärker vom Funktionieren des westlichen Bündnisses abhängig als von seinen eigenen sicherheitspolitischen Vorkehrungen. Kleinstaaten haben kaum eine Chance ohne, um nochmals Kissinger zu zitieren, „den sicheren Rahmen eines internationalen Gleichgewichts“¹⁹⁾.

¹⁶⁾ Henry Kissinger, *Memoiren*, München 1979, S. 64.

¹⁷⁾ *Ebd.*, S. 212.

¹⁸⁾ Europa-Archiv 22/1979, S. D 595f.

¹⁹⁾ Henry Kissinger, a. a. O., S. 212.

Ungenügen der Gleichgewichtspolitik

Kissingers Behauptung, wonach das Machtgleichgewicht eine notwendige Voraussetzung der Friedenssicherung sei, läßt sich weder beweisen noch widerlegen. Niemand kann wissen, wieviele Kriege es ohne das Gleichgewicht der Mächte gegeben hätte. Aber aufgrund der historischen Erfahrung kann die Behauptung eine hohe Plausibilität für sich beanspruchen. Denn wir beobachten in der Geschichte, daß Kriege mangels Gleichgewicht begünstigt worden sind, vor allem aber, daß sich die imperiale Pax mangels Gleichgewicht auch ohne Krieg verwirklichen ließ. Wenn also die Gleichgewichtspolitik eine Voraussetzung zur Verhinderung des Krieges und der imperialen Pax ist, so ist es andererseits doch auch zutreffend, daß seit dem Beginn des modernen Staatensystems Kriege — Morgenthau schreibt sogar die meisten Kriege — vom Gleichgewicht der Mächte verursacht oder doch unter dem Vorwand der Gleichgewichtspolitik ausgelöst worden sind²⁰). Gleichgewichtspolitik ist eine notwendige, aber keine hinreichende Friedensstrategie.

Die Erklärung dafür ist einfach. Macht — verstanden als die Fähigkeit, anderen den eigenen Willen auch gegen Widerstreben aufzuzwingen (offensive Macht) oder sich dem Willen anderer zu entziehen (defensive Macht) — ist nicht berechenbar. Es ist nicht möglich, die verschiedenartigen Kräfte, welche das Phänomen Macht bestimmen, aufzuzählen. Und erst recht ist es nicht möglich, sichere Maßstäbe zum Vergleich der verschiedenartig zusammengesetzten Kräfte verschiedener Mächte zu finden. Zudem besteht kein proportionales Verhältnis zwischen der Anhäufung von Kräften und der Vergrößerung der Macht. Schließlich sind nicht alle Kräfte quantitativer Art; auch qualitative Kräfte wie die Tüchtigkeit der politischen und militärischen Führung, die Loyalität, der Kampfwille, der Widerstandswille, das Können von Bevölkerung und Streitkräften sind für das Machtphänomen konstitutiv.

Weil aber Macht nicht berechenbar ist, neigen die am Machtkampf Beteiligten in der Regel dazu, einen genügenden Machtvorsprung zu erzielen, um ganz sicher zu sein. Und weil beide Seiten dies tun, resultiert daraus der Rüstungswettlauf. „So jagen beide einem vor ihre Nase gebundenen Köder nach, den sie nie er-

reichen; das nennt man Wettrüsten.“ (Carl Friedrich von Weizsäcker)

Gibt es Auswege aus diesem Teufelskreis von Gleichgewichtspolitik, Unberechenbarkeit der Macht, Rüstungswettlauf und dem Pessimismus des „worse-case-Denkens“? Sichere, definitive Auswege gibt es nicht, wenn Macht, Interessengegensätze und Konflikte unvermeidlich sind. Es wird immer nur darum gehen können, die unvermeidliche Unsicherheit zu vermindern, unvermeidliche Spannungen zu mildern, unvermeidliche Konflikte zu dämpfen, unvermeidliche Interessengegensätze durch Kompromisse zu beschränken, unvermeidliche Machtpolitik gegenseitig zu mäßigen. Ein Weg in dieser Richtung ist der Versuch, von der unbegrenzten zur begrenzten Gleichgewichtspolitik, d. h. zur Begrenzung des Rüstungswettlaufs, überzugehen. Es wäre verhängnisvoll, wenn dieser Versuch, der vor allem nach der Kubakrise einsetzte, nunmehr unterbrochen oder gar abgebrochen würde. Es trifft zu, daß der entscheidende Durchbruch zur begrenzten Gleichgewichtspolitik trotz jahrelanger, intensiver Verhandlungen noch nicht gelungen ist, daß die Diplomatie der Rüstungstechnologie hinten nach hinkt, die bisherigen Vereinbarungen den Rüstungswettlauf kanalisieren, aber nicht verhindern. Aber immerhin sind wichtige Teilerfolge zu verzeichnen, sowohl im multilateralen (Tab. 6) als auch im bilateralen Rahmen zwischen den USA und der UdSSR (Tab. 7). Zur Zeit ist die Fortsetzung dieser Politik gefährdet. Die Ratifikation von vier Abkommen (Atomteststoppverträge von 1974 und 1976 sowie SALT II) ist in der Schwebe. Das Abkommen über das Verbot von Strahlenwaffen und der Vertrag über die friedliche Nutzung des Mondes sind unterschriftsreif, aber schubladisiert. Es ist von größter Wichtigkeit, die Politik der Rüstungsbegrenzung und der Rüstungskontrolle wieder in Gang zu bringen, eingebettet in den Gesamtrahmen einer realistischen Entspannungspolitik ohne verhandlungstaktisch ungenutzte Vorleistungen, ohne selbstverschuldeten oder wahltaktisch motivierten Zeitdruck und Erfolgswang. Nur Politik der Stärke ist ausweglos. Politik der Stärke muß verbunden werden mit der glaubwürdigen Bereitschaft für und dem intensiven Bemühen um eine begrenzte Gleichgewichtspolitik.

Ein zweiter Weg in dieser Richtung ist die bewußte Förderung der Defensivwaffen. Kenner bestätigen, daß die Verteidigungstechnologie

²⁰) Hans Morgenthau, Macht und Frieden, Gütersloh 1963, S. 186.

Tabelle 6

Multilaterale Rüstungsbegrenzungsabkommen 1925-1979

Ab-schluß	Inkraft-treten	Abkommen	Inhalt	Stand der Ratifika-tionen per 1. 5. 80
1925	1926	Genfer Protokoll	verbietet im Krieg die Anwendung erstickender, giftiger und anderer Gase sowie bakteriologische Methoden der Kriegführung	99 Staaten
1959	1961	Antarktis-Vertrag	verbietet alle Maßnahmen militärischer Natur in der Antarktis	21
1963	1963	Atomtest-stoppvertrag	verbietet Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser	111
1967	1967	Weltraum-Vertrag	verbietet die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen im Weltraum, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper	79
1967	1967	Vertrag von Tlatelolco	verbietet Nuklearwaffen in Lateinamerika	24
1968	1970	Atomsperr-vertrag	regelt die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen	114
1971	1972	Meeresboden-Vertrag	verbietet die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen im Meer, auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	68
1972	1975	Biologische Waffen-konvention	verbietet die Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und sieht deren Vernichtung vor	86

(Aufklärung, Panzerabwehr, Fliegerabwehr usw.) raschere Fortschritte macht als die Offensivtechnologie. Zum ersten Mal seit Guderian bietet sich die Chance, schreibt Carl Friedrich von Weizsäcker, eine Panzerüberlegenheit durch Panzerabwehrwaffen zu kompensieren²¹⁾. Diese Chance bedrohungsfreier Verteidigung muß genutzt werden.

Ein dritter Weg in dieser Richtung ist die Ergänzung des Bedrohungsdenkens der traditio-

nellen Sicherheitspolitik durch das Chancendenken. Ein Beispiel: Wenn es zutrifft, daß auch die Sowjetunion und mit ihr die kommunistischen Industriestaaten in den 80er Jahren zunehmend auf Erdölimporte angewiesen sein werden, sollten wir dann nicht überlegen, wie knappe wirtschaftliche Güter fair verteilt werden können, statt kopflos in einen voraussehbaren Konflikt hineinzuschlittern? Wer immer nur an die schlimmsten Fälle denkt, vergißt die günstigen und vernachlässigt die Politik zur konstruktiven Förderung des Erwünschten. So wie die traditionellen Sicherheitspolitiker über die Illusionäre unter den Friedensfor-

²¹⁾ Carl Friedrich von Weizsäcker, Gefahren der Rüstung in den achtziger Jahren, in: Die Zeit 47/1979.

Tabelle 7

Bilaterale Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollabkommen USA/UdSSR 1963-1979

Ab-schluß	Inkraft-treten	Abkommen	Inhalt
1963	1963	Vereinbarung eines „heißen Drahtes“	errichtet eine direkte Nachrichtenverbindung zur Verwendung im Notfall
1971	1971	Vereinbarung über Modernisierung des „heißen Drahtes“	ergänzt „heißen Draht“ durch zwei zusätzliche Schaltungen über je ein Kommunikationssatelliten-System und durch ein System vielfacher Empfangsstationen in beiden Ländern
1971	1971	Vereinbarung über Atomunfälle	regelt Maßnahmen, um das Risiko des Ausbruchs eines Atomkrieges zu verringern, einschließlich Sicherungen gegen ungewollten Kernwaffengebrauch
1972	1972	Vereinbarung zur Verhinderung von Zwischenfällen auf dem offenen Meer	sorgt für Maßnahmen, um die Sicherheit der militärischen Navigation auf und von Flügen über dem offenen Meer zu garantieren
1972	1972	SALT-I-Vertrag	begrenzt Bereitstellung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper auf zwei Standorte in jedem Land
1972	1972	SALT-I-Interimsvereinbarung	begrenzt die Gesamtzahl bestimmter strategischer Angriffswaffen beider Vertragspartner (ICBM und SLBM)
1973	1973	Protokoll zur „Offenen Meer“-Vereinbarung	verbietet vorgetäuschte Angriffe von Schiffen und Flugzeugen einer Vertragspartei auf nicht-militärische Schiffe der andern Partei
1973	1973	Vereinbarung zur Verhinderung eines Atomkrieges	sorgt für Zurückhaltung und dringende Konsultationen, um die Gefahr eines Atomkrieges abzuwenden
1974	—	Atomteststoppvertrag	begrenzt unterirdische Atomwaffentests auf eine Sprengkraft bis zu 150 KT, ausgenommen Tests zu friedlichen Zwecken
1976	—	Atomteststoppvertrag	begrenzt unterirdische Atomtests zu friedlichen Zwecken
1979	—	SALT-II-Vertrag	begrenzt die Zahl der nuklearstrategischen Angriffswaffen
1979	—	SALT-II-Protokoll	begrenzt die Dislokation und/oder Erprobung von mobilen Interkontinentalraketen sowie bestimmter Marschflugkörper bis zum 31. Dezember 1981

schern spotten, so ärgern sich die Friedensforscher über die professionellen militärischen Schwarzseher. Eine umfassend verstandene Sicherheitspolitik muß sich beides zum Ziel setzen, Bedrohungen abzuwenden und Chancen wahrzunehmen. Das „si vis pacem, para

bellum“ bedarf der Ergänzung durch das „si vis pacem, para pacem“.

Bundeskanzler Schmidt hat unlängst geschrieben: „Die Verengung des Blickfeldes auf das Militärische beeinträchtigt die Urteilskraft.“

Es liegt nahe, diese Provokation zu verstärken:

Die Verengung des Blickfeldes auf die einseitige Sicht der eigenen Interessen unter Vernachlässigung der Gegenprobe, nämlich der Berücksichtigung der fremden Interessen, beeinträchtigt die Urteilskraft.

Die Verengung des Blickfeldes auf die Politik der Stärke unter Vernachlässigung des Postulats der begrenzten Gleichgewichtspolitik beeinträchtigt die Urteilskraft.

Und die Verengung des Blickfeldes auf die Bedrohung unter Vernachlässigung des Chancenkenns beeinträchtigt die Urteilskraft.

Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren

I. Vorbemerkung

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Analyse stehen die Fragen nach der Gefahr eines Dritten Weltkrieges zwischen Ost und West bzw. nach den Mitteln und Möglichkeiten zur Kriegsverhütung im Rahmen des Systems militärischer Abschreckung¹⁾. Diese Fragen bedürfen keiner besonderen Begründung; sie besitzen ihre grundsätzliche Legitimation im Recht des Menschen und der Menschheit auf Leben und Überleben und erfahren ihre Aktualität und politische Brisanz zu Beginn der 80er Jahre in der krisenhaften Zuspitzung der Ost-West-Beziehungen.

Dennoch ist eine Vorbemerkung unerlässlich, da im folgenden das Problem des Krieges nur unter dem Blickwinkel militärischer Konflikte oder Zerstörung betrachtet wird — eine Sichtweise, die, trotz aller Legitimationskraft, u. a. doch auch die Arroganz der satten und reichen Völker dieser Erde widerspiegelt. Denn die Ängste und Bedrohungsgefühle weiter Teile der Erdbevölkerung resultieren eben nicht aus einer — für wie wahrscheinlich auch immer gehaltenen — militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West, sondern aus dem ständigen Mangel an Möglichkeiten zur Ernährung, Kleidung, Wohnung und medizinischen Versorgung sowie aus dem unmittelbaren Erleben, besser: Erleiden individueller und gesellschaftlicher Ausbeutung, Unterdrückung, Vertreibung, Folter, von Diktatur, Terrorismus und Chaos. Insbesondere in den Augen der derzeit 800 Millionen in Massenarmut und Massenelend lebenden Menschen der Dritten Welt kann Krieg nichts anderes sein als lediglich eine spezifische Form ihres

alltäglichen und permanenten Existenzkampfes. Mehr noch: Die Opfer dieses schleichen- den, stillen Kampfes gehen weit über das Leid und Elend der beiden vergangenen Weltkriege hinaus. Allein an Hunger und seinen Folgen sterben in der Dritten Welt pro Jahr ca. 30—40 Millionen Menschen, d. h. ca. 100 000 pro Tag; darunter sind lt. UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, jährlich über 12 Millionen Kinder unter fünf Jahre.

Vor diesem Hintergrund verliert die Frage der Kriegsverhütung zwar nicht ihre grundsätzliche Berechtigung, gleichwohl verändert sich

INHALT

- I. Vorbemerkung
- II. Kriegsgefahr und Kooperative Rüstungssteuerung (Arms Control)
 - 1. Verteidigungsfähigkeit und Folgenorientierung
 - 2. Kooperative Rüstungssteuerung
- III. Bedrohungsanalysen für den Bereich konventioneller Rüstung und die Gefahr eines Dritten Weltkrieges
Datenvergleich und „Ausgewogenheit der Kräfte“
- IV. Die Kriegsgefahr aus der Eigendynamik der Nuklearrüstung
 - 1. Bedrohungsanalysen im Bereich der „Nuklearkräfte in und für Europa“
 - 2. Die Datenvergleichsproblematik
 - 3. Der nukleare Erstschlag
- V. Weltkrieg wider Willen?

¹⁾ Bei dieser Arbeit handelt es sich um den überarbeiteten und erweiterten Beitrag „Kommt der Dritte Weltkrieg? Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren“, der im Südwestfunk Baden-Baden, II. Programm, Redaktion „Welt von heute“, am 9. 7. 1980, 21.00—22.00 Uhr, gesendet wurde — Abdruck mir freundlicher Genehmigung der Redaktion. Zum Thema vgl. auch ausführlich: Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen? Eine Kräftevergleichsanalyse mit besonderer Berücksichtigung der Kooperativen Rüstungssteuerung, Bonn 1981 (i. E.).

doch ihr moralischer Impuls. Denn für die Betroffenen macht es keinen Unterschied, ob sie im Krieg getötet werden oder durch Hunger sterben. Die jährlichen finanziellen Aufwendungen zur Kriegsverhütung — und als solche werden die Rüstungsausgaben bezeichnet — liegen aber um das 20fache höher als die Aus-

gaben für die staatliche Entwicklungshilfe. Nach dem jüngst erschienenen Jahrbuch des Stockholmer Instituts für Friedensforschung SIPRI belaufen sie sich im Jahre 1980 sogar weltweit erstmals auf die nahezu unvorstellbare Summe von über 500 Milliarden US \$, das sind etwa 1 Billion D-Mark: eine 1 mit 12 Nullen. Davon geben derzeit die NATO-Staaten 43 % aus, die Staaten der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) rund 26 % und China ca. 10 %²⁾.

Das Stockholmer Institut zieht daraus das Fazit: „Die weltweiten Ausgaben für Rüstung haben sich auf beunruhigende Weise weiterentwickelt. Die UN-„Abrüstungsdekade“ endete buchstäblich als totaler Mißerfolg. Es war ein Hauptziel gewesen, die immensen Rüstungslasten, die von der Weltwirtschaft getragen werden, wenigstens etwas zu reduzieren, und man hatte gehofft, einen Teil dieser Ressourcen als Entwicklungshilfe in die Länder der Dritten Welt umzuleiten. Dies war ein Ziel, das im Prinzip von buchstäblich allen führenden Persönlichkeiten in der Weltpolitik gutgeheißen worden war. Doch die Kluft zwischen Worten und Taten könnte kaum größer sein...“³⁾.

Welche Aussichten und Möglichkeiten sich eröffnen könnten, wenn es gelänge, auch nur einen Teil dieser immensen unproduktiven Ausgaben für Waffen und Militär in produktive Ausgaben für Entwicklungsaufgaben umzulenken, illustrieren vier Beispiele. Sie

finden sich in der Einleitung zu dem ebenfalls vor kurzem erschienenen Bericht der Nord-Süd-Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, deren Vorsitz der deutsche Altbundeskanzler Willy Brandt innehat:

„1. Die Militärausgaben allein eines halben Tages würden ausreichen, um das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung von Malaria zu finanzieren. Noch weniger würde benötigt, um die Flußblindheit zu besiegen, die immer noch eine Geißel für Millionen Menschen darstellt.

2. Ein moderner Panzer kostet etwa eine Million Dollar. Mit diesem Geld könnte man die Lagermöglichkeiten von 100 000 Tonnen Reis so verbessern, daß der Verderb von jährlich 4 000 Tonnen oder mehr ausgeschaltet würde. (Ein Mensch kann mit gut einem Pfund Reis am Tag leben.) Mit demselben Geld könnte man auch 1 000 Klassenräume für 30 000 Schulkinder errichten.

3. Für den Preis nur eines Kampfflugzeuges (20 Millionen US \$) könnte man etwa 40 000 Dorfpapotheken errichten.

4. Mit der Hälfte von einem Prozent der jährlichen Rüstungsausgaben könnte man all die landwirtschaftlichen Geräte anschaffen, die erforderlich sind, um in den armen Ländern mit Nahrungsmitteldefizit die Agrarproduktion bis 1990 zu verbessern und sogar die Selbstversorgung zu erreichen.“⁴⁾

II. Kriegsgefahr und Kooperative Rüstungssteuerung (Arms Control)

Doch es ist nicht nur die unproduktive Verschwendung von Ressourcen, die beunruhigen muß, sondern — und damit kommen wir zu unserem eigentlichen Thema: der Kriegsgefahr — es ist eben auch die bedrohliche Entwicklung für Frieden und Stabilität, die sich in und mit dem Ansteigen der Rüstungsausgaben abzeichnet.

Das Stockholmer Institut für Friedensforschung glaubt in dieser Entwicklung durchaus historische Parallelen auf dem Weg zum Krieg zu erkennen: „Sowohl vor dem Ersten wie vor

dem Zweiten Weltkrieg hatte es jeweils einen Aufschwung in den weltweiten Militärausgaben gegeben; und in der Nachkriegszeit gab es große Aufschwünge zur Zeit des Korea- und des Vietnam-Krieges. Es stimmt zwar, daß die erwartete Wachstumsrate für die kommenden Jahre ziemlich unter derjenigen von 1934 bis 1938 liegt, jedoch waren die Weltrüstungsausgaben (als Anteil an der Weltproduktion) damals sehr viel geringer als heute.“⁵⁾

Droht die Gefahr eines Dritten Weltkrieges also, weil zuviel für Militär und Waffen ausgegeben wird, d. h., weil zuviel gerüstet wird? Um diese Frage beantworten zu können, sind als

²⁾ Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), World Armaments and Disarmament, SIPRI Yearbook 1980, London 1980, S. XVII f.; vgl. auch die deutschen Auszüge des SIPRI-Jahrbuches im Heft 17/1980 der Militärpolitik-Dokumentation.

³⁾ SIPRI Yearbook 1980, S. 1.

⁴⁾ Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, mit einer Einleitung des Vorsitzenden Willy Brandt, Köln 1980, S. 20 f.

⁵⁾ SIPRI-Yearbook 1980, S. 1.

erstes einige Anmerkungen zur Theorie und Praxis derzeitiger Sicherheitspolitik erforderlich: Äußere Sicherheitspolitik kann definiert werden als Vorsorge gegen Eingriffe von außen, die mit Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt die Entschlußfähigkeit der Regierung, die Entscheidungsfreiheit des Parlaments, die eigenständige Entwicklung der Gesellschaft oder die Existenz des Staates und der ihm angehörenden Menschen bedrohen. Gewahrt werden sollen die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität sowie die Lebensfähigkeit eines Landes und die Existenzhaltung und -entfaltung seiner Bürger⁶⁾.

Vorrangiges Mittel dieser Sicherheitspolitik ist nach wie vor die militärische Macht. Auch im Nuklearzeitalter ist kaum ein Staat bereit, auf militärische Vorsorge als „Standbein“ seiner äußeren Sicherheit zu verzichten. Die Begründung gibt u. a. Bundeskanzler Schmidt im Weißbuch der Bundesregierung von 1979 wie folgt: „... der Wille zum Frieden reicht allein nicht aus. Der Frieden muß möglich gemacht werden, und er muß geschützt werden.“⁷⁾

In einer Broschüre des Verteidigungsministeriums vom April 1980 heißt es weiter: „Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts sind die beiden Komponenten des sicherheitspolitischen Konzepts der Allianz. Dieses Konzept, auf das sich das Bündnis 1967 geeinigt hat, bestimmt die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland: Gesicherte Verteidigungsfähigkeit, Gleichgewicht der militärischen Kräfte und auf dieser Grundlage Entspannungsbereitschaft. Die Fähigkeit, sich notfalls verteidigen zu können, erlaubt die Suche nach politischen Vereinbarungen.“⁸⁾

1. Verteidigungsfähigkeit und Folgenorientierung

Die „Fähigkeit, sich verteidigen zu können“, ist allerdings für die Bundesrepublik nicht unbestritten. Bereits 1970 hat eine unter Leitung

⁶⁾ Wolf Graf von Baudissin, Dieter S. Lutz, Kooperative Rüstungssteuerung in Europa, IFSH-Forschungsberichte 11/1979, S. 2.

⁷⁾ Weißbuch 1979. Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, im Auftrage der Bundesregierung herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung, o. O. 1979, hier: Vorwort des Bundeskanzlers.

⁸⁾ Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle. Texte, Materialien und Argumente zum Beschluß der NATO vom 12. Dezember 1979, herausgegeben vom Bundesminister der Verteidigung — Planungsstab, o. O. 1980, S. 2.

von Carl Friedrich von Weizsäcker angefertigte Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“ die Frage der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik in all ihren Verästelungen untersucht. Diese Studie kommt insbesondere zu folgenden beiden Ergebnissen: „1. Die Bundesrepublik ist mit konventionellen Waffen nicht zu verteidigen. 2. Der Einsatz nuklearer Waffen in der Absicht der Verteidigung der Bundesrepublik würde zur nuklearen Selbstvernichtung führen.“⁹⁾

Die Weizsäcker-Studie geht bei dieser Beurteilung davon aus, daß die Bundesrepublik aufhört, eine unabhängige, lebensfähige Industriegesellschaft zu sein, wenn sie mehr als 20—25 % ihrer Bevölkerung und mehr als 50 % ihrer Industriekapazität verliert. Entscheidend hierbei sind nicht nur die quantitativen Verluste, sondern primär der Zusammenbruch des Organisationsnetzes. Wird die Bundesrepublik derart schwer getroffen, kann sie nicht mehr mit unverletzten Gesellschaften konkurrieren und vermutlich nicht einmal alle ihre Überlebenden ernähren. Ein in unserem Land hin- und hergehender und festgefahrener, langandauernder konventioneller Krieg würde aber Zerstörungen mit sich bringen, die selbst mit den Beispielen der Sowjetunion im 2. Weltkrieg oder Koreas und Vietnams wegen höherer Industrialisierung und der andersartigen Infra- und Besiedlungsstruktur nur unvollkommen zu vergleichen sind. Wegen dieser besonderen Verwundbarkeit würde auch ein Angriff mit nuklearen Mitteln zum Zwecke der Eroberung der Bundesrepublik sogar dann zu ihrer Vernichtung als lebensfähige Industriegesellschaft führen, wenn die gegnerische Macht dieses gar nicht wollte.

Militärische Sicherheitspolitik — und dies trifft vor allem für die Bundesrepublik zu — muß deshalb in einem doppelten Sinne folgenorientiert¹⁰⁾ sein. Zum einen muß sie die grauenvollen Konsequenzen und Auswirkungen eines möglichen Dritten Weltkrieges für die eigene Bevölkerung berücksichtigen. Eine Sicherheitspolitik auf der Grundlage militäri-

⁹⁾ Carl Friedrich von Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971, Horst Afheldt u. a., Durch Kriegsverhütung zum Krieg? München 1972, hier die Thesen auf S. 10, 18.

¹⁰⁾ Zur Folgenorientierung vgl. Dieter S. Lutz, Verteidigung + Folgenorientierung = Sicherheit, IFSH-Forschungsberichte 2/1977; Dieter S. Lutz, Peace and Security by Means of Arms Limitations — Six Imperatives of the German Grundgesetz to Orient Defense Policy towards its Consequences, in: Journal of Peace Research No. 2/1977 (Vol. XIV), S. 129—144.

scher und insbesondere nuklear-technologischer Waffensysteme darf deshalb nur prohibitiv der gegenseitigen Abschreckung dienen, d. h. sie darf ausschließlich Kriegsverhütungsvorkehrungen treffen, nicht aber Kriegsvorbereitungs- und -führungsmaßnahmen ergreifen. Zum anderen muß sie auch die Sicherheitsbedürfnisse der Nachbarn und des möglichen Gegenübers berücksichtigen. Denn schon jede vage Vermutung eines drohenden Krieges kann den potentiellen Gegner zum Präventiv- oder Präemptivschlag veranlassen, jede sich abzeichnende Unausgewogenheit der Kräfteverhältnisse kann zum Auslöser der Katastrophe werden. Da beide Seiten eine dauernde Aggressionsbereitschaft des potentiellen Gegners nicht ausschließen und sich selbst auf den „worst case“, d. h. den schlimmsten Fall vorbereiten, werden Unausgewogenheiten als eine unerträgliche Verwundbarkeit empfunden, die zu erhöhten Rüstungsanstrengungen herausfordert bzw. verleitet. Die Versuchung, in irgendeiner Phase der ständigen Auf- und Umrüstung sowie der wechselnden Kräfteverhältnisse und -vorteile zum präemptiven bzw. präventiven Krieg zu schreiten, wird deshalb sowohl für den stärkeren (und in Zukunft vielleicht wieder schwächeren) wie für den schwächeren (und in absehbarer Zeit noch schwächeren) der Kontrahenten zum ernststen Problem. Beide Gegner sehen die zielstrebigsten Aufrüstungsbemühungen des anderen, beide wissen nicht, ob die Bemühungen nicht bereits als konkrete Kriegsvorbereitungsmaßnahmen zu verstehen sind; beide werden deshalb wiederum vom „worst case“ ausgehen.

Auch ohne ernsthafte eigene Absichten müssen beide Seiten also ständig mit dem Gedanken des Präemptiv- und Präventiv-Krieges spielen. Diese dem Abschreckungssystem immanente Kriegsgefahr zu beseitigen, ist — im dialektischen Prozeß mit der Entspannungspolitik — Aufgabe der „Kooperativen Rüstungssteuerung“.

2. Kooperative Rüstungssteuerung

Als Konzept wurde die Kooperative Rüstungssteuerung etwa um das Jahr 1960 unter dem angelsächsischen Begriff der Rüstungskontrolle, englisch: Arms Control, entwickelt. Historisch lassen sich seine Wurzeln bis zu den Abrüstungsbemühungen der Industrienationen des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. Anders aber als die Bemühungen um Abrüstung, insbesondere auch die noch 1962 von den beiden Supermächten vorgelegten Vertragsentwürfe für eine „allgemeine und voll-

ständige Abrüstung“ (general and complete disarmament), will die Konzeption der Kooperativen Rüstungssteuerung keine Utopie bleiben oder kaum erfüllbare Erwartungen erwecken, sondern wenigstens ein kleiner Schritt zu einer abgerüsteten Welt sein¹¹⁾.

Wolf Graf von Baudissin, Generalleutnant a. D. und Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), der auch dem englischen Begriff der „Arms Control“ die deutsche Bezeichnung der „Kooperativen Rüstungssteuerung“ gab¹²⁾, definiert das Konzept wie folgt: „Unter Kooperativer Rüstungssteuerung (KRSt) ist eine politisch-militärische Strategie zu verstehen, mit der Staaten oder Bündnisse trotz aller bestehenden Konflikte und Antagonismen als ‚Partner‘ ihre Militärpotentiale, deren Strategien, Umfang, Strukturen, Dislozierung und sogar taktischen Einsatz im Interesse ihrer beiderseitigen Sicherheit aufeinander abstimmen.“¹³⁾

Obwohl also die Kooperative Rüstungssteuerung — wenn auch je nach Ausrichtung in unterschiedlichem Maße — der Abrüstung als Bezugspunkt einerseits verpflichtet bleibt, versucht sie andererseits pragmatisch die sich aus der Existenz nuklearer Vernichtungspotentiale ergebenden politischen und militärischen Folgen zu verarbeiten. Insbesondere beläßt sie die militärische Abschreckung in ihrer zentralen Rolle als Mittel der Kriegsverhütung. Je nach politischer und/oder wissenschaftlicher Ausrichtung steht jedoch — mehr eindimensional — die kurz- oder mittelfristig zu lösende Frage im Vordergrund, wie die gegenseitige Abschreckung zu stabilisieren sei, oder — mehr zweidimensional — wie das stabilisierte bzw. noch zu stabilisierende Abschreckungssystem durch Abrüstung überwunden werden könne. In jedem Falle aber kann die Kooperative Rüstungssteuerung als Strategie für die gemeinsame Aufrechterhaltung glaubwürdiger gegenseitiger Abschreckung bezeichnet werden — allerdings langfristig mit weniger bedrohten, weniger bedrohlichen und weniger kostspieligen Potentialen.

¹¹⁾ Vgl. auch die Literaturhinweise in: Wolf Graf von Baudissin, Dieter S. Lutz, a. a. O. (Anm. 6), S. 4—8.

¹²⁾ Wolf Graf von Baudissin, Grenzen und Möglichkeiten militärischer Bündnisse, in: EA 1/1970, S. 5, Anm. 4.

¹³⁾ Wolf Graf von Baudissin, Kooperative Rüstungssteuerung, in: Ralf Zoll u. a. (Hrsg.), Bundeswehr und Gesellschaft. Ein Wörterbuch, Opladen 1977, S. 140.

Kurz- und mittelfristig dagegen ist eine Konzeption Kooperativer Rüstungssteuerung, die sich vorrangig dem Ziel der Stabilisierung des Abschreckungssystems verschreibt, mehr oder weniger auf die Perfektionierung des klassischen balance-of-power-Mechanismus ausgerichtet. Eine solche Perfektionierung kann sowohl partielle Aufrüstungs- wie Abrüstungsmaßnahmen einschließen. Entsch-

endend ist — und damit kommen wir zu unserer Ausgangsfrage nach der Kriegsgefahr aus dem Ansteigen der Rüstungsausgaben zurück —, ob die jeweilige Maßnahme dazu dient, strategische Stabilität zu erreichen, zu erhalten bzw. zu optimieren, oder aber ob sie dazu beiträgt, strategische Stabilität negativ insofern zu verändern, daß Kriege nicht länger als kalkuliert untragbares Risiko erscheinen.

III. Bedrohungsanalysen für den Bereich konventioneller Rüstung und die Gefahr eines Dritten Weltkrieges

Systemimmanent gesehen und für sich betrachtet sagen also forcierte Rüstungsmaßnahmen noch nichts über ihren stabilisierenden oder destabilisierenden Charakter aus.

Im Weißbuch 1979 der Bundesregierung heißt es z. B.: „Obwohl sich die Beziehungen zu den Staaten Osteuropas in den letzten Jahren normalisiert haben und Fortschritte in der Entspannungspolitik erzielt wurden, haben die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten des Warschauer Paktes ihre Rüstung unablässig vorangetrieben.“¹⁴⁾

Diese Äußerung ist sicherlich als Kritik gedacht, läßt ohne Kenntnis der Gegenmaßnahmen der NATO aber nicht ersichtlich werden, ob und in welchem Umfange der ein- oder beiderseitige Rüstungsprozeß destabilisierend und damit kriegsfördernd wirkt. Deutlicher als das Weißbuch der Bundesregierung ist allerdings eine ganze Flut europäischer, amerikanischer, aber auch chinesischer Bedrohungsanalysen und Prognosen. Doch lassen wir zur Illustration einige ihrer Autoren selbst zu Wort kommen.

Der pensionierte General und ehemalige Vorsitzende des Militärausschusses der NATO, Johannes Steinhoff, stellt in seinem Buch mit dem in Frageform gekleideten Titel „Wohin treibt die NATO?“ fest: „Was die konventionelle Stärke im Ost-West-Verhältnis betrifft, so besteht ein Ungleichgewicht zugunsten der Sowjetunion ... Daß die Sowjets bis zu 12 % ihres immer noch mageren Bruttosozialprodukts für Verteidigung aufwenden, daß sie bis zu 12 Milliarden Dollar mehr an Verteidigungskosten aufbringen als die Vereinigten Staaten, deren Bruttosozialprodukt mehr als das Doppelte dessen darstellt, was die Sowjets erarbeiten, ist ernüchternde Tatsache ... Ein überra-

schender begrenzter Angriff verspricht unter den derzeitigen Verhältnissen Erfolg.“¹⁵⁾

Hat Steinhoff seine Frage „Wohin treibt die NATO?“ zumindest im Titel seines Buches noch offengelassen, so scheint die Antwort für den belgischen General Robert Close, ehemals Mitglied des Planungs- und Politikausschusses von SHAPE und Direktor des NATO Defense College in Rom, vorab festzustehen. Sein Werk „Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern“ kommt dann auch direkt und ohne Umschweife bereits in der „Einführung“ zur Sache: „Das nuklear-strategische Patt zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hat eine völlig neue Situation geschaffen. Sie gibt den klassischen oder ‚konventionellen‘ Streitkräften ihren vollen Wert zurück und berechtigt zu der Hypothese eines — wenn nicht wahrscheinlichen, so doch möglichen — offenen Konflikts, bei dem Westeuropa auf dem Spiel steht. Die durch die unbestreitbare Überlegenheit der konventionellen sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa ausgelöste Bedrohung ist schärfer als jene, die 1949 bestand und damals zur Bildung des Atlantischen Bündnisses geführt hat ... Entsprechend den wichtigsten Prinzipien ihrer Strategie, aufgebaut auf der Überrumpelung, der Überraschung, der Geschwindigkeit und der Schockwirkung, haben die Sowjets die Möglichkeit, einen blitzartigen Angriff auszulösen und sich innerhalb von 48 Stunden der Bundesrepublik Deutschland vom Eisernen Vorhang bis zum Rhein zu bemächtigen.“¹⁶⁾

Beklemmender noch als die Visionen von

¹⁵⁾ Johannes Steinhoff, *Wohin treibt die NATO? Probleme der Verteidigung Westeuropas*, Hamburg 1976, S. 59, 68.

¹⁶⁾ Robert Close, *Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern*, Bad Honnef-Erpel und Saarbrücken 1977, S. 13 f.

¹⁴⁾ A. a. O. (Anm. 7), S. 4.

Close ist das als Roman verfaßte „Kriegsspiel“ des französischen Oberstleutnant Guy Doly, das er unter dem Pseudonym François veröffentlicht hat. In der Einleitung dieses Buches mit dem Titel „Wenn die Russen kommen“, das Doly nach seinen eigenen Worten geschrieben hat, „um die Franzosen und die freien Völker aufzuwecken, bevor es zu spät ist“, heißt es: „Um 21.42 Uhr, am Pfingstsonntag, brausen sowjetische Bomber über die deutsch-deutsche Grenze — die west-östliche Demarkationslinie der NATO. Minuten später liegt Nürnberg im Bombenhagel; zehn Minuten später geht im Norden Straßburgs die Raffinerie von Reichstede im Raketenhagel unter. Um 22.30 Uhr hallen in Paris Explosionen; Kaufhäuser und Verwaltungsgebäude stehen in Flammen; Brücken fliegen in die Luft, weil Schleppkähne unter ihnen explodieren: gigantische Sabotageakte. Um 23.00 Uhr ist evident: Der Ostblock greift nach ganz Westeuropa. Sowjetische Luftlandedivisionen besetzen strategische Positionen in Norditalien, in Dänemark und am Rhein. Frankreich wird zur Kapitulation aufgefordert... Der Präsident der Vereinigten Staaten hat mitgeteilt, daß sich die USA nicht in der Lage sehen, einen nuklearen Schlagabtausch mit den Sowjets zu wagen.“¹⁷⁾

In Ablauf und Schemata einer ähnlichen Weltkrieg-II-Mentalität verhaftet, in didaktischer Hinsicht aber über eingeblendete Szenen aus der Perspektive von Augenzeugen und Betroffenen raffiniert aufgebaut, stellt sich die Studie „Der Dritte Weltkrieg“ des britischen Generals a. D. Sir John Hackett dar. In seiner Fiktion heißt es: „Am 4. August 1985, 4 Uhr morgens, eröffnen 40 sowjetische und andere Ostblock-Divisionen den Angriff auf die Bundesrepublik. Schon am ersten Tag wird überraschend der Flugplatz Bremen von Luftlandetruppen erobert, Norddeutschland bis zur Weser ist sofort verloren. Zugleich beginnt der sowjetische Angriff aus dem Raum Murmansk auf Nordnorwegen und durch Österreich hindurch auf Italien, vier Tage später ist Dänemark mit den Ostseeausgängen besetzt, und im deutschen Norden verläuft die Front von Minden aus nach Westen bis an die Zuidersee. Kassel, Würzburg und München sind schnell in sowjetischer Hand; im noch unbesetzten Teil der BRD blockieren Flüchtlingskolonnen die Rheinbrücken...“¹⁸⁾

¹⁷⁾ François (Pseudonym von Guy Doly), Wenn die Russen angreifen... Mit einem Vorwort von Paul Carell, Stuttgart-Degerloch 1980, hier aus dem Vorwort S. 7 f.

¹⁸⁾ Sir John Hackett, Der Dritte Weltkrieg. Hauptschauplatz Deutschland. Mit einem Vorwort von

Der Krieg wird nach der Hackettschen Fiktion vom Westen zwar schließlich dennoch, aber auch nur deshalb gewonnen, weil — und damit kommen wir zu unserer Frage zurück, ob die Gefahr eines Krieges aus zuviel oder zuwenig Rüstung resultiert — die NATO bis zum Zeitpunkt 1985 vorgesorgt, d. h. konventionell stark aufgerüstet hat. Vorsorge und Ausgang des Hackettschen „Lehrstücks“ bzw. der Studien seiner Kollegen lassen also am „Lernziel“ ebensowenig Zweifel wie an der Beantwortung unserer Frage: Die WVO wendet — nach Ansicht der genannten Autoren — mehr finanzielle Mittel für Militär und Rüstung auf als die NATO, und die Sowjetunion besitzt bereits heute eine gefährliche Überlegenheit. Die Offiziere folgern hieraus, daß ohne Forcierung der westlichen Rüstungsanstrengungen aus diesem Ungleichgewicht in absehbarer Zeit ein Dritter Weltkrieg erwachsen muß.

Datenvergleich und „Ausgewogenheit der Kräfte“

Dieser Einschätzung kann nicht gefolgt werden¹⁹⁾. Einige Schlaglichter sollen dies mit Hilfe offizieller Daten und Gegenüberstellungen aus dem Weißbuch 1979 der Bundesregierung belegen: Die Beurteilung der Kräfte im konventionellen Bereich erfolgt in der Regel nach der Zahl der Divisionen beider Seiten sowie nach der Anzahl der Panzerwaffen. In beiden Kategorien besteht auch das augenfälligste Gefälle zwischen den beiden Militärblocken zum Nachteil der NATO. So verfügt die WVO nach Angaben des Weißbuches 1979 über einen Gesamtbestand von 154 Divisionen, wovon 101 Divisionen für einen Einsatz in Mitteleuropa vorgesehen sein sollen. In Mitteleuropa selbst unterhält die WVO auf dem Territorium der DDR, der ČSSR und Polens insgesamt 58 Divisionen. Dieser gewaltigen Anzahl steht auf westlicher Seite (Bundesrepublik, Benelux und Dänemark) nach Auskunft des Weißbuches lediglich ein Bestand

General a. D. Graf Kielmansegg, München 1978 — zu den ersten Angriffsfiktionen nach Hackett vgl. S. 19 ff; vgl. insbes. den Werbetext im Schutzumschlag.

¹⁹⁾ Vgl. ausführlicher sowie auch die Literaturhinweise zu folgendem in: Dieter S. Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis bei den konventionellen Streitkräften (ohne Marine), in: Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (Hrsg.), DGFK-Jahrbuch 1979/80, Zur Entspannungspolitik in Europa, Baden-Baden 1980, S. 401 ff; ferner: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 1: Die Sowjetunion. Rüstungsdynamik und bürokratische Strukturen, Baden-Baden 1979.

von 28 Divisionen gegenüber. Das Weißbuch berücksichtigt bei seiner Aufstellung jedoch weder die unterschiedlichen Dislozierungs-räume und Bereitschaftsgrade noch die unterschiedlichen Personalstärken der Divisionen in Ost und West. Auch die drei im Südwesten der Bundesrepublik stationierten französischen Panzerdivisionen werden in den Kräftevergleich nicht einbezogen. Eine einfache Gegenrechnung verdeutlicht das Problem: 28 Divisionen entsprechen in Personalzahlen umgerechnet — orientiert an bundesrepublikanischen Divisionen à 17 000 Soldaten — ca. 476 000 Mann. Tatsächlich aber bestehen bereits die Streitkräfte der Bundesrepublik aus ca. 495 000 Mann mit einem Heeresanteil von 335 200 Soldaten. Der Gesamtheeresbestand der NATO in Mitteleuropa umfaßt nach Angaben des Londoner Instituts für Strategische Studien (IISS) ca. 780 000 Soldaten. Die Differenz von ca. 300 000 Mann bei einem Bestand von lediglich 28 Divisionen bleibt ungeklärt, es sei denn, man geht von einem sehr viel höheren Divisionsbestand oder einer nicht vergleichbaren Gliederungsstruktur aus.

Ähnliche Probleme ergeben sich bei dem Vergleich der Panzerwaffen. Laut Weißbuch 1979 liegt der numerische Niveauunterschied zwischen Ost und West auf dem gewaltigen Vorsprung von 6 500 : 30 200 Panzern zugunsten der WVO, d. h. bei einem Verhältnis von 1 : 4,64. Zwar zieht das Weißbuch erstmals 1979 auch die Panzerabwehrsysteme in den Vergleich mit ein, doch sind auch hier die Angaben eher bescheiden und verschleiern. Erwähnt werden Modernisierungsmaßnahmen im Bereich der Panzerabwehrraketen in Höhe von ca. 3 400 Systemen der Typen TOW, HOT und MILAN. Mag diese Einzelinformation auch korrekt sein, so sehen doch die Größenordnungen bei näherer Betrachtung völlig anders aus: Die USA haben bislang schon mehr als 200 000 Panzerabwehrlenkraketen allein des Typs TOW hergestellt. Und allein die USA werden in den Jahren 1979—1981 (neben Panzern des modernsten Typs XM-1 sowie anderen Abwehrlenkraketen) über 40 500 TOW-Panzerabwehrraketen beschaffen.

Diese Relativierungen der Potentiale und ihrer Vergleiche könnten durch eine ganze Anzahl weiterer Beispiele — auch aus dem Bereich der Luftstreitkräfte oder der Marine — ergänzt werden. Erwähnt werden soll allerdings nur noch ein Aspekt: Ein Panzer des modernen Typs XM-1 kostet ca. 2—3 Millionen US \$; eine TOW-Panzerabwehrrakete dagegen lediglich 4 500 US \$. Ein Mehrzweck-

Kampfflugzeug kostet über 10 Millionen US \$; die Lenkwaffe, um das Flugzeug sicher abzuschießen, dagegen weniger als 10 000 US \$.

Auch diese Beispiele zeigen wiederum, daß einseitige höhere Rüstungsausgaben nicht zwingend gleichzusetzen sind mit einer höheren Leistungsfähigkeit und daraus resultierenden Ungleichgewichten, Instabilitäten und letztlich der Gefahr eines Krieges. Mit anderen Worten: Ausgewogenheit der Kräfte ist wichtiger als ihr Umfang und die Art der Bewaffnung. Nur ein stabilisiertes Kräfteverhältnis wird die bestehenden Bedrohungsgefühle und das tiefwurzelnde Mißtrauen relativieren. Im Zeichen einer qualitativen Rüstungsdynamik, die neue taktische, militärstrategische, ja politische Optionen eröffnet, haben Zahlenvergleiche erheblich an Wert verloren. Simple numerische Hochrechnungen gehen an der komplexen Wirklichkeit vorbei, weil sie die Verschiedenartigkeit der Potentiale, ihrer Strategien und der geo-strategischen Bedingungen, unter denen sie stehen, unbeachtet lassen. Parität wörtlich genommen als numerische Parität würde sogar zu einem Motor des Wettrüstens in einer Lage, da sich die Akteure bei ungenügender Transparenz und altgewohntem „Worst-Case-Denken“ um die Stabilität der nächsten Dekade zu sorgen beginnen. So verstandene Parität würde zum „Vorhalten“ geradezu anreizen²⁰⁾.

In diesem Sinne äußert sich auch das Weißbuch 1979: „Grundlage der Sicherheitspolitik ist eine Lagebeurteilung, die alle Sicherheitsfaktoren berücksichtigt... Der militärische Kräftevergleich darf nicht isoliert und ohne Bezug zu anderen Sicherheitsfaktoren einer umfassenden Lagebeurteilung betrachtet werden. Ausschließlich Zahlen militärischer Potentiale zu vergleichen, ohne deren Einsatzzwecke und Wirkungsmöglichkeiten zu würdigen, ergibt unvollständige und damit falsche Schlüsse.“²¹⁾

Von einer Gefährdung des Westens durch einen risikolosen Überraschungsangriff ohne Vorwarnung und mit überlegenen konventionellen Kräften der WVO kann deshalb zusammenfassend kaum gesprochen werden. Berechnungen des Stockholmer Instituts für Friedensforschung SIPRI bestätigen diese Aussage: Stellt man die aus dem Stand einsatzbereiten Land- und Luftstreitkräfte der NATO denen der WVO gegenüber und rechnet die teilweise stark abweichenden Organi-

²⁰⁾ Wolf Graf von Baudissin, Dieter S. Lutz, a. a. O. (Anm. 6), S. 7.

²¹⁾ A. a. O. (Anm. 7), S. 97.

sationsstrukturen und Qualitätsmerkmale in Divisionsäquivalente um, so ergibt sich für 1976 ein Verhältnis von $70 \frac{1}{3}$ zu 81 Divisionen²²⁾, d. h. relative Ausgewogenheit zwischen den beiden Militärblöcken mit leichtem Vorteil zugunsten der WVO.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Londoner Institut für Strategische Studien IISS: Für 1979/80 erstmals in einsatzbereite Divisionsäquivalente berechnet, stehen in Europa 64 Divisionen der Nato 68 Divisionen der WVO gegenüber²³⁾ — ein Verhältnis von 1:1,06. Im Vorjahr hatte das IISS — ohne Umrechnung — mit 64:103 Divisionen noch ein Verhältnis von 1:1,61 angegeben²⁴⁾. Kritisch anzumerken ist allerdings, daß weder SIPRI noch IISS die Kriterien ihrer Äquivalenzberechnungen offenlegen.

Die Feststellung eines relativen Gleichgewichts im Bereich der konventionellen Rüstungsäquivalente heißt allerdings nicht, daß die Gefahr eines konventionellen Kriegsausbruchs völlig ausgeschlossen ist. Zusammenfassend sollte eher eine Warnung ausgesprochen werden: Solange Rüstung nicht kooperativ gesteuert wird, sondern im Gegenteil Bedrohungsvorstellungen in der Öffentlichkeit durch schematische Darstellungen und numerische Vergleiche bestimmt und manipuliert werden, die große — in Wahrheit nicht existierende — Disparitäten nachweisen, so lange können Instabilität und Kriegsgefahr auch aus Mißtrauen und „Worst-Case-Denken“ resultieren in Verbindung mit der nahezu unvorstellbaren Zusammenballung von Destruktionspotential in Mitteleuropa als solcher.

IV. Die Kriegsgefahr aus der Eigendynamik der Nuklearrüstung

Die angeführten Kriegsszenarien und Prognosen der genannten Autoren von Close über Doly bis Hackett sind jedoch nicht nur in bezug auf die Kriegsgefahr zwischen Ost und West fragwürdig. Zwei weitere Aspekte seien genannt: Zum einen ist selbst bei einem unterstellten Kräfteungleichgewicht die Forderung nach einer Rüstungsforcierung nicht zwingend. Im Rahmen der Kooperativen Rüstungssteuerung kann vielmehr versucht werden, Stabilität auch durch Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen herzustellen. Zum anderen blenden die Autoren Bestand, Kräfteverhältnis und Fortentwicklung der nuklearen Ebene der Rüstung in ihren Analysen und Prognosen mehr oder weniger aus. Wie spätestens aber seit dem sogenannten Doppelbeschluß des NATO-Rates vom 12. Dezember 1979 deutlich ist, liegen die Gefahren eines Dritten Weltkrieges gerade im Nuklearbereich: einerseits in den diffizilen Problemen der Rüstungssteuerung auf dieser Ebene, andererseits in der sprunghaften Eigendynamik der nukleartechnologischen Entwicklung.

1. Bedrohungsanalysen im Bereich der „Nuklearkräfte in und für Europa“

Dieser sogenannte Doppelbeschluß der NATO, oder auch „Nachrüstungsbeschluß“ genannt, soll bis 1983 zur Produktion und Statio-

nierung von 572 neuen, weit in die Sowjetunion hineinreichenden Mittelstreckenwaffen PERSHING II und Marschflugkörpern (Cruise Missile) führen. Der Beschluß bildet die Konsequenz aus einer Diskussion, deren Initiierung auf einen Vortrag von Bundeskanzler Schmidt am 28. Oktober 1977 in London zum Gedenken an Alastair Buchan zurückgeführt wird. In seiner Rede betonte Schmidt unter Bezug auf die nuklearstrategischen Rüstungsbegrenzungsgespräche der Supermächte (SALT) und auf die Verhandlungen zur Begrenzung der konventionellen Rüstung (MBFR) in Wien erstmals nachdrücklich: „Wir Europäer haben zu Beginn der SALT-Gespräche die enge Verbindung zwischen der Parität auf dem strategisch-nuklearen Gebiet einerseits und dem taktisch-nuklearen und konventionellen Sektor andererseits nicht klar genug gesehen oder nicht klar genug artikuliert. Es gilt jetzt, die Verzahnung von SALT und MBFR klar zu erkennen und daraus die notwendigen praktischen Schlüsse zu ziehen... Die MBFR-Verhandlungen in Wien haben bis heute keine formulierten Ergebnisse gebracht. Der Warschauer Pakt hat seit Beginn der Verhandlungen die Disparitäten militärischer Kräfte sowohl auf konventionellem als auch auf taktisch-nuklearem Gebiet eher noch vergrößert.“²⁵⁾

²²⁾ SIPRI Yearbook 1978, S. 399.

²³⁾ The International Institute for Strategic Studies (IISS), The Military Balance (MB) 1979—1980, London 1979, S. 108.

²⁴⁾ IISS, MB 1978—1979, London 1978, S. 108.

²⁵⁾ Helmut Schmidt, Politische und wirtschaftliche Aspekte der westdeutschen Sicherheit, Alastair Buchan Memorial Lecture, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 112 vom 8. 11. 1977, S. 1014 f.

Mit dieser Feststellung einer Disparität auf „taktisch-nuklearem“ Gebiet widersprach der Bundeskanzler einer bis dato nahezu einhelligen Auffassung, daß sich das taktisch-nukleare Kräfteverhältnis in Europa mit einer Gesamtsprengkopffzahl von ca. 7 000 : 3 500 auf ein eindeutiges Verhältnis von 2 : 1 zugunsten der NATO belaufe. Entsprechend waren die „Nuklearkräfte in und für Europa“, kurz: TNF, bis 1977 zwar Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen, aber kaum Thema offizieller und/oder offiziöser Kräftevergleiche. Ab 1978 betonten dagegen Verlautbarungen und Programme des Bündnisses, etwa das „Langfristige Verteidigungsprogramm (Long-Term Defense Program/LTDP) der NATO oder der Fünf-Jahres-Plan (Five Year Defense Program) der USA die Notwendigkeit von Maßnahmen gerade auf diesem Teilsektor der Rüstung.

Auch das jüngste Weißbuch 1979 der Bundesregierung oder das zur gleichen Zeit erschienene Heft „The Military Balance 1979—1980“ des Instituts für Strategische Studien in London widmen — im Unterschied zu den vorangegangenen Jahresausgaben — diesen Waffensystemen erstmals eigene Kapitel. Und die CDU/CSU-Opposition legte im Frühjahr 1979 über ihre Abgeordneten Würzbach und Berger bzw. deren Assistenten eine ungewöhnlich umfangreiche Studie zum Kräfteverhältnis im euronuklearen Bereich vor²⁶⁾. Die Minimierung des Angriffsrisikos für die Sowjetunion bzw. die Bedrohung Westeuropas wird in diesen Studien insbes. auf zwei neue Systeme der Sowjetunion zurückgeführt: auf den Schwenkflügelbomber BACKFIRE und vor allem auf die Mittelstreckenrakete SS-20. Im Weißbuch der Bundesregierung heißt es: „Bei der Komponente des nuklearen Gesamtpotentials tritt einseitig, nämlich im Osten, eine drastische Veränderung ein. Der Ausbau des sowjetischen Mittelstreckenpotentials durch die SS-20 und den BACKFIRE-Bomber schafft eine strategische Bedrohung neuer Dimension für die Atlantische Allianz in Europa... Die SS-20-Rakete ist eine grundlegende Neuerung und keine Modernisierung im sowjetischen Raketenpotential. Sie ist mobil und deshalb fast unverwundbar, mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) hoher Treffgenauigkeit ausgerü-

stet und hat eine Reichweite bis zu 5 000 km. Mit den MIRV der SS-20-Rakete vervielfacht der Warschauer Pakt das Potential seiner gegen Westeuropa einsetzbaren nuklearen Sprengköpfe.“²⁷⁾

Das Kräfteverhältnis selbst und die daraus resultierenden Gefahren werden teilweise außerordentlich pessimistisch beurteilt. So kommen etwa die genannten CDU-Autoren zusammenfassend zu folgendem Ergebnis: „Die UdSSR hat eine eindeutige Überlegenheit bei den Kurzstreckengeschossen von 5,4 : 1, bei allen Flugzeugen von 1,7 : 1 und allen IRBM/MRBM und SLBM von mindestens 4 : 1. Die Sowjetunion baut diese Überlegenheit in allen Bereichen weiter aus, ohne daß der Westen seine Gesamtkapazität wesentlich verändert.“

Die Studie folgert ferner, daß der Kreml in Europa die atomare Hegemonie anstrebe und der Trend von einer Überlegenheit zur Dominanz gehe. Mit dieser Entwicklung gefährde aber die sowjetische Rüstung die nationalen Interessen Westeuropas und die Abschreckung und somit den Frieden in diesem Erdteil. Es ständen folgerichtig nur drei politische Entscheidungen offen: „Anpassung an die sowjetische Hegemonie, Rüstungskontrolle und Nachrüsten.“

Oder noch deutlicher: „Verhandlungsfähigkeit setzt Verhandlungsmasse voraus. In der TNF müssen sich daher Waffensysteme befinden, die man zur Disposition stellen kann... Hier bieten sich die technischen Neuentwicklungen einmal als Verhandlungs-Chip, zum anderen als Mittel zur Aufrechterhaltung unserer Sicherheit an. Eine Modernisierung der TNF kann im Hinblick auf SALT III somit die notwendige Grundlage zur Rüstungskontrolle sein und widerspricht nicht ihrem Wesen.“²⁸⁾

Entsprechend diesen oder ähnlichen Bedrohungs- und Unterlegenheitsanalysen sowie ihren Schlußfolgerungen wurde zu Ende der 70er Jahre die Diskussion um das TNF-Kräfteverhältnis in der Öffentlichkeit unter Schlag- und Reizworten geführt wie die „Abschreckungslücke der NATO“, „Europas Raketenlücke“, „Lücke im atomaren Konzept“ etc.; konsequenterweise wurde der auf der Dezember-

²⁷⁾ A. a. O. (Anm. 7), S. 126, 106.

²⁸⁾ Rüstung und Abrüstung im euronuklearen Bereich. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der europäischen Staaten an den SALT III-Verhandlungen. Eine Kurzstudie von Hubertus Hoffmann und Rolf Steinrücke im Auftrage der Bundestagsabgeordneten Peter Kurt Würzbach und Markus Berger, Washington/Bonn, April-Mai 1979 (hektogr. Manuskript, Maschinenschrift), S. VI f., 9 f., 36—41.

²⁶⁾ Vgl. ausführlicher sowie auch die Literaturhinweise hierzu: Dieter S. Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der „Nuklearkräfte in und für Europa“, in: Gert Krell, Dieter S. Lutz, Militär, Rüstung, Sicherheit, Bd. 5: Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt. Potentiale, Doktrinen, Rüstungssteuerung, Baden-Baden 1980, S. 11—89.

Sitzung des NATO-Rates gefaßte Beschluß über die nuklearen Rüstungsmaßnahmen der kommenden Jahre als „Antwort“ auf sowjetisches Überlegenheitsstreben und als „Nachrüstung“ deklariert und legitimiert.

Die historische Bedeutung eines Beschlusses der NATO und der Bundesrepublik, der auf die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen mit Reichweiten weit in das Territorium der Sowjetunion hinein abzielt, liegt offen zutage. Zbigniew Brzezinski, Sicherheitsberater des US-Präsidenten, stellt ihn in eine Reihe mit der Entscheidung zur Schaffung des Strategischen Bomberkommandos (SAC) durch Präsident Truman und der Einführung der Interkontinentalraketen durch Präsident Kennedy. Erhard Eppler, Bundesminister a. D., bezeichnete die Entscheidung für weitreichende Mittelstreckensysteme in Europa als eine „Provokation der UdSSR“, die nur mit dem in den 60er Jahren unternommenen Versuch der Sowjetunion, Raketen auf Kuba zu stationieren, selbst verglichen werden könne²⁹⁾.

2. Die Datenvergleichsproblematik

Ogleich die Bedeutung, die der NATO-Ratsbeschluß für die Sowjetunion besitzt, also durchaus erkannt wurde, reagierte Bonner Regierungskreise mit deutlicher Überraschung und Betroffenheit, als der sowjetische Außenminister Gromyko im Rahmen eines Besuches der Bundesrepublik im November 1979 erklärte, es könne keine Verhandlungen über die kontinental-strategischen Waffen geben, wenn die NATO Mitte Dezember 1979 den Ausbau der Mittelstreckensysteme beschlösse. Eine Meinungsänderung unter den NATO-Partnern hat diese Warnung Gromykos allerdings nicht bewirkt. Auch der Vorschlag der dänischen Regierung, die Stationierungsentscheidung der NATO für sechs Monate zu verschieben, um „den guten Willen“ der Sowjetunion in bezug auf Verhandlungen zur Rüstungsbegrenzung zu prüfen, wurde von den übrigen NATO-Staaten nicht akzeptiert. Ohne Erwiderung blieb schließlich auch eine Gegendarstellung Breschnjews, die er im Rahmen seiner Rede anläßlich des 30. Gründungs-

tages der DDR gab: „Als Vorsitzender des Verteidigungsrates der UdSSR erkläre ich mit aller Bestimmtheit: in den letzten zehn Jahren ist auf dem Gebiet des europäischen Teils der Sowjetunion die Anzahl der Träger von Kernwaffen mittlerer Reichweite um keine einzige Rakete, um kein Flugzeug vergrößert worden. Im Gegenteil, die Zahl der Abschlußrampen für Mittelstreckenraketen sowie die Stärke der Kernladungen dieser Raketen sind sogar etwas zurückgegangen.“³⁰⁾

Auf die großen Schwierigkeiten, „strategische Stabilität“ durch Rüstungsvergleiche zu quantifizieren und zu qualifizieren, hatten wir bereits bei der Beurteilung des konventionellen Kräfteverhältnisses hingewiesen. Auch die Stellungnahme von Breschnjew ist ein typisches Beispiel für diese Problematiken. Selbst unterstellt, seine Aussage, die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen bzw. die Zahl der Abschlußrampen sei in den letzten Jahren zurückgegangen, sei korrekt, so ist damit über die Veränderung des Kräfteverhältnisses, seitdem Raketen Mehrfachsprengköpfe tragen können, letztlich doch keine Aussage getroffen. Gleichwohl kann von einer gefährlichen Unterlegenheit der NATO im Bereich der „Nuklearwaffen in und für Europa“, die nicht einmal mehr den Vorschlag Dänemarks, den NATO-Beschluß für sechs Monate auszusetzen, akzeptabel erscheinen ließe, nicht gesprochen werden. In einer früheren Untersuchung, welche die TNF-Potentiale in Ost und West nicht nur unter quantitativen, sondern auch unter qualitativen und strukturellen Kriterien und Parametern analysierte, ergab sich zusammengefaßt vielmehr folgendes Bild:

„1. Die Ergebnisse des Kräftevergleichs zeigen, daß sich aus dem TNF-Bereich keinesfalls die Annahme einer militärischen Unterlegenheit der NATO ableiten läßt. Im Gegenteil ist nicht auszuschließen, daß die WVO dem fortschreitenden und qualitativen Standard der NATO glaubt mit Modernisierungsmaßnahmen begegnen zu müssen.

2. Die Risiken und Folgen eines nuklearen Angriffskrieges gegen die westeuropäischen NATO-Staaten sind auch ohne die Modernisierungsmaßnahmen des NATO-Ratsbeschlusses vom Dezember 1979 und selbst unter Worst-Case-Bedingungen zum Nachteil

²⁹⁾ Vgl. Atlantic News vom 12. 10. 1979, hier zitiert nach: Alfred Mechttersheimer, „Modernisierung“ gegen Sicherheit. Zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik Deutschland, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten um abzurüsten? Informationen zur Lage, Reinbek bei Hamburg 1980, S. 55, 282; Frankfurter Rundschau Nr. 275 vom 26. 11. 1979, S. 3.

³⁰⁾ Abgedruckt in: Gerhard Kade, Gunnar Matthiesen (Hrsg.), „Nachrüsten“, „Vorrüsten“ oder Abrüsten. Die sowjetischen Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung, Köln 1980², S. 27.

der NATO für die Sowjetunion kalkuliert untragbar.“³¹⁾

Auf diese und ähnliche kritische Stimmen zum NATO-Beschluß hat das Bundesverteidigungsministerium mit einer Broschüre reagiert, in der es u. a. heißt: „Die sachgerechte Zuordnung der nuklearen Waffensysteme von NATO und Warschauer Pakt nach den beschriebenen Kriterien zum nuklearstrategischen Potential in Europa setzt Kenntnisse voraus, die im allgemeinen der Geheimhaltung unterliegen. Das betrifft u. a. die Dislozierung der Systeme und eine Vielzahl technischer Daten. Hieraus ergeben sich zwischen den Angaben nicht-amtlicher Stellen, die auf Schätzungen und Annahmen angewiesen sind, und den Angaben von offizieller Seite, die auf der Basis gesicherter Zahleninformationen gemacht werden, für einzelne Systeme zum Teil extreme Divergenzen ... Bisher gibt es keine Methode, qualitative Aspekte in mathematische Formeln so umzusetzen, daß die Qualität von Potentialen in Zahlen dargestellt werden kann. Die NATO stützt sich daher zur Bewertung von Potentialen vorwiegend auf militärische Beurteilungen.“³²⁾

Wie auch immer sich „militärische Beurteilungen“ im Unterschied zu den „nicht-amtlichen“ Kritiken definieren mögen, das Verständnis von Transparenz und Information, von Partizipation und Kontrolle in dieser Aussage ist befremdend. Entspräche nämlich die Stellungnahme der Realität, so wäre eine demokratische Sicherheitspolitik auch im Westen nicht existent. Nicht die Öffentlichkeit oder das Parlament bestimmten und/oder kontrollierten die Militär- und Sicherheitspolitik, vielmehr entschieden wenige, u. U. nicht demokratisch legitimierte Amtsstellen unter Geheimhaltung der Gründe über Militär und Rüstung und damit auch über Krieg und Frieden.

Aber selbst, wenn man unterstellt, daß nicht-offiziellen Untersuchungen und Kritiken der sogenannte Amtsbonus fehlt, so läßt die Aussage des Bundesministeriums der Verteidigung doch ungeklärt, wieso es zu unterschiedlichen Einschätzungen bis hin zu Widersprüchen in der Datenfrage auch zwischen einzelnen „Amtsstellen“ kommen kann, etwa zwischen BMVg, Pentagon oder NATO. Vor die-

ser Frage wird nicht deutlich, daß die Untersuchungen „nicht-amtlicher Stellen“ selbstverständlich nur in dem Maße valide sein können, wie es die vorgegebenen Daten und Informationen von „offizieller Seite“ sind. Zumindest insofern ist die Validität oppositioneller Sicherheitspolitik immer auch ein Gradmesser für die Offenheit und Dialogfähigkeit der Demokratie.

„Nicht-amtliche Stellen“ können — wie wir sehen werden, notfalls auch ohne Kenntnis letzter technischer Details — auf allzu offensichtliche Unterlassungen offizieller Kräftevergleiche oder auf Mängel in Plausibilität, Logik und Methodik bestimmter Schlußfolgerungen oder Forderungen hinweisen. Das folgende Beispiel illustriert diese Aussage. Es zeigt zugleich, daß derzeit — auch ohne Nachrüstungsbeschluß — das Risiko eines Angriffskrieges für die Sowjetunion kalkuliert untragbar ist.

Wieviel an Vernichtungskapazität ist genug?

Wie bereits erwähnt, wurde in der öffentlichen Diskussion die Notwendigkeit der Nachrüstung von offizieller Seite mit der Kriegsgefahr aus einem numerischen Ungleichgewicht im Bereich der Mittelstreckenwaffen begründet. Unterstellen wir einmal die Korrektheit der Annahme einer numerischen Unausgewogenheit, so unterliegt die Aufrechnung von nuklearen Raketen systemen wie der sowjetischen SS-20 oder der geplanten PERSHING II der NATO doch einem grundsätzlichen Denkfehler; bei den genannten Systemen handelt es sich nicht um „duell“-fähige Waffen — es dürfen also nicht Raketen gegen Raketen, es müssen vielmehr Waffen gegen mögliche alternative Ziele und Zielsetzungen aufgerechnet werden. Mit anderen Worten: Der Frage nach der Erforderlichkeit von „Nachrüstungsmaßnahmen“ muß durch die Gegenüberstellung von bereits gegebenem oder zukünftig vorhandenem Potential einerseits und alternativen Zielen andererseits nachgegangen werden.

Um diese Frage in den Griff zu bekommen, wollen wir im folgenden ein Szenario durchspielen, das vom hypothetisch „schlimmsten Fall“ — einem nuklearen Erstschlag der Sowjetunion gegen die europäischen NATO-Staaten — ausgeht. In einem solchen Angriffsszenario soll der Sowjetunion die Fähigkeiten unterstellt werden, theoretisch alle ortbaren, d. h. alle land-, luft- und überwassergestützten Nuklearsysteme (inkl. Flugzeugträger) sowie alle in den Häfen liegenden U-

³¹⁾ Vgl. ausführlich: Dieter S. Lutz, a. a. O. (Anm. 26), insbes. S. 86; vgl. auch ders., Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der euronuklearen Waffensysteme, IFSH-Forschungsberichte 12/1979.

³²⁾ A. a. O. (Anm. 8), S. 32.

Boote der NATO in Westeuropa durch ihre eigenen TNF-Systeme zu zerstören. In der Praxis wird sich zwar auch bei einem Überraschungsangriff vermutlich ein Großteil der Flugzeuge durch Frühstart (launch-on-warning) retten können, auch werden sich, zumindest in Krisenzeiten, die meisten U-Boote in See befinden, also kaum ortbar sein. Doch gehen wir auch hier einmal vom „schlimmsten Fall“ aus und lassen lediglich das für Friedenszeiten geltende Minimum von 50 % der U-Boote auf Fahrt sein und damit auch den Nuklearschlag überleben. Bleiben wir konsequent und lassen ferner — auch wieder hochgegriffen — von diesem Restbestand noch 20 % durch andere Anti-U-Boot-Kriegführungsmittel der Sowjetunion sowie schließlich nochmals 20 % der verbleibenden Raketen und Sprengköpfe durch technische Defekte ausfallen.

Nach all diesen „Beschränkungen“ ergibt sich für den errechenbaren „schlimmsten Fall“ folgender mathematischer Restbestand an Raketen Sprengköpfen der NATO für Europa mit einer Reichweite von jeweils 5 200—5 400 km:

— ca. 20 britische POLARIS A-3-Raketen à 3 Sprengköpfe, d. h. ca. 60 Sprengköpfe (MRV) à 200 KT,

— ca. 25 französische Raketen MSBS M-20 à 1 Sprengkopf, d. h. 25 Sprengköpfe à 1 000 KT (= 1 MT),

— ca. 26 der NATO zugeordnete US-POSEIDON C-3-Raketen à 10 Sprengköpfe, d. h. ca. 260 Sprengköpfe à 50 KT.

Es verbleibt somit — auch im „schlimmsten Fall“ — ein mathematisches³³⁾ Potential von ca. 340 Sprengköpfen mit (in Äquivalente) umgerechnet 82 000 KTE. (Zum Vergleich: Die Hiroshima-Bombe besaß eine Sprengkraft von 12—20 KT). Dieses ungeheure Vernichtungspotential ist groß genug, um auf einer Fläche von 3 500 Quadratmeilen einen Überdruck zu erzeugen, der in städtischen Gebieten den größten Teil der Anlagen und Gebäude vernichtet und über 50 % der Bevölkerung sofort tötet. Die direkten und indirekten Schäden und Folgeschäden durch Hitze, Feuer, radioaktive Strahlung, Hunger, Wassermangel, Seuchen etc. sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt.

Setzen wir das „Rest“-Potential nunmehr in Beziehung zu Zielen in der UdSSR, so ist festzu-

³³⁾ Der rein rechnerische Charakter der Ergebnisse braucht nicht betont zu werden: Es gibt keine „Ein-Fünftel-U-Boote“, „Ein-Viertel-Raketen“, „halbe Sprengköpfe“ etc.

halten, daß die Sowjetunion zwar mit 22,4 Mio. km² Fläche das größte zusammenhängende Staatsgebiet der Erde besitzt, dennoch im europäischen Teil der UdSSR und seinen angrenzenden Gebieten die Hauptmasse der Bevölkerung siedelt und sich auch dort der entscheidende Teil des städtischen, industriellen, landwirtschaftlichen und infrastrukturellen Lebens abwickelt. Im Operationsbereich der NATO liegen deshalb auch die 30 größten Städte der Sowjetunion mit einer Einwohnerzahl von 42 Mio., einer Industriekapazität von 40 % und einem Flächenareal von ca. 3 400 Quadratmeilen. Wie wir gesehen haben, genügt das Restpotential der NATO — auch vom schlimmsten Fall eines nuklearen Erstschlags des Gegners ausgehend — zur Zerstörung eines Gebietes in eben dieser Größenordnung durch einen Zweitschlag.

Für jede Nuklearmacht aber, ob in Ost oder West, muß eine solche ungeheure Zerstörung durch einen Zweitschlag im eigenen Land als Folge eines eigenen Erstschlags als „untragbar“ erscheinen, muß sie also vom nuklearen Angriffskrieg abhalten. Die ca. 10 000 strategischen Nuklearsprengköpfe der USA sind in diese Kalkulation noch nicht einmal einbezogen. Zusammenfassend können wir also nochmals feststellen, daß eine Kriegsgefahr oder eine „Erforderlichkeit“ zur Nachrüstung — ohne vorherige Verhandlungsgespräche — weder 1979 bestand noch zur Zeit besteht.

3. Der nukleare Erstschlag³⁴⁾

Wird mit dieser Aussage, d. h. mit der gesicherten Zweitschlagsfähigkeit, ein Nuklearkrieg und insbesondere ein nuklearer Angriffskrieg auch zukünftig — gleichgültig ob mit oder ohne Nachrüstung — unwahrscheinlich? Insbesondere in der amerikanischen Literatur werden drei Szenarien genannt, die von einem nuklearen Erstschlag gegen militärische Ziele (im englischen: counter force) trotz bestehender Zweitschlagsfähigkeit gegen Industrie und Bevölkerung (im englischen: counter value) ausgehen. Dies sind: der Angriff, um die gegnerischen Optionen in ei-

³⁴⁾ Der folgende Abschnitt beschränkt sich zur illustrativen Darstellung der Dynamik der Kriegsgefahr vorrangig auf die Letalitätsformel und die in ihr aggregierten Faktoren — zur umfassenden Behandlung der Kriterien und Parameter eines nuklearen Erstschlags (Härtung, Ortung, Interferenz, Vernichtungswahrscheinlichkeit etc.) vgl. ausführlich: Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen? a. a. O. (Anm. 1), insbes. Abschn. 10 und 11.

nem begrenzten Nuklearkrieg (limited nuclear war) zu reduzieren; der Angriff, um das Gleichgewicht der Nuklearkräfte (balance of nuclear power) deutlich zugunsten der eigenen Seite zu verändern; der Angriff, um in einem totalen Nuklearkrieg (allout nuclear war) den Schaden für die eigene Seite zu begrenzen.

Die beiden erstgenannten Angriffsstrategien können als Varianten eines „Teilentwaffnungs-Modells“ bezeichnet werden: Im „limited nuclear war“ begrenzt die Sowjetunion ihren Erstschlag auf einen bestimmten Schauplatz, z. B. Europa, und stellt zugleich den USA das Ultimatum, sich aus dem Geschehen herauszuhalten, wenn der Krieg nicht auf amerikanisches Territorium übergreifen solle. Im zweiten Szenario zerstört die Sowjetunion in einem Überraschungsangriff einen Teil des US- und NATO-Nuklearpotentials, verschiebt also das Gleichgewicht zu ihren Gunsten und droht in einem Ultimatum, ihre restlichen Nuklearwaffen gegen die Industrie- und Bevölkerungszentren der USA bzw. der NATO einzusetzen.

Die politische und militärische Rationalität beider Varianten ist allerdings mehr als fragwürdig. In beiden Szenarien wird davon ausgegangen, daß die UdSSR das Risiko eines Zweitschlags mit den Folgen der „gesicherten Zerstörung“ auf sich nimmt, die Beweggründe und Motive für ein solches Vorgehen werden jedoch nicht genannt. Beide Varianten unterstellen ferner, daß sich USA und NATO durch Ultimaten erpressen lassen, ohne selbst Gegenultimaten zu stellen, verbunden etwa gleichfalls mit „begrenzten“ oder „teilentwaffnenden“ Gegenschlägen. Beide Szenarien gehen schließlich davon aus, daß USA und NATO erkennen können (oder der UdSSR glauben), daß es sich lediglich um einen begrenzten Nuklearkrieg gegen Counterforce-Ziele handelt, selbst also nicht sofort (und u. U. irrational) Maßnahmen ergreifen, die zu einem totalen Nuklearkrieg führen. Die Rationalität der Akteure und Entscheidungssträger im Kriegsfall wird aber kaum höher sein als im Frieden. Im Gegenteil: Gerade wenn bereits im Frieden die absurden Kalküls sogenannter Lehnstuhlstrategen an die Stelle politischer Rationalität treten, so wird im Konflikt- und Krisenfall die Abschreckung als Kriegsverhütungsstrategie nur noch geringe Chancen zur Bewährung finden.

„Rationalität“, wenngleich auch in einer spezifischen Form, läßt sich deshalb eher der dritten Variante: dem Angriff, um Schaden für die

eigene Seite zu begrenzen (damage limiting), unterstellen. Diesem Szenario liegt — vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen Konsequenzen eines nuklearen Erstschlags der Sowjetunion für das eigene Territorium — die vermutlich einzige Kriegsursache zugrunde, die zumindest mit mathematisch-rational kalkulierbaren Risiken und „betriebseffizient“ tragbaren Folgen denkbar ist: *die Furcht, durch versäumte Präemption in einer destabilen Situation einen noch größeren Schaden auf das eigene Land zu ziehen, als er infolge eines Zweitschlags in Reaktion auf einen eigenen Überraschungsangriff entstehen würde.* Fragen wir abschließend also noch nach der Wahrscheinlichkeit eines solchen „Weltkrieges wider Willen“ bzw. nach den Kräfteverhältnissen im Counterforce-Bereich und nach den Fähigkeiten, die erforderlich sind, um einen Erstschlag gegen militärische Ziele des Gegners durchzuführen.

Selbstentwaffnung und Vernichtungswirkung

Vorrangige Mittel eines jeden nuklearen Counterforce-Schlages sind wegen ihrer kurzen Flugzeit, ferner ihrer höheren Treffgenauigkeit einerseits und der geringen Abwehrmöglichkeiten gegen sie andererseits (ballistische) Raketen. Konsequenterweise sind umgekehrt die gegnerischen Raketenstellungen bzw. bei beweglichen Trägersystemen die Fahrzeuge oder U-Boote das prioritäre Ziel des Angriffs. Dennoch wurde bis in die 60er Jahre hinein — trotz der seinerzeit geringen Härting und höheren Ortbarkeit zumindest der landgestützten Raketen — ein nuklearer Counterforce-Schlag als unwahrscheinlich, das Nuklearpotential selbst als kaum verwundbar angesehen: Um nämlich eine gegnerische Rakete in einem Erstschlag zu treffen, mußte der Angreifer selbst eine eigene Rakete opfern. Da er aber nicht ausschließen konnte, daß ein Teil der eigenen Waffen versagen oder das Ziel verfehlen würde, hätte er in der Praxis mehr Raketen starten (und auch besitzen) müssen, als er möglicherweise Ziele hätte zerstören können; der Status quo hätte sich also für den Angreifer in jedem Fall zu seinem Nachteil verändert. Aus dieser Konstellation ergab sich zwar ein Zwang zur numerischen Parität von Zielen und Mitteln, und damit lag in ihr sicherlich auch die Ursache des nuklearen Wettrüstens. Andererseits verhinderte sie — bei einem ungefähren Gleichstand der Kräfte — gerade wegen der Gefahr der „Selbstentwaffnung“ (selfdisarming) den nuklearen Angriff.

Mit der Einführung der Mehrfachsprengköpfe (MRV) Mitte der 60er Jahre und der einzelnen programmierbaren Wiedereintrittskörper (MIRV) zu Beginn der 70er Jahre änderte sich die strategische Szene jedoch in dramatischer Weise: Zum einen funktionieren Raketen und Sprengköpfe zuverlässiger als bisher. Zum anderen können die Raketen nun ungleich mehr Sprengköpfe tragen — die POSEIDON C-3 besitzt z. B. bis zu 14 MIRV. Der potentielle Angreifer kann also zukünftig mit lediglich einer Rakete mehrere gegnerische Stellungen und Systeme vernichten. Die Gefahr der „Selbstentwaffnung“ besteht somit nicht mehr; die strategische Stabilität aus der Parität von Zielen ist aufgehoben.

Die bloße Gegenüberstellung von Nuklearmitteln und Zielen sagt allerdings noch nichts über die Counterforce-Kapazität der gegnerischen Seite im Sinne einer tatsächlichen Vernichtungsfähigkeit ihrer Waffen aus. Fragen wir also nach den Faktoren, die einer Nuklearstreitkraft die Fähigkeit zum „Counterforce“, d. h. zur Zerstörung von gehärteten Zielen oder Punktzielen verleihen. Dazu einige physikalisch-technische und mathematische Anmerkungen: Die Vernichtungswirkung einer Waffe (auf ein Ziel) wird als Letalität (lethality) oder „kill capability“ bezeichnet und mit dem Buchstaben „K“ symbolisiert. „K“ ist die Funktion aus zwei Faktoren: der Treff- oder Zielgenauigkeit (accuracy) der Waffe einerseits und ihrer Sprengkraft (yield) andererseits. Die Zielgenauigkeit wird als Streukreis-halbmesser oder „Circular Error Probability“ (CEP) wiedergegeben, eine statistische Meßgröße, die den Radius des Kreises um einen Zielpunkt (target) bezeichnet, in dem der Sprengkopf bzw. die Waffe mit einer Wahrscheinlichkeit von 50 % auftritt. Die Sprengkraft wird in Megatonnen (MT) TNT gemessen und mit dem Symbol „y“ gekennzeichnet.

Anders als eine Countervalue-Strategie, die in der Regel eine bestimmte Zerstörungsenergie für eine möglichst große Fläche anstrebt, erfordert eine Counterforce-Fähigkeit die Ausrichtung einer (möglichst) hohen Energie gegen ein sehr kleines Ziel. Da der Überdruck einer Nuklearexplosion aber mit der Entfernung vom Explosionspunkt rapide abfällt, verlangt eine Punktziel- oder Silovernichtungsfähigkeit eine hohe Treffgenauigkeit. Entsprechendes Gewicht besitzt der Faktor CEP für die Berechnung der Zerstörungskraft.

Bei der Aggregation der drei genannten Parameter Sprengkopffzahl, Sprengkraft und Ziel-

genauigkeit ist schließlich davon auszugehen, daß die Letalität einer Waffe in direkter Proportion zur Kubikwurzel aus dem Quadrat der Sprengkraft und umgekehrt proportional zum Quadrat der Zielgenauigkeit steigt. Die Formel zur Berechnung der Letalität eines einzelnen Raketensprengkopfes lautet also:

$$K = \frac{ny^{2/3}}{(CEP)^2}$$

Wird K mit der Zahl (number = n) der einzelnen Sprengköpfe multipliziert, so ergibt $K \cdot n$ die Letalität der Trägerrakete entsprechend der Gesamtzahl ihrer „warheads“. Wird das Ergebnis schließlich noch mit der Gesamtzahl der gegebenen Trägerraketen (missile = m) multipliziert, so bildet $K \cdot n \cdot m$, oder kurz $K \cdot N$, den Aggregatwert für die Counterforce-Kapazität einer Raketenstreitkraft³⁵).

Zusammenfassend können wir sagen, daß die Voraussetzung einer nuklearen Erstschlagsfähigkeit gegen militärische Einrichtungen neben einer hohen Anzahl von Sprengköpfen (mit entsprechender Sprengkraft) vor allem eine hohe „Treffgenauigkeit“ ist. Gerade dieses letzte Qualitätsmerkmal hat sich bei Systemen wie der PERSHING II, der Cruise Missile oder der sowjetischen SS-20 außerordentlich verändert: Die Treffgenauigkeit zumindest der amerikanischen Systeme soll mittlerweile bei einer Abweichung unterhalb von 30 m liegen. Die Treffgenauigkeit der SS-20 wird in der Literatur allerdings mit 100 bis 550 m Abweichung nicht zweifelsfrei ausgewiesen. Entsprechend unterschiedlich sind die Ergebnisse, die sich mit Hilfe der Letalitätsformel und auf der Basis alternativer Daten berechnen lassen: Bis zur Einführung der SS-20 im Jahre 1977 bewegte sich das Letalitätsniveau des WVO-Bestandes im LRTNF-Bereich relativ konstant auf einem Wert von ca. 150. Nach Einführung dieses Systems beginnt sich der Kräftevergleichswert erheblich zu verändern. Er springt bis 1979/80 bei 100 Raketen à 3 MIRV und je nach zugrunde gelegten Daten

- bei 50 KT und 550 m CEP auf ca. 600,
- bei 150 KT und 550 m CEP auf ca. 1 100,
- bei 50 KT und 100 m CEP bereits auf ca. 16 000,
- bei 200 KT und 100 m CEP sogar auf über 41 000.

³⁵) Abgedruckt in: Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, a. a. O. (Anm. 8), S. 11.

Der Vergleichswert der NATO beläuft sich dagegen 1979/80, nachdem er sich in den vorangegangenen Jahren durch die Einführung der

POLARIS A-3 und der POSEIDON C-3 zweimal quantitativ verändert hatte, auf einen relativ gesicherten Wert von ca. 1 300.

V. Weltkrieg wider Willen?

Welches der Einzelergebnisse dem Kräftevergleich zugrunde gelegt werden muß, kann beim derzeitigen Kenntnisstand der Qualität der SS-20 nicht entschieden werden — im Zweifelsfalle werden beide Seiten vom Worst Case ausgehen. Die Antwort würde aber auch nur eine kurze Gültigkeitsdauer besitzen. Denn wie die durchgespielten Beispiele illustrieren, scheint sich die nukleartechnologische Rüstungsdynamik nicht länger graduell, sondern exponentiell, d. h. in Sprüngen, fortzuentwickeln. Gerade diese Sprünge aber werden immer größer: Bis 1985 wird die SS-20 — günstig berechnet — die Letalität des sowjetischen LRTNF-Bestandes auf einen Wert von ca. 82 000 hochschnellen lassen. Mit den auf der NATO-Ratstagung im Dezember 1979 beschlossenen 572 PERSHING II und Cruise Missile wird die NATO — Parameter von 50 bis 400 KT und 30 m CEP zugrunde gelegt — wieder die WVO nicht nur überholen, sondern auch einen ungeheuren Relationswert zwischen 300 000 und ca. 1 Million erreichen. Einen ähnlich hohen Wert werden zukünftig nochmals die — und dies ist zu betonen: im übrigen unabhängig vom sog. Nachrüstungsbeschluß geplanten bzw. zu erwartenden — Modernisierungen der britischen, französischen und amerikanischen U-Boote der NATO erbringen.

Setzen wir nun diese Entwicklung in bezug zur herkömmlichen Abschreckungspolitik: Zum Kern des Prinzips der Abschreckung (zwischen Militärpakten) gehört es, wie wir bereits betont haben, den potentiellen Feind nicht nur zu identifizieren und seine dauerhafte Aggressionsbereitschaft zu vermuten, sondern vor allem, sich in ständiger Abwehrbereitschaft auf den schlimmsten Fall vorzubereiten. Die Versuchung, in irgendeiner Phase der im Rahmen eskalierender Aufrüstung und Umrüstung möglicherweise wechselnden Kräfteverhältnisse und Kräftevorteile zum Präventiv- oder Präemptivkrieg zu schreiten, ist deshalb für beide Kontrahenten ein ernstes Problem.

Wie unsere Berechnungen zeigen, wird aber gerade die Rüstung der 80er Jahre im TNF-Bereich stärker als je zuvor geprägt sein von der zunehmenden Eigendynamik der Nuklear-

technologie, ihrer Tendenz zu „first strike“ und „counter force“, ihrer sprunghaften, nicht exakt berechenbaren Entwicklung, dem hieraus ständig möglichen Wechsel der Kräfteverhältnisse sowie der sie begleitenden strategischen Instabilität. Im Zweifelsfalle werden die Kontrahenten zukünftig also — vom „worst case“ ausgehend — permanent mit dem Gedanken der Präemption spielen bzw. glauben, wegen der erheblich verkürzten Vorwarnzeit „launch-on-warning“ betreiben zu müssen. Mehr noch: Erstmals werden sie auch die zum Erstschlag erforderlichen Nuklearmittel besitzen, es sei denn, es kommt vorher zu erfolgreichen Rüstungsbegrenzungsmaßnahmen zwischen Ost und West.

Das an den Nachrüstungsbeschluß gekoppelte Rüstungskontrollangebot läßt allerdings Zweifel an dieser Möglichkeit aufkommen. Das Angebot lautet:

„a) Jede künftige Begrenzung amerikanischer Systeme, die in erster Linie für den Einsatz als LRTNF bestimmt sind, soll von einer entsprechenden Begrenzung sowjetischer LRTNF begleitet sein.

b) Über Begrenzungen von amerikanischen und sowjetischen LRTNF soll Schritt für Schritt bilateral im Rahmen von SALT III verhandelt werden.

c) Das unmittelbare Ziel dieser Verhandlungen soll die Vereinbarung von Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme sein.

d) Jede vereinbarte Begrenzung dieser Systeme muß mit dem Grundsatz der Gleichheit zwischen beiden Seiten vereinbar sein. Die Begrenzungen sollen daher in einer Form vereinbart werden, die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt.

e) Jede vereinbarte Begrenzung muß angemessen verifizierbar sein.“³³⁾

So bestechend das Angebot auch auf den ersten Blick sein mag, so gering sind doch seine Erfolgchancen. Restriktionen sind u. a.:

— die Anbindung an den „Nachrüstungsbeschuß“;

— die Beschränkung auf „landgestützte“ TNF (nicht enthalten sind die den Sowjets wichtigen „Forward Based Systems“ und die durch das SALT II-Protokoll nur bis 1981 begrenzten see- und luftgestützten Cruise Missiles);

— der Ausschluß der großen Zahl britischer und französischer Systeme;

— die Institutionalisierung als SALT III (ohne Ratifizierung von SALT II).

Ist also für die nächsten Jahre ein nuklearer Präemptivkrieg zu erwarten, der zwar vorbeugend und ohne eigene Absichten und „nur“ aus dem einen Grund geführt wird, dem möglichen Gegner zuvorkommen? Einem solchen „ungewollten“ Krieg mögen zwar durchaus als Katalysator noch äußere Krisen wie etwa derzeit der Afghanistan-Konflikt und/oder die persisch-irakischen Kämpfe vorangehen; das auslösende Moment — die Ursache für den Nuklearkrieg — liegt aber weniger im äußeren Anlaß als vielmehr in der inneren Logik der derzeitigen rüstungstechnologischen Tendenz. Sie läßt sich mit der Frage illustrieren: Wem fällt im Krisenfall die Prämie des Erstschlags zu?

Nicht undenkbar ist deshalb ein Szenario, in dem der Verteidigungsminister und sein Generalstabschef Mitte der 80er Jahre den Regierungschef ihrer Supermacht aufsuchen — Ort, Personen und Anrede sind austauschbar, die Frage wird stets die gleiche sein:

„Wie lautet Ihr Befehl, Genosse Generalsekretär?“

oder

„What's your order, Mr. President?“

„Wir haben alle gegnerischen Nuklearkräfte bis auf wenige U-Boote geortet. Unsere eigenen Raketen sind mittlerweile so treffgenau und zuverlässig, daß wir einen Erstschlag führen können. Und die Vorwarnzeit beträgt seit Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen in Europa nur noch 4 Minuten. Wir sind zwar friedfertig und wollen eigentlich keinen Krieg; auch müssen wir davon ausgehen, daß es dem Gegner selbst noch nach einem Erstschlag gelingt, uns ebenfalls Schaden zuzufügen. Doch wird der Schaden um ein Vielfaches höher sein, wenn nicht wir, sondern der Gegner den Erstschlag führt. Und alle Anzeichen sprechen dafür, daß er morgen einen ähnlich hohen technologischen Standard erreicht haben wird wie wir heute. Noch ist die Gelegenheit günstig.“

What's your order, Mr. President?...

Wie lautet Ihr Befehl, Genosse Generalsekretär?“

Wie werden sich die Verantwortlichen entscheiden? Droht für die 80er Jahre ein „Weltkrieg wider Willen?“ Solange sich politische Maßnahmen der Kriegsverhütung lediglich als Aufrüstung oder „Nachrüstung“ niederschlagen, so lange ist diese Frage jedenfalls *kaum* mit Bestimmtheit zu *verneinen*. Im Gegenteil: Schon heute muß davon ausgegangen werden, daß der bisherige Grad an strategischer Stabilität erst wieder durch den Verzicht — zumindest einer der beiden Seiten — auf nukleare Erstschlagssysteme hergestellt werden kann. Erst dann entfällt der Grund für das „Spielen mit der Präemption“.

Krieg oder Frieden in Europa?

Vorbemerkung

Die Begriffe Kriegsgefahr und Kriegsverhütung, bislang mehr von theoretischer Bedeutung, scheinen sich für die 80er Jahre als aktuelle Probleme unserer Politik herauszukristallisieren. Die wachsende Überlegenheit der Sowjetunion, ihr Einmarsch in Afghanistan und der Krieg zwischen Iran und Irak mit seinen bedrohlichen Auswirkungen auf die Rohstoffversorgung der Industriemächte werfen ihre Schatten auf das seit 1945 an Frieden gewohnte Europa. Die Menschen unseres Landes fragen sich voller Sorge, ob die Zeit des Wohlstandes und der Ruhe, der materiellen Anspruchserfüllung und steigender Wachstumsraten ihrem Ende entgegen geht. Besteht wirklich die Gefahr eines Krieges? Was kann und muß getan werden, um ihn zu verhindern? Mittlerweile hat die Erkenntnis an Raum gewonnen, daß Europa keine „Insel der Seligen“ mehr darstellt. Genau so wie die Entspannung unteilbar ist, können sich auch Erschütterun-

gen in Zonen außerhalb der Machtbereiche NATO — Warschauer Pakt (WP) direkt oder indirekt auf unsere Verhältnisse auswirken. Dieser globale Zusammenhang mit seinen vielschichtigen, unwägbareren Gefahren verstärkt das Gefühl der Unsicherheit. Es erscheint plötzlich denkbar, daß „Afghanistan“ sich auch bei uns ereignen könnte. Ist dem wirklich so oder kommen bei solchen Befürchtungen nur emotionale Zwangsvorstellungen zum Ausbruch?

Für die Beurteilung einer möglichen Kriegsgefahr sind zwei Bereiche zu untersuchen: 1. friedensstörende Faktoren, die sich aus dem direkten Gegensatz der beiden Machtblöcke NATO und WP in Europa ergeben könnten, und 2. Einwirkungen auf den Frieden, die aus Spannungsgebieten außerhalb Europas resultieren.

Befassen wir uns mit dem ersten Komplex.

I. Besteht Kriegsgefahr in Europa aus dem Bereich der konventionellen Rüstung?

Die Verhältnisse in Europa sind geprägt vom Gegenüber der beiden Sicherheitssysteme NATO und WP, die nicht nur Militärallianzen sind, sondern auch politische Integrationsfaktoren ihrer antagonistischen Gesellschaften verkörpern. Hier interessiert uns vornehmlich die militärpolitisch-strategische Situation. Schon ihre Ausgangsposition ist unterschiedlich.

Geostrategisch stehen die UdSSR und der WP auf der „inneren Linie“, d. h., sie können aus ihrer kontinentalen Lage heraus ihre Kräfte in jede Richtung auf Europa Nord, Mitte oder Süd dirigieren. Die NATO dagegen ist geographisch in vier unterschiedlich strukturierte Großräume aufgeteilt. Der Atlantik trennt USA/Kanada von Europa, Ost- und Nordsee grenzen Nordeuropa ab, zwischen Mittel- und Südeuropa liegen die Alpen mit den neutralen Ländern Österreich und der Schweiz. Die NATO-Anrainerstaaten des Mittelmeeres, Italien, Griechenland und die Türkei, sind jeder für sich abgetrennte Regionen ohne operati-

ven Zusammenhang, noch dazu mit internen Schwierigkeiten.

Es ist also abwegig, die Streitkräfte der NATO in Europa als ganzes dem WP gegenüberzustellen und daraus quantitative Kräftevergleiche abzuleiten. Auch die militärpolitischen Grundlagen beider Seiten sind unterschiedlich. Die NATO fußt ausschließlich auf einem Defensivkonzept zur Abwehr von Angriffen auf das Territorium ihrer Mitglieder. Sie ist daher gezwungen, ihre Streitkräfte vom Nordkap bis zum Mittelmeer zur Grenzabdeckung auf der gesamten Frontlänge zum WP auseinanderzuziehen, um einem möglichen Angriff an jeder Stelle begegnen zu können. Der WP dagegen kann nach dem Prinzip der „inneren Linie“ seine Streitkräfte gemäß den Schwerpunkten seiner Kriegsplanungen nach Belieben dislozieren und verschieben. Da das westliche Bündnis sich aus pluralistischen Gesellschaften zusammensetzt, ist eine ideologisch verbindende Theorie als gemeinsame Klammer nicht vorhanden.

Die Militärdoktrin der Sowjetunion

Die sowjetischen Streitkräfte wie auch die der WP-Partner unterliegen uneingeschränkt der Militärdoktrin der Sowjetunion¹⁾. Darunter wird die wissenschaftliche Lehre über die Art eines Krieges samt den Verfahren zur Kriegführung und die Vorbereitung auf einen Krieg verstanden. Sie resultiert aus dem Zusammenhang der staatlichen Ordnungsvorstellungen und des Gesellschaftssystems mit den Zielsetzungen der Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der wirtschaftlichen und industriellen Grundlagen mit Einfluß auf die Kriegführung sowie den geostrategischen Verhältnissen des eigenen und gegnerischen Staates.

Die Grundsätze der Militärdoktrin werden von der sowjetischen Führung verbindlich für den gesamten WP festgelegt. Damit ist der Primat der Politik, d. h. der kommunistischen Partei der UdSSR, fußend auf dem Marxismus-Leninismus, doktrinär verankert. Der Krieg wird im Gegensatz zur Beurteilung aus westlicher Denkungsart stets ideologisch-politisch begriffen und nach Zweck und Zielsetzung bewertet. In der sowjetisch-kommunistischen Vorstellung ist die kriegerische Auseinandersetzung als letztes Mittel des internationalen Klassenkampfes nach wie vor einkalkuliert, trotz aller Friedensbeteuerungen im Rahmen der Entspannungspolitik und der friedlichen Koexistenz, die parallel dazu zeitlich befristet durchaus ernst gemeint sein können. Die sowjetische Militärwissenschaft mißt einerseits den Charakter eines Krieges an ihrer ideologischen Doktrin, andererseits bildet aber auch die strategische Absicht einen wesentlichen Beurteilungsfaktor. Beide Kriterien — das politische und das militärtechnische — hängen eng zusammen. Lediglich die jeweilige Lageentwicklung bestimmt nach Nützlichkeit und Wirkung Maß und Mittel der Anwendung. Das trifft auch auf die Festlegung der Kriegsziele zu.

In einer kriegerischen Auseinandersetzung wird das übergeordnete Ziel immer die Zerschlagung oder Entmachtung des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems sein. Das kann geschehen durch Annexion seiner wesentlichen Schlüsselgebiete ohne Substanzerstörung zur späteren eigenen Nutzung, aber auch durch militärische Vernichtung des kapitalistischen Kontrahenten.

Im Gegensatz zum Westen sieht die sowjetische Militärdoktrin keine abgestufte Ein-

teilung ihres nuklearen Potentials vor. Wenn es zur schnellen Vernichtung des Gegners und zur Brechung seiner politischen Widerstandskraft notwendig sein sollte, sind Kernwaffen jeder Art — zumindest in der Theorie — ein legitimer Bestandteil sowjetischer Kriegführung.

Die Militärdoktrin geht davon aus, daß auch beim Einsatz nuklearer Waffen Krieg noch möglich ist und es Überlebende geben wird. Es ist die Aufgabe der Staatsführung, bereits im Frieden die notwendigen Vorbereitungen auf allen Ebenen zu treffen, die zur Kriegführung und zum Überleben notwendig sind. Dem Gegner muß klargemacht werden, daß Schlagkraft und militärische Überlegenheit der sowjetischen Streitkräfte so groß sind, daß keine Erfolgsaussichten für ihn bestehen. Es kann daher angenommen werden, daß in Krisenzeiten das starke nukleare und konventionelle Potential der Sowjetunion als Drohelement zur Einschüchterung und Erpressung der Gegenseite eingesetzt wird. Dieser Aspekt dürfte auch einer der Gründe für den überdimensionierten Aufbau der konventionellen Streitkräfte sein.

Mit der ausführlichen Darlegung der sowjetischen Militärdoktrin ist die Frage verbunden, ob diese Thesen eigentlich wörtlich zu nehmen oder nicht vielleicht, wie so manche kommunistischen Parolen, zu leeren Begriffshülsen erstarrt sind. Michael S. Voslensky²⁾, ein intimer Kenner der sowjetischen Verhältnisse, bezweifelt die ideologische Überzeugungstreue der Führungsschicht. Für ihn ist der lautstarke Sowjet-Patriotismus nur eine Tarnung, hinter der sich der Großmacht-Chauvinismus der „Nomenklatura“ verbirgt. Ähnlich äußern sich andere Rußland-Kenner. Trifft dies auch für die Militärdoktrin zu? Diese Theorie entspricht zwar als ein in sich geschlossenes Gebäude durchaus der Denkweise hartgesottener Militaristen, läßt andererseits aber auch genügend Spielraum für pragmatisches Verhalten zu. Bei der Einschätzung eines nuklearen Krieges wird dies deutlich. Die Erfahrung hat gezeigt — z. B. im Verlauf der Kuba-Krise —, daß die sowjetische Führung ihre Risikobereitschaft nicht überstrapaziert. Die kühlen Rechner im Kreml wissen sicher die Theorie der Militärdoktrin von den realen Auswirkungen eines nuklearen Schlagabtausches zu unterscheiden, zumal sie nicht hoffen können, durch eindeutige Überlegenheit die Option eines erfolgreichen Erst-

¹⁾ W. D. Sokolowski, Marschall der Sowjetunion, und Autorenkollektiv, Militärstrategie, Köln 1969.

²⁾ Michael S. Voslensky, Nomenklatura — die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien 1980.

schlages zu erreichen. Wenn sie es auch aus Gründen ideologischer Propaganda und ihres eigenen Machtpostulats nicht allzu laut zugeben, so beweist doch ihre Politik, daß sie das Prinzip der Abschreckung respektieren; man sollte hinzufügen, solange es für sie glaubwürdig bleibt.

Man muß allerdings auch bedenken, daß die Militärdoktrin für alle WP-Streitkräfte einheitliche Denkschemen vermittelt und den davon betroffenen Menschen Überlegenheit und Siegeszuversicht suggerieren soll.

Das strategische Konzept der Sowjetstreitkräfte

Das strategische Konzept der Sowjetstreitkräfte, basierend auf der Militärdoktrin, legt die Grundsätze fest, die im Falle eines Krieges gelten und auf die hin im Frieden die Streitkräfte auszubilden und zu rüsten sind. Nur die militärische Überlegenheit aller Teile garantiert den Sieg. Sie ist Voraussetzung für die Freiheit des strategischen Handelns in allen möglichen Kriegsabläufen, wobei es keinen Unterschied zwischen der konventionellen und nuklearen Komponente gibt.

Das strategische Grundprinzip der Sowjetführung ist das offensive Handeln. Nach dieser Auffassung ist von den beiden strategischen Hauptkriegshandlungen, der Offensive und der Defensive, der ersteren stets der Vorzug zu geben. Nur durch die Offensive kann dem Gegner eine vernichtende Niederlage beigebracht werden, falls er es wagen sollte, einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu führen. Das strategische Konzept geht daher stets von einem westlichen Angriff aus, gegen den als Reaktion eigener Selbstbehauptung die „Fortsetzung der Verteidigung auf dem Territorium des Gegners“ gefordert wird. Damit ist nichts anderes gemeint als der Angriff über die westlichen Grenzen der WP-Staaten hinaus. Hier wird deutlich, wie sehr die ideologischen Zwangsvorstellungen der Militärdoktrin das Denken sowjetischer Strategen beeinflussen. Obgleich ihnen bewußt sein sollte, daß nach dem Defensivkonzept der NATO jeder Angriff über die bestehenden Grenzen hinweg völlig unmöglich ist, wird die Fiktion des „aggressiven Kapitalismus“ stereotyp aufrechterhalten, weil es die Ideologie verlangt.

Kräftevergleichsproblematik und Bedrohungsanalyse für den konventionellen Bereich

Es bleibt zu prüfen, ob die realen Verhältnisse die Zielsetzungen des strategischen Konzepts

auch zulassen. Dazu ist ein Kräftevergleich der Rüstungen beider Seiten notwendig, aus dem der Grad der Bedrohung erkennbar wird. Während jedoch im Westen zahlreiche Einzelheiten des militärischen Komplexes veröffentlicht und kommentiert werden, ist dies im Osten nicht der Fall. Eine uns übertrieben vorkommende Geheimhaltung und Zensur setzt einer Analyse der Bedrohung daher erkennbare Schranken.

INHALT

Vorbemerkung

- I. Besteht Kriegsgefahr in Europa aus dem Bereich der konventionellen Rüstung?
Die Militärdoktrin der Sowjetunion
Das strategische Konzept der Sowjetstreitkräfte
Kräftevergleichsproblematik und Bedrohungsanalyse für den konventionellen Bereich
Kriegsgefahr durch Überraschungsangriff des WP?
Schwächen der NATO an ihren Flanken und in Mitteleuropa
Beurteilung der konventionellen Kriegsführungsfähigkeit von NATO und WP
- II. Kriegsgefahr durch Veränderung des nuklearen Gleichgewichts?
Der interkontinental-strategische Bereich
Die euro-strategischen Nuklearwaffen
Eine neue Nuklearstrategie der USA?
Beurteilung der Gesamtabschreckung für Europa
- III. Droht Kriegsgefahr außerhalb Europas?
Die indirekte Strategie der Sowjetunion
- IV. Friedenssicherung und Krisenbeherrschung
- V. Abrüstung und Rüstungsbegrenzung
- VI. Eine „Europäische Verteidigungs-Union“ — ein zusätzlicher Weg zur Krisenbeherrschung und Kriegsverhütung

Die westlichen Haushaltsveröffentlichungen schlüsseln exakt alle militärischen und zivilen Posten auf. Die kommunistischen Staaten geben nur Pauschalzahlen bekannt, denen die Zuordnung von Grenzbereichen wie Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Raketenprojekte für die Weltraumfahrt, die auch für militärische Zwecke gedacht sind, nicht zu entnehmen ist. Diese versteckten Rüstungsausgaben außerhalb des sowjetischen Militärbudgets machen nach westlicher Schätzung beträchtliche Summen aus.

So wurden für 1976 für das Verteidigungsbudget der UdSSR offiziell nur 17,6 Milliarden Rubel ausgeworfen, während die tatsächlichen Aufwendungen auf 55–60 Milliarden Rubel geschätzt wurden³⁾. Ein weiterer entscheidender Unterschied ergibt sich aus der Währungs- und Inflationsentwicklung. In einer Planwirtschaft mit gelenkten Preisbedingungen entsprechen die Berechnungsgrundlagen nicht denen in marktwirtschaftlich orientierten Ländern. Die den Rüstungsbereich beeinflussenden Ausgaben für Investitionen, Löhne und Gehälter, Rohstoffbeschaffung, kurz alle Gestehungs- und Betriebskosten, sind nur schwer auf eine gleiche Ausgangsbasis zu projizieren. So stößt ein objektiv korrekter Vergleich allenthalben auf Schwierigkeiten. Er kann also stets nur Annäherungswerte liefern.

Trotzdem darf auf einen Kräftevergleich nicht verzichtet werden, da meßbare Unterlagen Voraussetzung für die Beurteilung der militärischen Fähigkeiten sind. Man sollte sich jedoch gleichermaßen davor hüten, aus rein numerischen Zahlenvergleichen eine erdrückende Bedrohungsanalyse zu konstruieren und aus der Überbetonung angenommener Qualitäts- und Technologievorsprünge des Westens in leichtfertige Sorglosigkeit zu verfallen⁴⁾.

Beide Paktsysteme verfügen über Waffen, die gleiche Funktionen erfüllen und nach dem technologischen Stand, vor allem bei den Landstreitkräften, sich in ihrer Qualität etwa die Waage halten. Lediglich bei der Luftwaffe und bei Teilen der Marine kann man einen technologischen Vorsprung des Westens annehmen.

Damit gewinnt das Verhältnis der Streitkräfte-Quantitäten zueinander an Bedeutung. Entgegen einer oft geäußerten Meinung kann man durchaus die Divisionen und Armeen beider Seiten als Bezugsgrößen gegenüberstellen, da ihre Organisationsform und Kampfkraft sich im großen ganzen entsprechen. Es kommt dabei nicht so sehr auf die Stärke des Personals an, die bei den NATO-Divisionen größer ist, als vielmehr auf die Anzahl der das Gefecht entscheidenden Waffensysteme. Aufseiten der NATO stehen in Mitteleuropa zwischen Ostsee und Alpen auf deutschem Boden

ca. 22 Divisionen bereit⁵⁾, die im Ernstfall nach einer Mobilmachung durch Truppen aus den europäischen Heimatländern um vier Divisionen verstärkt werden können. Dazu kommen noch im Rahmen der Luftüberführungsaktion REFORGER ca. zwei US-Divisionen, so daß die Maximalstärke der NATO für den mitteleuropäischen Abschnitt nach erfolgtem Aufmarsch für die erste Kriegsphase ca. 28 Divisionen beträgt. Zusätzlich stehen nach Anforderung durch die NATO-Kommandobehörden die sechs Heimatschutz-Brigaden des deutschen Territorialheeres für die Vorneverteidigung zur Verfügung, die dann allerdings im rückwärtigen Heimatgebiet fehlen. Die französischen Streitkräfte, mit einem Korps aus drei Divisionen im südwestlichen Deutschland stationiert, können hierbei nicht mitgezählt werden, da sie nicht dem NATO-Befehl unterliegen.

Alle NATO-Truppen, außer der 7. US-Armee, sind von der Zuführung eines hohen Reservistenanteils nach einer Mobilmachung abhängig. Sie benötigen daher eine Anlaufzeit, um die volle Einsatzbereitschaft herstellen zu können. Unter diesem Aspekt erscheint ein östlicher Überraschungsangriff ohne ausreichende Vorwarnzeit als ein Alpdruck für die NATO-Planer. Ob ein solcher Angriff allerdings wahrscheinlich ist, soll noch untersucht werden.

Insgesamt verfügen diese 28 NATO-Divisionen über ca. 6 500 Kampfpanzer, wenn einmal dieses Waffensystem als Symbol der Kampfkraft besonders herausgestellt werden soll. Tatsächlich jedoch ist „das Gefecht der verbundenen Waffen“, also das Zusammenwirken von Kampfpanzern, Schützenpanzern und Panzerabwehr mit Artillerie, Pionieren, Fla-Panzern und Hubschraubern als entscheidendes Bewertungskriterium für den modernen Kampf ablauf anzusehen. Die westlichen Luftwaffen kommen auf ca. 1 800 Kampfflugzeuge, die im Ernstfall allerdings beträchtlich durch Verstärkungen aus den USA ergänzt werden können, wenn die dafür notwendigen zusätzlichen Landkapazitäten, Versorgungs- und Instandsetzungsdienste verfügbar sind, was nicht überall der Fall ist.

Der Warschauer Pakt stellt sich demgegenüber ungleich stärker dar. In der DDR, CSSR und Polen stehen allein 26 sowjetische Divisionen⁶⁾, deren strategische Stoßrichtung über

³⁾ Andreas von Bülow, Problematik eines Ost-West-Kräftevergleichs, in: Sozialdemokratische Sicherheitspolitik, Ausgabe 3/4, 1977, S. 11.

⁴⁾ Wolfgang Schöppe, Die Überlegenheit der Zahl im Gefecht. Gedanken zum Verhältnis von Qualität und Quantität, in: Europäische Wehrkunde, Heft 10/1977.

⁵⁾ The Military Balance 1980/81, The International Institute for Strategic Studies, London 1980.

⁶⁾ The Military Balance 1980/81, IISS, London 1980.

die Bundesrepublik nach Westen zielt. Der Einsatz der Südgruppe der sowjetischen Truppen in Ungarn mit derzeit 4 Divisionen ist sowohl nördlich der Alpen über Österreich in die Südflanke Bayerns wie auch gegen Jugoslawien oder Griechenland möglich. Bei der militärischen Lagebeurteilung Mitteleuropas sollten sie mit einbezogen werden. Den sich dann ergebenden 30 Sowjet-Divisionen stehen 37 nationale Divisionen der nicht-sowjetischen WP-Mitglieder zur Seite, einschließlich Ungarn; das macht dann insgesamt 67 Divisionen mit ca. 22 000 Kampfpanzern im westlichen Vorfeld der UdSSR, die von den WP-Luftwaffen mit ca. 3 200 Kampfflugzeugen unterstützt werden.

Hinter dieser 1. Strategischen Staffel stehen 33 Divisionen in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion — Baltikum, Weißrußland und Karpaten — mit 8 500 Panzern und 1 100 Flugzeugen als 2. Strategische Staffel.

Von den auf Gesamteuropa ausgerichteten 179 Divisionen des WP sind demnach 100 Divisionen (= 56%) auf den mitteleuropäischen Abschnitt angesetzt. Die Gegenüberstellung in diesem Raum ergibt ein Verhältnis von:

	NATO	WP	
Divisionen	28	100	1:3,6
Kampfpanzer	6 500	ca. 30 000	1:4,6
Kampfflugzeuge	1 800	ca. 4 300	1:2,4

Das quantitative Ungleichgewicht der konventionellen Land/Luftstreitkräfte zugunsten des WP, das in den letzten zehn Jahren ständig zugenommen hat, ist damit offenkundig — ein Beweis auch für die Interpretation der Entspannungspolitik durch die Sowjetunion, die keinesfalls als Herabsetzung der Rüstungen verstanden wird. Die Analyse der inneren Struktur der sowjetischen Großverbände ergibt darüber hinaus Verstärkungen nach Waffen und Personal, bei den Kampftruppen um ca. 40 %, bei der Artillerie und den schweren Waffen sogar um 60 %. Die Anstrengungen im Bereich der chemischen Kriegführung sind ebenfalls nicht zu übersehen.

Eine beachtliche Ausweitung der militärischen Effizienz des WP entsteht durch die Einbeziehung seiner paramilitärischen Organisationen in die bewaffnete Macht. Die DDR verfügt über die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ mit ca. 400 000 Mann⁷⁾ (nach „The Military Balance 1980/81“, IISS London, sind es sogar 500 000). Diese Kampfgruppen bilden zusam-

men mit der Zivilverteidigung einen schlagkräftigen Bestandteil der straff gegliederten Gesamtverteidigung der DDR. Neben ihren ortsgebundenen Sicherungsorganen verfügen sie über ca. 200 motorisierte Bataillone, militärisch gegliedert und mit leichten und schweren Infanteriewaffen ausgerüstet. Die Kampfgruppen-Organisation ist nicht nur die Basis der Territorialverteidigung, sondern vornehmlich auch als Parteiarmee der SED ein Instrument zur Disziplinierung und Militarisation des öffentlichen Lebens.

In der CSSR umfaßt die Volksmiliz 120 000, in Polen die Arbeitermiliz 350 000 und in Ungarn 60 000 Mann⁸⁾. Alle diese Territorialverbände halten der kämpfenden Front den Rücken frei, dienen also zusätzlich der Erhöhung ihrer Kampfkraft.

Allerdings ist die Einsatzbereitschaft der WP-Streitkräfte im Frieden nicht durchgehend gleich. Bei einer Einteilung in drei Kategorien von voll präsenten Verbänden im westlichen Vorfeld der UdSSR bis zu teilaufgefüllten Kadertruppenteilen in Rußland selbst ist eine Mobilmachung bei zunehmender Spannung nicht zu umgehen.

In Fachkreisen hält man ein Kräfteverhältnis vom Verteidiger zum Angreifer von 1:3 noch für tragbar. Das gilt aber nur auf dem Gefechtsfeld und nicht im strategisch-operativen Bereich. Eine sowjetische Angriffsplanung großen Stils wird Schwerpunkte für ihre Operationen der „kühnen Stöße“ setzen. Sie sind vom Gelände, von der Einschätzung des gegenüberliegenden Feindes wie von der Erfolgsbeurteilung für den erwünschten schnellen Durchbruch abhängig. Die Kräftestaffelung in der Tiefe entspricht dieser Führungsabsicht. An weniger wichtigen Frontabschnitten wird es lediglich zur Fesselung des Gegners kommen; dazu genügen Stärkeverhältnisse von 1:1 oder 1:1,5, während in den entscheidenden Stoßrichtungen auf schmalen Gefechtsstreifen tiefgestaffelte Angriffsverbände im Verhältnis von 1:5 oder mehr antreten können.

Das hat für die NATO eine permanente Abnutzung der Abwehrkräfte ohne ausreichende Auffrischung zur Folge, da Reserve-Brigaden oder Reserve-Divisionen nicht ausreichend vorhanden sind, während der WP ständig frische Staffeln nachführen kann. Damit ist in relativ kurzer Zeit der Gefechtswert des Verteidigers so geschwächt, daß mit dem Zusam-

⁷⁾ Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, DDR-Handbuch, Köln 1979.

⁸⁾ The Military Balance 1980/81, IISS, London 1980.

menbruch seiner Abwehr zu rechnen ist. Unter diesen Umständen sind technologische Qualitätsvorsprünge, sofern sie sich überhaupt auswirken, nur in der ersten Gefechtsphase von Bedeutung. Durch die nach und nach immer dünner werdende Front drückt die überlegene Masse, unterstützt durch taktische und operative Luftlandungen im Rücken der vorn kämpfenden Truppen, weiter vor und erringt Erfolge.

Damit ist die oft gehörte Behauptung, daß eine höhere Qualität der NATO-Waffensysteme die quantitative Überlegenheit des WP ausgleicht, nur sehr bedingt richtig. Das trifft vor allem auch für die Panzerabwehr der NATO, speziell des deutschen Heeres, zu. Es trifft zu, daß ihre Wirkung durch Einführung einer neuen Generation von Panzerabwehrraketen mit großer Reichweite und ausgezeichnete Treffsicherheit erheblich zugenommen hat. Andererseits sind auf jedem der ca. 10 000 Schützenpanzer der motorisierten Infanterie des WP zwei Panzerabwehrwaffen, eine Rakete und eine leichte Kanone, installiert, die zur Bekämpfung des gepanzerten NATO-Potentials beitragen, ungeachtet der zusätzlichen Spezialpanzerabwehrkanonen. Die massive Verstärkung der WP-Artillerie ist gleichfalls als Antwort auf die erhöhte Panzerabwehrfähigkeit der NATO anzusehen. Diese wechselseitigen Beziehungen innerhalb der Waffensysteme zeigen, wie einseitig die besondere Herausstellung des Panzers als Träger der Kampfkraft ist und wie schnell technologischer Fortschritt durch Maßnahmen des Gegners neutralisiert werden kann.

Die Grundlage für die Effektivität von Streitkräften ist die Ausbildung der Truppe. Bei einer Wehrdienstdauer in der Sowjetunion und den anderen WP-Staaten von zwei Jahren — lediglich in der NVA der DDR beträgt sie 18 Monate — dürfte die Zeit ausreichen, um alle Funktionen einer technischen Armee in den Griff zu bekommen. Dabei ist die vormilitärische Ausbildung und Erziehung in den kommunistischen Jugendorganisationen und speziellen Vereinigungen als zusätzliche Hilfe zu werten. In der NATO liegt, außer bei den Berufs- und Freiwilligenarmeen der USA, Großbritanniens und Kanadas, die Dienstzeit der übrigen Verbündeten zwischen 9 bis 15 Monaten und damit erheblich unter dem Niveau der WP-Staaten. Eine vormilitärische Ausbildung fehlt natürlich ganz.

Ob allerdings im WP die Führungsqualität des unteren und mittleren Offizierkorps den ehrgeizigen militärischen Zielsetzungen wage-

mutiger Angriffsoperationen standhält, ist zu bezweifeln. Die dafür erforderliche Auftrags-taktik, stets mit persönlicher Risikobereitschaft gekoppelt, steht zumindest im Gegensatz zur kommunistischen Reglementierung „von oben“.

Die Frage nach dem Verhalten im Kriegsfall und der inneren Einsatzbereitschaft ist schwierig zu beantworten. Die WP-Staaten besitzen sehr viel Gegensätzlichkeit aus nationaler Sicht untereinander wie auch im Verhältnis zur Sowjetunion. Es ist wenig wahrscheinlich, daß sich die Masse der tschechischen, polnischen, ungarischen und deutschen Soldaten der NVA voller Begeisterung für die Sowjetunion schlagen wird. Trotzdem kann angenommen werden, daß im Falle einer militärischen Auseinandersetzung mit dem Westen die Geschlossenheit des WP solange anhält, wie der Erfolg auf seiner Seite ist.

Man darf auch nicht die vom Osten meisterhaft beherrschte *subversive Kriegführung* vergessen, die vor allem in den *rückwärtigen Heimatgebieten* der NATO zu Lähmungen führen und mit Terror- und Sabotageakten hysterische Angstpsychosen bei der Bevölkerung hervorrufen kann, mit der Folge weiterer Herabsetzung des an sich schon schwach entwickelten Verteidigungswillens.

Kriegsgefahr durch Überraschungsangriff des WP?

Als besondere Kriegsgefahr wird oft ein *Überschungsangriff* der WP-Streitkräfte „aus dem Stand“ angesehen. Der belgische General Close⁹⁾ und der britische General Hackett¹⁰⁾, ehemaliger Oberbefehlshaber der NATO-Heeresgruppe Nord in Deutschland, haben ihn dramatisch dargestellt, sich dabei allerdings eindeutig von Vorstellungen des Zweiten Weltkrieges leiten lassen. Dennoch ist die Wahrscheinlichkeit eines Überraschungsangriffs gering, da trotz aller Geheimhaltungsbestrebungen einzelne dafür typische Vorbereitungen nicht zu tarnen sind.

Die Truppen des WP können allerdings, wie oft und auch zu Recht angenommen wird, ihre Kriegsvorbereitungen durch verstärkte Gefechtsübungen und Manöver verschleiern, zumindest wäre der operative Aufmarsch, der logistische Unterbau und die Herstellung der Gefechtsführungsbereitschaft von Heer und

⁹⁾ Robert Close, Europa ohne Verteidigung?, Bonn 1977.

¹⁰⁾ Sir John Hackett, Der Dritte Weltkrieg, Goldmann TB, Bd. 3865, 1979.

Luftwaffe unter diesem Deckmantel durchzuführen. Man sollte allerdings die Möglichkeiten der NATO nicht für so gering einschätzen, daß sie dies nicht feststellen und mit abschreckenden Gegenmaßnahmen beantworten könnte.

Die politische Gesamtsituation müßte sich ebenfalls in einer Form verschlechtert haben, die Befürchtungen dieser Art wahrscheinlich macht. Durch die elektronische Aufklärung — auch durch Satelliten — sowie durch Nachrichtendienste und sonstige Kontakte kann wohl immer mit einer „politischen Vorwarnzeit“ gerechnet werden, wenn auch im ungünstigsten Falle nur von kurzer Dauer. Die Frage ist nur, welche Konsequenzen daraus gezogen werden, vor allem, ob die Politiker frühzeitig die notwendigen Gegenmaßnahmen einleiten. Ein zögerndes Verhalten mit übertriebener Rücksichtnahme auf mutmaßliche sowjetische Empfindlichkeiten kann aus der Sicht der NATO gefährlich werden, da Zeit verschenkt wird und die andere Seite durch Unterschätzung der westlichen Entschlossenheit zu *Fehlkalkulationen* veranlaßt werden könnte. Erst nach einer Erhöhung der militärischen Bereitschaft sind de-eskalierende Maßnahmen ohne Sicherheitsgefährdung möglich. Die Gefahr eines Überraschungsangriffs in Mitteleuropa ist daher bei entschlossener Reaktion auf westlicher Seite als wenig wahrscheinlich anzusehen.

Schwächen der NATO an ihren Flanken und in Mitteleuropa

Die Situation an den *Flanken der NATO* im Norden wie im Süden ist weitaus beunruhigender als in der Mittelzone. Die schwachen Heeresverbände Norwegens und Dänemarks sind kaum in der Lage, bei militärischen Operationen der Sowjetunion ernsthaft Widerstand zu leisten, wenn sie nicht frühzeitig von herangeführten Unterstützungskräften aus anderen NATO-Ländern verstärkt werden. Der strategische Schwerpunkt liegt im Norden ohnehin auf der See- und Luftkriegführung. Von dem zu einem der größten Flottenstützpunkte der Welt ausgebauten Hafen Murmansk aus operiert die sowjetische Nordflotte mit ihrem hohen U-Boot-Anteil, um die Seeverbindungen zwischen Nordamerika und Europa zu zerschneiden.

Der unbefriedigende Zustand der NATO an der Südflanke ist seit langem bekannt. Die Probleme sind sowohl politischer als auch militärischer Art: Die NATO-Partner Griechenland und Türkei stehen sich seit Jahren feind-

selig gegenüber; die wirtschaftliche und politische Lage der Türkei ist besorgniserregend; die Situation in Italien ist kaum besser. Der einzige Rückhalt der NATO im Mittelmeer ist die 6. US-Flotte mit ihrem respekteinflößenden Potential an Kriegsschiffen, Flugzeugträgern und Kampfflugzeugen. Demgegenüber ist der sowjetische Marineverband der Eskadra unterlegen, da ihm auch ein ausreichendes logistisches Stützpunktsystem an der Mittelmeerküste fehlt. Die NATO-Flanken sind ohne Zweifel als die schwächsten Stellen im westlichen Sicherheitsgebäude anzusehen, die besonders bei fortgesetzter politischer Instabilität zu einer Aushöhlung der Allianz führen können. Andere Mängel treten hinzu: So geht zwar das Abwehrkonzept der NATO für Mitteleuropa richtigerweise von der Vorneverteidigung als unabdingbare Notwendigkeit aus, um das eigene Territorium so weit östlich wie möglich gegen Feindangriffe zu schützen. Leider kommt dabei die in nationale Verantwortung fallende Gesamtverteidigung mit Zivilverteidigung und Katastrophenschutz zu kurz, obgleich gerade in der Bundesrepublik das funktionierende Zusammenwirken aller mit der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit befaßten Organe von besonderer Bedeutung ist. Dazu gehört auch der Schutz der Zivilbevölkerung gegen Kriegseinwirkungen, vordringlich in den Grenzgebieten. Es trägt nicht zur Glaubwürdigkeit unseres Verteidigungskonzepts bei, daß in der gesamten Bundesrepublik nur für 1,8 Millionen Menschen Schutzräume zur Verfügung stehen, also nur für ca. 3% der Bevölkerung.

Alles in allem bedarf die konventionelle Komponente der NATO-Verteidigung erheblicher Verbesserungen, wenn sie ihren Abwehrauftrag erfüllen soll, und zwar die Bildung von Reserve-Brigaden für die Vorneverteidigung und Territorialverteidigung, die Stärkung des Territorialheeres durch vermehrten Einsatz von Reservisten, die Verteidigung der Grenzgebiete statt der Preisgabe von Gelände durch Verzögerungsoperationen.

Beurteilung der konventionellen Kriegführungsfähigkeit von NATO und WP

Trotz aller notwendigen Verstärkungen der konventionellen Streitkräfte wird die NATO aus vielerlei Gründen auf dieser Ebene nie mit dem WP gleichziehen können. Das ist an sich auch nicht erforderlich, da sonst der Wille zur konventionellen Abwehr zu Lasten der nuklearen Abschreckung überbewertet werden könnte. Die NATO-Verbände haben lediglich

der Kriegsführungsfähigkeit für eine begrenzte Zeit zu dienen und müssen nach Umfang und Kampfkraft so stark sein, daß sie die Verteidigung vorn an der Grenze und in der Heimat mit Aussicht auf Erfolg führen und einen schnellen Vorstoß des Angreifers in die Tiefe des NATO-Territoriums verhindern können. Wenn man die *konventionellen Streitkräfte von NATO und WP* gegenüberstellt, muß man zu dem Schluß kommen, daß der WP die militärische Fähigkeit besitzt, in Europa jede Art von Krieg zu führen, ohne damit allerdings eine politische Absicht zu präjudizieren. Nach Umfang und Rüstung ist er der NATO eindeutig überlegen. Würde ein Krieg nur mit konventionellen Mitteln ausgetragen, hätte die NATO im jetzigen Zustand keine Erfolgschancen.

Es wäre allerdings voreilig, aus der Tatsache der konventionellen Überlegenheit des WP und der aufgezeigten Mängel der NATO eine akute Kriegsgefahr für Europa abzuleiten. Im nuklearen Zeitalter ist die konventionelle Komponente nur ein Teil, wenn auch ein sehr wesentlicher, des gesamten militärischen Machtpotentials.

II. Kriegsgefahr durch Veränderung des nuklearen Gleichgewichts?

Die Rolle der nuklearen Waffen ist in den letzten Jahren, vor allem im europäischen Bereich, vermehrt Gegenstand besorgter Diskussionen gewesen. Die Sensibilität ist auf diesem Gebiet naturgemäß besonders groß, zumal auch der Abschreckungsmechanismus größtenteils als Geheimnis militärpolitischer Experten in intellektueller Exklusivität angesehen wird — Grund genug für viele, mißtrauisch zu sein und das Schlimmste zu befürchten. Dabei vergißt man oft, daß auch ein demokratischer Staat seine militärischen Planungen und die technischen Daten seiner Waffensysteme geheimhalten muß. Dennoch ist die Frage legitim, ob Um- und Nachrüstungen im nuklearen Feld zwangsläufig zu erhöhter Kriegsgefahr führen.

Es wird oft behauptet, daß ein gegenseitiges Hochschaukeln im Rüstungswettlauf theoretisch zu einer temporären Überlegenheit einer Seite führen könnte, die es ihr geraten sein ließe, mit einem Überraschungsschlag das gesamte Potential des Gegners zu vernichten. Gegen dieses „Präventiv-Denken“ sind erhebliche Bedenken anzumelden. Aus technischer Sicht müßte die Garantie gegeben sein, daß mit einem Erstschlag aber auch wirklich alle nuklearen Gegenwaffen ausgeschaltet werden können. Würde nur ein Teil überdauern, wäre

Darüber stehen die nuklearen Waffen mit ihrer entscheidenden Abschreckungspotenz als friedenssicherndes Element. Vielerorts wird die Abschreckung als theoretischer Begriff zwar bejaht, aber die Bereitstellung von Mitteln zur Kriegführung mit den damit zusammenhängenden Vorbereitungen auf den Ernstfall als suspekt angesehen. Abschreckung ist dagegen nur wirksam, wenn in allen Bereichen ein Höchstmaß an militärischer Kriegsführungsfähigkeit mit dem politischen Willen zu ihrer Anwendung für die eigene Verteidigung gekoppelt ist. Je stärker die Widerstandskraft der konventionellen Streitkräfte, desto geringer der Zwang zur Eskalation. Wer also die Anhebung der Atomschwelle will, muß für die Stärkung der konventionellen Kampfkraft eintreten. Wird ein bestimmtes Limit unterschritten, besteht die Verlockung für den Gegner, in einem Blitzkrieg vollendete Tatsachen zu schaffen und die nuklearen Eskalationsdrohungen zu unterlaufen.

Die NATO hat dafür zu sorgen, daß eine solche Lage nicht eintritt.

das Risiko der eigenen Vernichtung durch die verbleibenden Gegenschlagskapazitäten viel zu groß und könnte alle Erfolgsberechnungen nuklearer Präventivoperationen nicht aufwiegen.

Umfang und Art der Nuklearwaffen geben jedoch *keiner Seite die Chance eines vernichtenden Erstschlages*. In der Fachliteratur¹¹⁾ finden sich ausreichende Unterlagen mit den Wirkungsfaktoren der vorhandenen Nuklearwaffen, die diese These erhärten. Daran ändert auch eine Modernisierung der Waffensysteme oder ein gesteigerter Rüstungswettlauf nichts. Außerdem sollte auch der moralische Aspekt nicht außer acht gelassen werden, der das westliche Denken bestimmt. Ein nuklearer Erstschlag als Präventivmaßnahme durch die USA steht danach außerhalb der Diskussion, nicht nur wegen des Defensivcharakters des NATO-Vertrages, sondern auch wegen der ethisch-moralischen Grundhaltung der amerikanischen Öffentlichkeit. Schließlich lehnte bereits während des Korea-Krieges der Präsident kategorisch den Einsatz von Atomwaffen ab, obgleich die USA damals noch die eindeutige Überlegenheit auf diesem Gebiet hatten.

¹¹⁾ Gert Krell / Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1980.

Die Gefahr eines „Druckknopfkrieges“, ausgelöst durch die USA, wird daher weder durch Fortschritte in der Waffentechnologie verstärkt, noch ist sie überhaupt akut.

Der interkontinental-strategische Bereich

Im interkontinental-strategischen Bereich herrscht bereits eine Patt-Situation, die durch SALT II, wenn das Übereinkommen ratifiziert oder stillschweigend als Richtschnur akzeptiert werden sollte, auch vertraglich festgeschrieben ist. Danach sind beiden Seiten 2250 Trägersysteme zugestanden, bestehend aus verbunkerten Interkontinentalraketen, seegestützten Raketen auf U-Booten und Fernbomben unterschiedlicher Menge. Wenn es auch theoretisch möglich wäre, die in Raketensilos fest installierten Interkontinentalraketen (ICBM) auf einen Schlag auszulöschen, so blieben immer noch die seegestützten Raketen (SLBM) auf U-Booten und ein Teil der Fernbomber mit Atomwaffen übrig. Auf den Weltmeeren und in der Luft ist eine Totalvernichtung ausgeschlossen. Diese nicht zu treffende Gegenschlagskapazität hat ein derart hohes Zerstörungsvolumen, das über die Risikobereitschaft der Sowjetunion hinausgehen und sie daran hindern dürfte, den strategischen Erstschlag auszulösen.

Die Entwicklung der Mehrfachgefechtsköpfe (MIRV) hat einen neuen Aspekt in die Nukleardiskussion gebracht, da trotz Limitierung der Trägersysteme mit ihrer Hilfe eine höhere Vernichtungskraft ins Ziel befördert werden kann. Der Anreiz, auf diesem Wege fortzuschreiten, ist also groß und wird unweigerlich zu weiteren Steigerungen führen.

Man muß aber auch bedenken, daß bei Verlust eines Trägers stets ein mehrfaches an MIRV mit verloren geht und damit das Gesamtverhältnis beeinträchtigt wird. Ein US-Poseidon-U-Boot mit 16 SLBM zu je 10 MIRV besitzt z. B. 160 Gefechtsköpfe, die auf einen Schlag verloren gehen, wenn das Boot versenkt wird. Der derzeitige Bestand an Gefechtsköpfen aller Art wird für die USA mit ca. 9500 gegenüber ca. 5500 der Sowjetunion¹²⁾ angegeben. Für 1985 belaufen sich die Schätzungen auf 12000:10000; es wird also davon ausgegangen, daß die UdSSR durch erhöhte Anstrengungen den jetzt noch bestehenden Vorsprung der USA aufholen will. Die Fragwürdigkeit eines solchen Rüstungswettlaufs bei den bereits vorhandenen übergroßen Vernichtungskapazitäten liegt auf der Hand, zumal sich dadurch am

politischen Charakter der Nuklearwaffen nichts ändert. Ihr tatsächlicher Einsatz im vorhandenen Umfang würde schon jetzt die totale Zerstörung beider Seiten bedeuten und ist daher unwahrscheinlich; dies schließt allerdings nicht aus, daß mit Atomwaffen gedroht und erpreßt wird — eben als „Stil“-Mittel der Politik.

Die euro-strategischen Nuklearwaffen

Im Bereich der Mittelstreckenraketen besteht bei ca. 300 Trägersystemen der USA/Großbritannien zu ca. 1350 der Sowjetunion ein Verhältnis von 1:4,5, einschließlich Frankreichs mit seinen 130 Raketen, U-Booten und Bombern ein Verhältnis von 1:3,1¹³⁾. Im Prinzip würde auch hier der politische Abschreckungscharakter vorherrschen, wenn nicht durch Modernisierung und Substanzveränderung auf sowjetischer Seite die Gefahr eines realen militärischen Einsatzes bestände.

Nun ist eine Modernisierung durch Weiterentwicklung der Technologie eine zwangsläufige Sache, denn jede Seite ist normalerweise bestrebt, den Wirkungsgrad ihrer Waffen zu verbessern. Die Diskussion hat sich vornehmlich an der sowjetischen Mittelstreckenrakete SS-20 und dem Fernbomber TU-22 (NATO-Jargon: Backfire) entfacht. Die SS-20 besitzt einen Mehrfachgefechtskopf mit drei getrennt steuerbaren Ladungen und eine größere Treffgenauigkeit als ihre Vorgängerin. Mit einer Reichweite von ca. 5000 km kann sie ganz Europa und den Mittelmeerraum abdecken. Entscheidend jedoch ist, daß sie durch ihre Mobilität kaum zu orten ist. Zur Zeit sollen 150 bis 160 SS-20 bereits im Betrieb sein mit einer jährlichen Zuwachsrate von 50 Stück. Der Backfire-Bomber mit einer normalen Reichweite von ca. 5000 km, die auf strategische Entfernungen erhöht werden kann, hat eine Flugleistung von 2,5facher Schallgeschwindigkeit. Der Bestand soll bei 145 Flugzeugen liegen mit einer jährlichen Zuwachsrate von ca. 30 Stück.

Was ist an diesen Waffensystemen so gefährlich? Mit 3 MIRV sind die 160 SS-20 heute bereits in der Lage, 480 Ziele in ganz Europa auf einen Schlag zu bekämpfen und bei ihrer verbesserten Treffgenauigkeit auch auszuschalten, ohne daß sie selbst erfaßt und zerstört werden können. Die 145 Backfire-Bomber erhöhen diese Zahl auf 625. Die 430 Systeme der NATO und Frankreichs würden zahlenmäßig

¹²⁾ The Military Balance 1980/81, IISS, London 1980.

¹³⁾ G. Krell / D. S. Lutz, a. a. O.

allein damit überhöht abgedeckt, ohne daß der restliche MRBM- und Bomberüberhang der Sowjetunion mit ca. 900 Trägern überhaupt betroffen wäre. Ein Erstschlag wäre damit zumindest theoretisch denkbar, wenn sich das interkontinentale Potential gegenseitig neutralisieren ließe. Die übrigbleibenden westlichen U-Boote könnten natürlich auch der UdSSR Schaden zufügen; trotzdem bleibt fraglich, ob eine genaue Risikoberechnung nicht für die europäischen NATO-Partner so ungünstig ausfällt, daß sie bereits durch eine Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen erpreßbar wären. Damit ist durch die SS-20 im Verhältnis zu früher eine neue Situation durch *Störung der nuklearen Stabilität in Europa* eingetreten. Um dieser Bedrohung zu begegnen, ist der NATO-Nachrüstungsbeschluß für Mittelstreckenwaffen im Dezember 1979 gefaßt worden; dieser sieht vor, daß das europäische Arsenal um insgesamt 572 Raketen, bestehend aus 108 PERSHING II und 464 Marschflugkörpern (Cruise Missiles), verstärkt wird. Die PERSHING II hat eine außerordentlich große Treffgenauigkeit bei einer Reichweite bis zu 1 800 km und bei hoher Mobilität eine schnelle Einsatzbereitschaft. Die Cruise Missiles können ebenfalls auf Fahrzeugen mobil installiert werden. Bei einer sehr niedrigen Flughöhe von unter 100 m sind die durch feindliche Ortung kaum zu erfassen. Die Reichweite soll ca. 2 500—3 000 km betragen. Ihre Treffgenauigkeit befähigt sie, genau wie die PERSHING II, zur Bekämpfung von Punktzielen. Allerdings können sie wegen ihrer langsamen Flugeschwindigkeit leicht durch Jäger abgeschossen werden. Beide neuen Waffensysteme können sowjetisches Territorium erreichen; sie haben damit gegenüber den bisherigen einen erheblich größeren Abschreckungswert. Mit ihrer Einführung ist allerdings nicht vor 1983 zu rechnen. Ungeachtet ihrer eigenen Überlegenheit stellt die UdSSR die beabsichtigte Nachrüstung der NATO als eine ernste Bedrohung ihrer Sicherheit dar. Für die nächsten drei Jahre sind daher Drohungen und politische Erpressungen zu erwarten. Den etwa ab 1985 verfügbaren 572 neuen NATO-Raketen wird das inzwischen mit ihren Zuwachsraten auf 410 SS-20 und 295 Backfire-Bombern angewachsene, wiederum überlegene eurostrategische Potential der Sowjetunion gegenüberstehen, wenn es nicht gelingt, die UdSSR vorher zu einem Rüstungsstopp zu veranlassen.

Die Doppelstrategie der NATO in Europa beruht daher auf den beiden Pfeilern: Weiterführung des Nachrüstungsprojekts und gleichzei-

tige Verhandlungen mit der Sowjetunion zur Begrenzung ihrer Rüstung. Von verschiedenen Seiten wird die Strategie der Verhandlungen bevorzugt mit der Absicht, den Nachrüstungsbeschluß erst dann in die Praxis umzusetzen, wenn die Gespräche nicht zum Erfolg führen sollten. Dies scheint ein gefährliches Unterfangen, denn so hätten es die Sowjets in der Hand, bedeutsame Fragen der westlichen Sicherheit durch Verhandlungsverzögerung in ihrem Sinne zu beeinflussen, während sie sich selbst keine Rüstungsbeschränkungen auferlegen würden. Die Folge könnte sein, daß in einigen Jahren die sowjetische Mittelstreckenüberlegenheit das Nachrüstungsprogramm der NATO wirkungslos gemacht hätte. Der Sinn der Parallelität von Nachrüstung und Verhandlungen liegt aber in der Wiederherstellung des eurostrategischen Gleichgewichts. Bereits nach Ablauf von SALT II wurde von den Europäern eine Regelung über die Grauzonenwaffen durch SALT-III-Gespräche gefordert, wobei die unterschiedlichen Beurteilungen innerhalb der NATO bei den Auseinandersetzungen um die Stationierung dieser Waffen deutlich wurden. Im Interesse einer fortschreitenden Rüstungsbegrenzung bleibt zu wünschen, daß trotz der bekannten Schwierigkeiten die Verhandlungen zum Erfolg führen.

Eine neue Nuklearstrategie der USA?

Von den USA ist im Laufe des Jahres 1980 eine neue Nuklearstrategie in die Diskussion gebracht worden. Wenn durch größere Zielgenauigkeit und geringere Streuung militärische Punktziele wie Kommandozentralen, Raketen-silos, Depots und Flugplätze ausgeschaltet werden sollen, handelt es sich in erster Linie um Folgen einer verbesserten Technologie. An sich wäre das noch keine neue Strategie; sie würde lediglich die strategische Abschreckung, die bisher stark auf Flächenziele ausgerichtet war, durch eine verfeinerte Bedrohung militärischer Ziele erweitern und damit wirksamer machen. Als Folge wäre die Kriegführungsfähigkeit der Sowjetunion stärker als bisher in Mitleidenschaft gezogen. Die Auswirkungen solcher technologischer Modernisierungseffekte müssen sich jedoch stets auf das Gesamtspektrum der Abschreckung erstrecken, um von vornherein der Gefahr eines begrenzten nuklear-konventionellen Krieges in Europa, vor dem nicht genug gewarnt werden kann, zu begegnen. Die europäische Substanz würde dabei in Mitleidenschaft gezogen, während die USA und die UdSSR von seinen Folgen verschont blieben. Es darf also keine Ab-

koppelung des strategischen Potentials geben, da Abschreckung nicht teilbar ist; denn sonst würden die nuklearen Waffen ihres politischen Charakters beraubt und zum Mittel der Kriegführung mit realen zerstörerischen Begleiterscheinungen umfunktioniert. Die Gegenseite wird höchstwahrscheinlich die Verbesserung der amerikanischen Nukleartechnologie mit erhöhter Mobilität ihrer wichtigsten Kommandozentralen und Raketen beantworten und versuchen, den Folgen dieser „neuen“ Strategie zu entgehen. Ob der damit verbundene Rüstungsschub durch eine wirksamere Abschreckung gerechtfertigt wird oder lediglich das gesamte Rüstungsniveau gleichmäßig auf eine höhere Stufe ohne meßbaren Effekt anhebt, bleibt einer genauen Analyse nach Kenntnis aller Einzelheiten vorbehalten.

Eine Modernisierung der nuklearen Waffen ist nicht zu verhindern, ebenfalls nicht die Verwendung neuer Waffen wie z. B. der Neutronengefechtshäupter, aber stets müssen sie als Teil der Gesamtabschreckung gesehen werden; eine gesonderte Funktion darf ihnen nicht zukommen. Das gleiche gilt für die atomaren Gefechtsfeldwaffen der Artillerie und für Kurzstreckenraketen.

Nur der Gesamtverbund aller Atomwaffen garantiert bei annäherndem Gleichgewicht die lückenlose Abschreckung und bietet einem Aggressor ein kalkulierbar unerträgliches Risiko. Unkalkulierbar darf nur Zeit, Ort, Umfang, Ausmaß und Stärke der Einsatzmittel sein. Das Risikobewußtsein der Sowjetunion dürfte diese Form der Abschreckung solange akzeptieren, wie sie entschlossen und glaubwürdig von den USA und der NATO vertreten wird. Nur das sichert nach menschlichem Ermessen den Frieden.

Interessant ist die Position von Michael S. Voslensky¹⁴⁾. Er schreibt unter der Überschrift „Wollen die Russen den Krieg?“ in seinem Buch: „Die herrschende Klasse hat Angst vor einem Atomkrieg. Nicht wegen der ungeheuren Opfer an Menschen oder der Gefahr der Vernichtung unserer Zivilisation. Für ihren Sieg ist die Nomenklatura durchaus bereit, Millionen von Menschen an der Front zu opfern. Allerdings nur unter zwei Bedingungen, 1. daß sie selbst nicht zu den Opfern gehört und 2., daß ihre Macht unangetastet bleibt. Die

Anwendung nuklearer Waffen aber garantiert weder das eine noch das andere. Dies ist der Grund, warum die Nomenklatura so ausdrücklich nukleare Abrüstung fordert, natürlich die Abrüstung des Gegners, nicht ihre eigene“.

So plädieren seit Jahrzehnten die Sowjetunion und ihre Anhänger für Ächtung der Atomwaffen — vom Rapatzky-Plan über „Kampf-dem-Atomtod“-Demonstrationen bis zu ihrer Anprangerung als völkerrechtswidrige Kriegsmittel. Hätten sie mit diesen Aktionen Erfolg, wäre das entscheidende Hindernis für ihre hegemoniellen Ziele beseitigt.

Beurteilung der Gesamtabschreckung für Europa

Die Beurteilung des gesamten nuklearen Komplexes führt zu der Schlußfolgerung, daß

— ein Erstschlag mit garantiertem Totalerfolg nicht möglich ist,

— kein zwangsläufiger Mechanismus zum Präventiveinsatz durch technologische Überlegenheit erkennbar ist,

— Modernisierung und größere Leistungsfähigkeit der nuklearen Waffensysteme nicht zu einer selbständigen Funktion, herausgelöst aus dem Gesamtabschreckungsverbund, führen darf,

— trotz unterschiedlicher Gewichtung der einzelnen Komponente das Abschreckungskonzept der NATO noch funktioniert.

Wenn auch die Überrüstung der Sowjetunion auf konventionellem wie auf eurostrategischem Gebiet nicht zu bestreiten ist, besteht für Europa aus den genannten Gründen z. Z. keine Kriegsgefahr. Dieser Zustand kann jedoch nur erhalten werden, wenn das Gleichgewicht der Gesamtabschreckung nicht noch weiter zu Lasten der NATO verändert wird. Voslensky¹⁵⁾ sagt dazu: „Gewiß fürchtet sich die Nomenklatura vor einem Krieg, aber sie fürchtet ihn nur angesichts des heutigen Kräfteverhältnisses. Sollte es der Nomenklatura gelingen, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten so zu verschieben, daß der Westen eindeutig schwächer erscheint, wird sie aufhören sich zu fürchten — und kann angreifen — wie in Afghanistan — ja, angreifen.“

¹⁴⁾ Michael S. Voslensky, a. a. O.

¹⁵⁾ Ebenda.

III. Droht Kriegsgefahr außerhalb Europas?

Der nukleare Gleichgewichtsmechanismus zwischen den USA und der UdSSR schafft für Europa — vor allem im Kernbereich Mitte — relativ stabile Verhältnisse. Auch die Sowjetunion scheint daran interessiert zu sein. Aus ihrer Sicht ist die Entspannung teilbar, um die Vorteile der wirtschaftlichen Kooperation mit dem Westen nicht aufs Spiel zu setzen. Ferdinand O. Miksche¹⁶⁾ schreibt: „Solange die Russen die begründete Hoffnung hegen, die Ziele ihrer Politik friedlich durchzusetzen, entfesseln sie keinen Großkrieg.“

Dem ist zuzustimmen. Es kann nur im Interesse der Sowjetunion liegen, in Europa Ruhe zu halten und gleichzeitig ihren Einfluß in anderen Teilen der Welt auszuweiten. Mit dieser *indirekten Strategie* bieten sich ihr langfristig angelegte günstige Möglichkeiten in der Verfolgung ihrer Ziele zur Festigung der angestrebten Weltmachtstellung. Der Westen verhält sich außerhalb der NATO-Grenzen seit Jahren äußerst indifferent und kann sich anscheinend nicht zu einer klaren Gegenstrategie entschließen.

Dagegen steht die Politik der Sowjetunion durchaus im Einklang mit dem ideologischen Konzept der friedlichen Koexistenz¹⁷⁾, das bei uns viel zu wenig zur Kenntnis genommen wird. Während der Westen auf den Begriff Entspannung betont Wert legt, hält die Sowjetunion an der Fortdauer des internationalen Klassenkampfes bis zum — ihrer Überzeugung nach — historisch zwangsläufigen Sieg des Sozialismus fest. Die Unterstützung sogenannter nationaler Befreiungskriege und revolutionärer Bewegungen in aller Welt, auch mit Mitteln der Gewalt, ist darin eingeschlossen, wobei darunter selbstverständlich nur solche Strömungen verstanden werden, die entweder kommunistisch oder eindeutig antiwestlich orientiert sind.

Die indirekte Strategie der Sowjetunion

Die indirekte Strategie operiert mit weit ausholenden Zangenbewegungen globalen Ausmaßes. Die gigantische Flottenrüstung der UdSSR findet hierin ihre Begründung. Während im Nordatlantik die Seeroute Amerika—Europa unter Kontrolle gebracht werden soll, geht die südliche Umfassung Europas über

den Nahen und Mittleren Osten, abgesichert durch Machtpositionen in Südostasien, um Afrika herum mit dem Ziel, Europa von seinen Rohstoffzufuhren abzuschneiden. Das ist der entscheidende Punkt der neuen Bedrohung. Wenn das erreicht werden kann, ist die NATO und damit Europa nicht mehr handlungsfähig und somit erpreßbar, wenn sich nicht schon vorher aus dieser Konfrontation Konflikte ergeben, die zum Krieg führen können.

Diese imperialistische Politik der Sowjetunion, die sich mehr auf Waffenlieferungen als auf Entwicklungshilfe gründet, hat inzwischen ausgerechnet in jenen Teilen der Welt zur Errichtung von Stützpunkten geführt, die für den Westen von lebenswichtigem Interesse sind. Die Kontrolle über die Suez-Route vom Mittelmeer in den Indischen Ozean ist durch die kommunistischen Regime in Äthiopien, Süd-Jemen und Aden bereits weitgehend gesichert.

Im Nahen und Mittleren Osten wurde der sowjetische Einfluß in Syrien und im Irak durch die Intervention in Afghanistan „abgerundet“. In Afrika sind Angola und Mocambique Bausteine der globalen Strategie der UdSSR und bieten mit ihren Häfen an der West- und Ostküste Afrikas Stützpunkte für die Rote Flotte. Die geostrategische Lage des südlichen Afrika mit dem Seeweg um das Kap gewinnt für Europa in Zukunft mehr und mehr an Bedeutung. Ein Stellvertreter-Krieg wie in Angola (oder auch ein Bürgerkrieg) ließe sich bei den vorhandenen politisch-rassischen Gegensätzen in Namibia, Südafrika und Zimbabwe/Rhodesien ohne allzu große Schwierigkeiten anzetteln und könnte von Angola und Mocambique aus unterstützt werden. Bei ungewissem Ausgang würden zumindest für die Dauer solcher Befreiungskriege die Rohstofflieferungen an das westliche Ausland eingeschränkt, wenn nicht ganz unterbunden.

Seit einigen Jahren wird im Westen zwar um die Ölversorgung aus dem Mittleren Osten gebangt, kaum jemand spricht aber von unserer in gleichem Maße wichtigen Abhängigkeit von den aus Afrika kommenden Rohstoffen.

Die Bedeutung des südlichen Afrika für die Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität Europas wird durch den Seeverkehr auf der Kaproute unterstrichen. 75 % aller Schiffe gehen nach Europa und USA mit 80 % des für Europa und 40 % des die USA bestimmten Öls¹⁸⁾. Die

¹⁶⁾ Ferdinand Otto Mischke, *Bis 2000. Entscheidung in der Vierten Welt*, Stuttgart 1980, S. 14.

¹⁷⁾ Hans Christian Pilster, *Friede und Gewalt. Der militärische Aspekt der sowjetischen Koexistenzpolitik*, Stuttgart 1977.

¹⁸⁾ Deutsche Afrika-Stiftung, *Rohstofflieferant Südafrika*, Schriftenreihe Heft 4, S. 25—27.

Sperrung oder Kontrolle dieser Transportwege durch die Sowjetunion würde eine grundlegende Verlagerung des Machtgleichgewichts bedeuten, wenn nicht sogar eine Kriegserklärung an die westliche Welt.

Neben diesen langfristigen bedrohlichen Entwicklungen in und um Afrika hat sich durch die Revolution im Iran und die Invasion der Roten Armee in Afghanistan die strategische Lage im Mittleren Osten dramatisch zugunsten der UdSSR verschoben. Von den Flugplätzen im Süden Afghanistans sind es nur 500 km bis an die Arabische See. Ein vor der Straße von Hormuz kreuzender Flottenverband der USA kann durch die sowjetische Luftwaffe ernstlich bedroht werden. Die USA haben nach dem Sturz des Schah-Regimes nicht nur politischen Einfluß verloren, sie sind zur Zeit auch nicht in der Lage, weitauf von ihren Stützpunkten militärische Macht zu entfalten. Dagegen versteht es die Sowjetunion geschickt, ihre Interessen im Nahen Osten unter Ausnutzung des Krieges zwischen Irak und Iran, unterstützt durch ihren neuerlichen Vertrag mit Syrien, zum Nachteil des Westens auszubauen und ihren Einfluß in der Golfregion ständig zu erweitern. Es kommt hinzu, daß ab Mitte der 80er Jahre mit einem unerbittlichen Rohstoff-Verteilungskampf zu rechnen ist. Alle Experten sagen eine drastische Ölverknappung für die nächsten 20 Jahre voraus. Infolge des gleichbleibenden, wenn nicht stärker werdenden Anspruchs der Industrieländer auf das geringer und teurer werdende Angebot ist der Konfliktfall regelrecht vorprogrammiert. Er wird durch die jetzt bereits erkennbare Tendenz noch bedrohlicher, daß die Produktionsländer einen erheblichen Teil ihrer Ölmilliarden in militärische Rüstungen stecken und damit die im Nahen und Mittleren Osten vorhandenen Spannungen weiter schüren. Die Energiekrise mit ihren wirtschaftlichen und

sicherheitspolitischen Folgen läßt auch die Sowjetunion mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht unberührt; die Erschließung der sibirischen Rohölvorkommen geht nur sehr langsam voran und hält mit dem steigenden Bedarf nicht Schritt, während die großen Ölfelder im Kaukasus und im Wolga-Uralgebiet zur Neige gehen. Es ist berechnet worden, daß die UdSSR ab Mitte 1985 ihren Bedarf vermehrt aus dem OPEC-Bereich decken muß, wenn sie ihre Planungen erfüllen will; sie wird aber nicht über genügend Devisen verfügen, um die benötigte Menge auch bezahlen zu können. Die Verlockung könnte groß sein, diesem Dilemma durch den direkten militärischen Zugriff auf das persische Öl zu begegnen. Die politischen Voraussetzungen dazu dürften sich wie in der CSSR und in Afghanistan ohne allzu große Schwierigkeiten arrangieren lassen. Ein solches Vordringen der Sowjetunion über Iran an den Persischen Golf, möglicherweise noch über Pakistan an den Indischen Ozean mit Errichtung von Seebasen für die Rote Flotte und einer damit verbundenen Kontrolle der Ölversorgungswege würde eine ernstliche Bedrohung des Weltfriedens darstellen. Es ist jedoch fraglich, was die USA oder Europa dagegen tun können. Die NATO ist in diesem Bereich nicht wirksam, eine militärische Intervention der USA mit Unterstützung europäischer Verbündeter aus Mangel an Kräften und der geostrategischen Lage wenig erfolgversprechend.

Hier liegt der Hauptkrisenherd für die 80er Jahre — auch mit Auswirkungen auf Europa. Hier kann wirklich von Kriegsgefahr gesprochen werden, wenn beide Großmächte ihre Interessen mit Waffengewalt durchzusetzen gewillt sind. Ein solcher Konflikt würde sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht lokalisieren lassen und schließlich auch auf Europa übergreifen.

IV. Friedenssicherung und Krisenbeherrschung

Eine solche spannungsträchtige Entwicklung muß bereits im Ansatz aufgefangen und durch Maßnahmen zur Konflikteindämmung entschärft werden. Die NATO leidet unter dem Handicap, daß sie lediglich auf die Abwehr von Angriffen auf das Territorium ihrer Mitglieder begrenzt ist. Bei auftauchenden Problemen außerhalb Europas ist sie nicht aktiv handlungsfähig. Einer globalen Bedrohung wird sie unter den jetzigen Vertragsverhältnissen nicht mehr gerecht. Es ist jedoch unbestritten, daß die westliche Welt nicht tatenlos

der gefährlichen Entwicklung in den außereuropäischen Gefahrenzonen zusehen kann und daß es einen langfristigen Krisenplan der NATO geben muß.

Eine Ausdehnung des NATO-Bereichs über die jetzigen Grenzen hinweg ist von offiziellen Stellen der Allianz ausdrücklich abgelehnt worden, obgleich die globale Ausweitung der Bedrohungsfaktoren nach einer Korrektur bisheriger Denkschablonen verlangt. Zumindest ist zur Konfliktbeherrschung ein Krisenmanagement der USA mit den europäischen Indu-

striemächten unabdingbar, das Voraussetzung für ein abgestimmtes Verhalten in Spannungsbereichen — ob nun innerhalb oder außerhalb der NATO — sowie für den notwendigen Kontakt mit der Sowjetunion ist.

Seine Aufgabe wäre — bei strikter Neutralität gegenüber internen Konflikten — zur Sicherung des Friedens alle beteiligten Staaten zur Erhaltung des Status quo anzuhalten und ihnen die Folgen einseitiger Veränderungen vor Augen zu führen. Ziel ist die Lokalisierung und Eindämmung aller auftretenden Spannungen. Die Friedenssicherung steht im Vordergrund dieses Krisenmanagements. Der Erfolg wäre um so größer, je besser es gelänge, die Sowjetunion mit ihren Interessen in diesen Komplex mit einzubeziehen. Erfahrungsgemäß nützt ein solches Instrument zur Krisenbeherrschung allerdings wenig, wenn nicht ein militärisches Machtpotential dahinter steht. Wer aber soll sich und in welcher Form daran beteiligen?

Während des letzten Wahlkampfes wurde von allen Parteien der Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des NATO-Territoriums ausgeschlossen, weil ein solcher Einsatz nicht mit dem Grundgesetz zu vereinbaren sei. In Art. 87a GG heißt es: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf ... Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“

Zur Feststellung des Verteidigungsfalles ist es nach Art. 115a GG erforderlich, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird. Hier ergeben sich juristische Probleme, die aber auch politisch gesehen werden müssen. Es besteht wohl kein Zweifel, daß alle europä-

schen Staaten, vor allem die Bundesrepublik, von der Sicherung der Rohstofftransportwege abhängig sind. Dann haben auch alle Staaten die Pflicht, notwendige Maßnahmen im gleichen Umfang mitzutragen. Wir Deutschen können nicht nur die wirtschaftlichen Nutznießer sein und den anderen Partnern — Amerikanern, Franzosen und Engländern — die militärische Last allein überlassen.

Es wird viel von Arbeitsteilung im Bündnis gesprochen. Die Deutschen sollen die Lücken innerhalb der NATO füllen, wenn Amerikaner und andere Verbündete an die Golfregion abgezogen werden sollten.

Es ist fraglich, ob eine solche Auffassung haltbar ist. Ungleiche Aufgabenverteilung, vor allem im militärischen Bereich, ist schwer zu motivieren. Rückwirkungen auf die NATO sind dabei nicht auszuschließen. Immerhin stehen unsere Verbündeten auf unserem Territorium und in Berlin für die deutsche Sicherheit ein. Mit einem neuen Ohne-mich-Standpunkt und deutschem Reservatanspruch ist einem gemeinsamen Krisenmanagement nicht gedient. Wenn die Entspannung unteilbar ist, dann ist auch die Sicherung des Friedens unteilbar. Sogar neutrale Staaten wie Österreich und Schweden verweigern sich der Mitwirkung in der UNO-Friedenstruppe nicht. Es wird sich daher wohl nicht vermeiden lassen, daß deutsche Soldaten einem Eingreifverband als Instrument der Krisenbeherrschung angehören, wenn das von den Partnern gewünscht wird. Diese Problematik zeigt übrigens, wie überholt das nationale Denken ist. Die globale Ausweitung lebenswichtiger Interessen zwingt dazu, die europäische Einigung stärker zu forcieren.

V. Abrüstung und Rüstungsbegrenzung

Die zunehmende Kriegsgefahr in Regionen außerhalb Europas sollte die Großmächte nicht nur veranlassen, eine Lokalisierung der Konflikte in den Entstehungsgebieten anzustreben, sondern auch im direkten Machtbereich NATO—Warschauer-Pakt für den Abbau von Spannungen zu sorgen. Der beste Weg dazu wären Fortschritte in den Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungskontrolle. Da eine totale Abrüstung kaum ernsthaft erwogen werden kann, kommt es darauf an, als ersten Schritt den gegenwärtigen Rüstungsstand „einzufrieren“, Ungleichgewichte zu beseitigen, um einen neuen Rüstungswettlauf zu verhindern, und schließlich

das Gesamtniveau der Rüstung auf beiden Seiten ständig gleichgewichtig zu senken. Solange allerdings die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan besteht, sind solche Vorhaben mit dieser Hypothek belastet. Das Mißtrauen des Westens in die ehrliche Bereitschaft der Sowjetunion, am Abbau von Spannungen in der Welt mitzuhelfen, hat dadurch erneut Auftrieb erhalten. Eine annehmbare Regelung der Afghanistan-Frage dürfte daher Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Rüstungsbegrenzungsgesprächen sein. Bei allen Abrüstungsmodellen im Nuklearbereich sind zwei Forderungen zu berücksichtigen:

— Gleichgewicht im interkontinentalen und eurostrategischen Bereich,

— das Risiko bei einem Gegenschlag muß kalkulierbar so unerträglich sein, daß sich der Erstschlag nicht lohnt.

Damit bliebe die Abschreckung gesichert und der Frieden erhalten.

Welche Waffenmenge würde unter diesen Bedingungen zur Abschreckung ausreichen?

Mit Sicherheit erheblich weniger als jetzt vorhanden ist. Die Festlegung des ungefähren Umfangs richtet sich nach der Höhe der mutmaßlichen Zerstörungen in den verschiedenen Zielbereichen auf dem Territorium des Gegners, die für ihn nicht mehr akzeptabel sind und auch die verlockendsten Kriegsziele nicht aufwiegen.

Solche Zielbereiche sind:

— Bevölkerungszentren,

— Industriekomplexe und Produktionsstätten, abgestuft nach ihrer Bedeutung für die Kriegswirtschaft und die Erhaltung der gesellschaftlichen Existenz,

— politische und militärische Machtzentralen, Atomwaffenilos mit Abschubrampen, Flugplätze, Depots,

— das Verkehrs- und Transportwesen mit seinem Kommunikationsnetz.

Alle genannten Ziele können durch interkontinental-strategische Waffen der Vereinigten Staaten in der gesamten Sowjetunion erreicht werden. Schon ein Bruchteil von Treffern würde genügen, um die staatliche und wirtschaftliche Existenz der Sowjetunion zu vernichten — im umgekehrten Fall gilt das gleiche.

Es bedarf eines komplizierten Verfahrens, um aus den verschiedenen Eigenschaften einer Nuklearwaffe (Sprengkraft, Zielgenauigkeit, Streuungsradius, Einsatzart, thermische und Kernstrahlung, Luftdruck, Zerstörungsumfang) die größte Wirkung für die verschiedenen Zielarten zu berechnen.

Dieter S. Lutz¹⁹⁾ glaubt, daß 432 Sprengköpfe zu 50 KT oder alternativ 65 zu 1 MT²⁰⁾ der

¹⁹⁾ G. Krell / D. S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, a. a. O.

²⁰⁾ MT = Megatonne, entspricht dem Energiewert bei einer Detonation von 1000 KT = 1000000 t TNT (Trinitroluol). Zum Vergleich: die Hiroshima-Bombe hatte eine Sprengkraft von 20 KT.

USA genügen würden, die 30 größten Städte der Sowjetunion, von Moskau (8 Millionen Einwohner) bis Kriwoi-Rog (550 000 Einwohner) zu zerstören. Damit würden 42 Millionen Menschen getroffen und 40 % der Industriekapazität der Sowjetunion vernichtet.

Bei der rein theoretischen Erwägung, daß bei einem Erstschlag der Sowjetunion alle verbunkerten Interkontinentalraketen der USA auf einen Schlag ausgelöscht würden — und damit auch das entsprechende Angriffspotential der sowjetischen Raketenwaffen verbraucht wäre —, müßten immer noch die unverwundbaren amerikanischen U-Boote übrigbleiben. Sie umfassen 10 Polaris-U-Boote mit je 16 SLBM à 3 MIRV (= 480 Sprengköpfe) und 31 Poseidon-U-Boote mit je 16 SLBM à 10 MIRV (= 4 960 Sprengköpfe). Insgesamt sind das 5 440 Sprengköpfe mit einer Reichweite bis zu 5 400 km. Normalerweise befinden sich ca. 50 % der US-U-Boote im Frieden auf See, in Spannungszeiten und im Kriege werden es bis zu 80 % sein. Rechnet man Verluste durch die feindliche U-Boot-Abwehr ab und legt nur eine Einsatzfähigkeit von 60 % zugrunde, so können immer noch ca. 3 200 Sprengköpfe ins Ziel gebracht werden. Bei einer Gesamtsprengkraft der amerikanischen SLBM von 300—350 MT wären das bei 60 % immerhin 180—210 MT. Etwa ein Drittel dieser Menge würde schon genügen, um die von D. S. Lutz genannten Vernichtungskapazitäten zu erreichen. Für Ziele geringerer Ausdehnung bedarf es größerer Treffgenauigkeit und geringerer Streuung als die seegestützten Raketen sie besitzen. Dafür wäre eine zusätzliche Zahl von Fernbomben mit „Cruise Missiles“ erforderlich, deren Anzahl sich nach einer hier nicht behandelbaren Zielanalyse richtet. Es ist anzunehmen, daß die Risikobereitschaft der Sowjetunion weit unter dem hier genannten Schadensniveau liegt und daher mit geringerem Mitteleinsatz der gleiche Effekt erreicht werden kann. Diese oberflächliche Berechnung zeigt, daß bei weitgehender Abrüstungsbereitschaft auf beiden Seiten auf einen großen Teil der Interkontinentalraketen verzichtet werden könnte.

Es ist allerdings nicht damit zu rechnen, daß ein derart radikaler Abbau des Nuklearpotentials akzeptiert wird. Eine schrittweise Niveausenkung sollte jedoch im Laufe der Zeit angestrebt werden, ohne daß die Stabilität der Abschreckung in Gefahr gerät.

VI. Eine „Europäische Verteidigungs-Union“ als zusätzlicher Weg zur Krisenbeherrschung und Kriegsverhütung

Die europäischen Staaten können nicht ernsthaft erwarten, daß die USA weiterhin allein an den Krisenherden der Welt auftreten und die Sicherung auch der für Europa lebenswichtigen Rohstoffbasen übernehmen werden. Auf die Dauer werden sich deshalb auch die Europäer zu einem solchen Engagement entschließen müssen. Dies wirft die Forderung nach gemeinsamem Vorgehen erneut auf.

Da die EG mit wirtschaftlichen Maßnahmen nur bedingt Erfolg haben wird, muß darüber nachgedacht werden, ob nicht vielmehr eine Konzentration der europäischen militärischen Anstrengungen den Gesamtinteressen außerhalb des NATO-Bereichs an der Seite der USA größeren Nachdruck verleihen kann.

Bislang ist die europäische Einigung über den Zusammenschluß von zehn Ländern in der EG noch nicht herausgekommen. Die Realisierung einer politischen Union in einem gemeinsamen Bundesstaat wird sicher noch längere Zeit dauern. Das sollte jedoch kein Hindernis sein, auf militärischem Gebiet nach Lösungen zu suchen, die zu diesem Ziel hinführen. Heute ist Westeuropa die zweitstärkste Industrie- und Wirtschaftsmacht der Welt, ohne daß sich dieser Umstand in der NATO niederschlägt. Noch immer kann jeder Staat, auch der kleinste, mit seinem Veto die Entschlußfassung im NATO-Rat erheblich verzögern und auch negativ beeinflussen. Eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik unter Zusammenfassung aller Streitkräfte in einer „Europäischen Verteidigungs-Union“ (EVU)²¹⁾ bietet eine Chance, aus dem augenblicklichen Dilemma herauszukommen und neben vielen anderen Vorteilen die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu erhöhen. Keineswegs darf darunter eine selbständige dritte Kraft zwischen den beiden Großmächten verstanden werden. Als unabdingbarer Grundsatz muß die Solidarität des vereinten Westeuropas mit den USA erhalten bleiben. Eine unabhängige, von der NATO und den USA losgelöste Verteidigung oder sogar ein Ausscheiden aus dem Bündnis würde die Sicherheit Westeuropas nicht nur vermindern, sondern die Überlegenheit des WP auf dem Kontinent erst recht bewirken. Überdies hätte

eine Abtrennung von den USA zur Folge, daß die EVU ein gleichwertiges nukleares Abschreckungspotential aufbauen müßte. Dies wäre weder politisch noch finanziell vertretbar. Auch im Rahmen einer EVU gäbe es also keine Alternative zum Gesamtverteidigungsverbund USA — Europa.

Allerdings wird sich nach Bildung einer EVU die innere Struktur der NATO ändern, die sich dann nur noch auf zwei Säulen stützen würde:

- USA/Kanada als atlantische Partner und
- die Europäische Verteidigungs-Union als kontinentale Komponente.

Damit stände den USA nicht mehr eine Vielzahl europäischer Mittel- und Kleinstaaten in der Allianz gegenüber, sondern ein politisch potenter Bundesgenosse. Die Rolle Frankreichs wäre in diesem Konzept von entscheidender Bedeutung. Da Frankreich jedoch noch immer außerhalb der militärischen NATO-Integration steht, fällt das Land für eine gemeinsame Planung aus. Bei Fortbestand der jetzigen Struktur und Strategie der NATO unter starkem amerikanischen Einfluß ist nicht zu erwarten, daß diese Situation veränderbar ist. Es wäre also eine Lösung zu finden, die die französischen Auffassungen stärker berücksichtigt.

Für Europa spielt die konventionelle Verteidigung im Gesamtabschreckungskonzept eine nach wie vor wichtige Rolle. Auch für die EVU wäre das Prinzip der Vorneverteidigung im Mittelabschnitt unabdingbar. Ein EVU-Oberkommando mit Befehlsgewalt über alle Partnerarmeen würde die militärische Handlungsfähigkeit der europäischen Streitkräfte garantieren. Die konventionellen Verbände aller EVU-Armeen einschließlich der in Europa verbleibenden US- und kanadischen Streitkräfte sind bereits im Frieden in die Kommandobereiche Europa Nord-Mitte-Süd integriert, so daß die Verantwortlichkeiten im Kriegesfall nicht zu wechseln brauchen.

Dieser kurze Überblick soll nur aufzeigen, daß die Bildung einer europäischen Streitmacht keine Unmöglichkeit darstellt — wenn man es nur will. In jedem Fall würde durch eine vereinigte, in eine neue NATO eingebettete europäische Sicherheitspolitik die Abschreckung zusätzlich gestärkt und der Frieden sicherer gemacht.

²¹⁾ Fritz Birnstiel, Eine Europäische Verteidigungs-Union — der Weg in die Zukunft, Europäische Wehrkunde, Heft 9/80.

Alois Riklin: Audiatur et altera pars. Dreifache militärpolitische Lagebeurteilung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/81, S. 3—22

Eine der Voraussetzungen für eine Ethik der Sicherheitspolitik ist die möglichst unparteiische Ermittlung der Interessen und Bedrohungsbilder der Konfliktparteien.

Nach westlicher Auffassung ist die militärpolitische Lage der frühen achtziger Jahre durch vier Rüstungslücken gekennzeichnet, nämlich in bezug auf das interkontinentale Nuklearpotential, das kontinentaleuropäische Nuklearpotential, das konventionelle Kräfteverhältnis in Mittel- und Nordeuropa und die Aktionsfähigkeit des Westen im Vorderen Orient. Aufgrund der seit der Mitte der sechziger Jahre forcierten sowjetischen Aufrüstung und der darauf abgestützten aggressiveren Außenpolitik der Sowjetunion und ihrer Verbündeten ist es den kommunistischen Staaten in den siebziger Jahren gelungen, acht afroasiatische Länder unter ihre Kontrolle zu bringen.

Nach sowjetischer Auffassung ist diese Lagebeurteilung eine absichtsvolle Übertreibung, um die westliche „Nachrüstung“ zu legitimieren. Sie ignoriere die Drei-Fronten-Situation der UdSSR, die sowjetischen Rückschläge in Afrika und Südostasien sowie den rüstungstechnologischen Vorsprung des Westens.

Nach Auffassung des Verfassers sind das militärische Gleichgewicht in Europa und die Ölversorgung der westlichen Industriestaaten tatsächlich gefährdet. Militärische Gleichgewichtspolitik ist eine notwendige, aber keine hinreichende Friedenssicherungsstrategie. Als mögliche Auswege aus dem Teufelskreis von Gleichgewichtspolitik, Unberechenbarkeit der Macht, Rüstungswettlauf und „Worst-case“-Denken empfiehlt er die Fortsetzung des Versuchs zur begrenzten Gleichgewichtspolitik, die Förderung der Verteidigungstechnologie und damit der bedrohungsfreien Sicherheitspolitik sowie die Ergänzung des Bedrohungsdenkens durch das Chancendenken.

Dieter S. Lutz: Kriegsgefahr und Kriegsverhütung in den 80er Jahren

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/81, S. 23—38

Während in der Dritten Welt mehr als 30 Millionen Menschen pro Jahr allein an Hunger und seinen Folgen sterben und ca. 800 Millionen Menschen in Massenarmut und Massenehend leben, belaufen sich im Jahre 1980 die Ausgaben für Rüstung und Militär weltweit erstmals auf die nahezu unvorstellbare Summe von über 500 Milliarden US-Dollar, das sind etwa 1 Billion D-Mark. Doch es sind nicht nur die Armut und das Elend einerseits und die unproduktive Verschwendung von Ressourcen andererseits, die beunruhigen müssen; es ist vielmehr auch die Bedrohung von Frieden und Stabilität, die sich trotz des Anstiegens der Rüstungsausgaben — oder je nach Perspektive: gerade mit dem Ansteigen der Rüstungsausgaben — abzeichnet.

Diese Entwicklung läßt sich allerdings kaum in der zu Ende der siebziger Jahre vorliegenden Flut an europäischen, amerikanischen oder auch chinesischen Bedrohungsanalysen und Prognosen wiederfinden. Die Autoren dieser Studien analysieren in der Mehrzahl eine gefährliche militärische Überlegenheit der Warschauer Vertrags-Organisation (WVO) im konventionellen Bereich und folgern hieraus für die achtziger Jahre die Gefahr eines mit konventionellen Mitteln geführten Überraschungsangriffs der Sowjetunion und ihrer Verbündeten. Stellt man allerdings die aus dem Stand einsatzbereiten Streitkräfte der NATO denen der WVO gegenüber und rechnet die teilweise stark abweichenden Organisationsstrukturen und Qualitätsmerkmale in Äquivalente um, so kann von einer gefährlichen Überlegenheit der WVO im Sinne eines kalkuliert tragbaren Risikos nicht mehr gesprochen werden.

Die Gefahren eines Dritten Weltkrieges resultieren deshalb auch eher aus der nuklearen denn aus der konventionellen Ebene der Rüstung. Insbesondere im TNF-Bereich wird die Rüstung der achtziger Jahre stärker als je zuvor geprägt sein von der zunehmenden Eigen-dynamik der Nukleartechnologie, ihrer Tendenz zu „first strike“ und „counterforce“, ihrer sprunghaften, nicht exakt berechenbaren Entwicklung, dem hieraus ständig möglichen Wechsel der Kräfteverhältnisse sowie der ihn begleitenden strategischen Instabilität. Im Zweifelsfalle werden die Kontrahenten zukünftig — vom „worst case“ ausgehend — permanent mit dem Gedanken der Präemption spielen bzw. glauben, wegen der erheblich verkürzten Vorwarnzeit „launch-on-warning“ betreiben zu müssen: Die Furcht, durch versäumte Präemption in einer destabilen Situation einen noch größeren Schaden auf das eigene Land zu ziehen, als er in Reaktion auf einen eigenen Überraschungsangriff entstehen würde, wird zum Auslöser der Katastrophe, führt zum Weltkrieg wider Willen. Erst durch den Verzicht — zumindest einer der beiden Seiten — auf nukleare Erstschlagsysteme entfällt der Grund für das „Spielen mit der Präemption“.

Fritz Birnstiel: Krieg oder Frieden in Europa?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/81, S. 39—54

Der Beitrag untersucht die aktuelle Frage nach einer Kriegsgefahr sowohl aus dem kontroversen Gegenüber von NATO und Warschauer Pakt (WP) in Europa als auch aus den Gefahrenzonen des Mittleren Ostens als Folge der „indirekten Strategie“ der Sowjetunion. Ausgehend von den im Osten vorherrschenden Denkkategorien der Militärdoktrin und des Strategischen Konzepts der Sowjetunion wird das Kräfteverhältnis beider Seiten in Mitteleuropa dargestellt. Wenn auch die NATO erhebliche Schwächen aufweist und ihre konventionelle Unterlegenheit bedenklich ist, so besteht doch kaum Aussicht für den WP, mit einem Überraschungsangriff ein *fait accompli* zu schaffen. Die entscheidende Abschreckungskraft der nuklearen Waffen der USA ist vorerst noch stark genug, den Frieden zu sichern. Das interkontinentalstrategische Potential der USA reicht aus, einen vernichtenden Erstschlag der Sowjetunion durch eine gesicherte Gegenschlagskapazität zu verhindern. Auch aus den beiderseitigen technologischen Weiterentwicklungen ist kein zwangsläufiger Mechanismus zum nuklearen Präventiveinsatz zu erkennen. Im eurostrategischen Bereich wird sich die NATO allerdings anstrengen müssen, das verlorene Gleichgewicht der Abschreckung wiederherzustellen. Sollte das gelingen, dürfte die Kriegsgefahr für Europa durch direkte Konfrontation der beiden Militärblöcke gering sein.

Anders liegen die Verhältnisse außerhalb Europas. Durch ihre globale indirekte Strategie könnte die Sowjetunion versuchen, die westliche Welt von ihren Rohstoffzufuhren aus dem Nahen/Mittleren Osten und Afrika abzuschneiden, zumal die NATO in diesen Regionen nicht wirksam reagieren kann. Hier zeichnet sich eine Kriegsgefahr ab, die sich zwangsläufig auch auf Europa ausdehnen würde. Für die Zukunft stellt sich daher die Krisenbeherrschung in diesen Räumen als vorrangig dar, wobei die Bildung einer „Europäischen Verteidigungs-Union“ zur Sicherung der gemeinsamen Interessen Westeuropas als zusätzlicher Stabilitätsfaktor anzusehen wäre.